

Abschlussbericht

Januar 2008

Partizipative **Kommune**

Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen



Aktenzeichen Z 6 – 10.08.06.1.89

Dr. Hans-Liudger Dienel
Dipl.-Kffr. Daphne Reim
Dipl.-Ing. Jenny Schmithals M. A.
Dr. Heike Walk

nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH
Otto-Suhr-Allee 59, 10585 Berlin
Tel.: 030/318 054 - 63
Fax: 030/318 054 - 60

Prof. Dr. Thomas Olk

Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. Halle (Saale)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Franckeplatz 1, Haus 6, 06099 Halle
thomas.olk@paedagogik.uni-halle.de

PD Dr. Ansgar Klein

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin
Tel.: 030/62 980 - 111
Fax: 030/62 980 - 151

Inhaltsverzeichnis

Vorwort und Dank	3
1 Einleitung	1
2 Ergebnisse der Literaturstudie	5
2.1 Hintergrund der Fragestellungen	5
2.2 Zusammenfassung des analytischen Literaturberichts	8
2.2.1 Bedeutung von Bürgerschaftlichem Engagement.....	8
2.2.2 Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland	9
2.2.3 Die Bedeutung von Vernetzung und Kooperationen.....	11
2.2.4 Vorgeschlagene Handlungsansätze	11
3 Empirische Untersuchungen.....	15
3.1 Methodik der Experteninterviews.....	17
3.1.1 Durchführung der Interviews	17
3.1.2 Auswertung	18
3.2 Die Befragten	19
3.3 Befunde zu bürgerschaftlichem Engagement in den Modellkommunen	21
3.3.1 Formen des bürgerschaftlichen Engagements.....	21
3.3.2 Strukturen Bürgerschaftlichen Engagements.....	23
3.3.3 Motivation zum Engagement	28
3.3.4 Erfahrungen mit bürgerschaftlichem Engagement.....	34
3.3.5 Einschätzung der Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement für die Kommune.....	36
3.3.6 Förderliche und hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement.	38
3.3.7 Bürgerschaftliches Engagement vor und nach 1989	40
3.4 Befunde zu intersektoraler Vernetzung in den Modellkommunen	42
3.4.1 Fokus Wirtschaftsentwicklung.....	44
3.4.2 Fokus Kultur, Freizeit und Soziales	47
3.4.3 Städtebau, Natur und Umwelt	49
3.4.4 Erfahrungen intersektoraler Zusammenarbeit	50
3.4.5 Erfolgsfaktoren zivilgesellschaftlicher Infrastruktur.....	52
3.4.7 Wünsche und Ideen für trisektorale Infrastruktur	58
4 Die Kommunenportraits.....	61
5 Veranstaltungen.....	63
5.1 Auftaktworkshop mit Experten/innen.....	63
5.2 Auftaktveranstaltung	66
5.3 Die Städtebesuche	68
6 Schlussfolgerungen	70
Literaturverzeichnis	83
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	87
Anhang.....	88

Vorwort und Dank

Vor einigen Tagen war der Bürgermeister einer kleinen Kommune aus der Eifel, Herr Ewald Mattes aus Kaisersesch, bei uns im nexus Institut. Er war auf einer Studienreise durch die neuen Länder, um sich über neue Lösungen zu informieren, wie kleine Gemeinden in strukturschwachen Regionen ihre Attraktivität erhöhen können. Die Autoren/innen dieses Abschlussberichts sind der gleichen Ansicht, wie der Bürgermeister, dass es sich lohnt auf den Osten zu schauen, denn er führt nicht nur bei den Problemen, von der De-Industrialisierung bis zum demografischen Wandel, sondern vielfach auch bei den Lösungen, von Heimatnetzwerken, Leerstandsregistern bis zu Rückwanderungsagenturen.

Gerade in kleineren und mittleren Gemeinden wächst eine neue zivilgesellschaftliche Infrastruktur, die gemeinsam von der Kommune, wirtschaftsseitigen Partnern und bürgerschaftlichem Engagement realisiert und verantwortet wird. Da, wo solche „trisektoralen Kooperationen“ entstehen – von Bürgerbussen bis zu neuen Kultur- und Freizeiteinrichtungen – steigt sichtbar die Lebensqualität, Attraktivität und Identität der Kommune an und verbessert sich gerade auch für jüngere Menschen und Familien.

Die Unterschiede von Kommune zu Kommune, und damit auch die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten, sind hier sehr groß. Es gibt inzwischen viele Kommunen im ländlichen Raum mit einer gut funktionierenden zivilgesellschaftlichen Infrastruktur und daher auch Anziehungskraft für junge Menschen und Familien (siehe auch www.prolandleben.de).

Das Projekt mit dem Kurztitel „Partizipative Kommune“ hat mit Förderung durch den Bundesbeauftragten für den Aufbau Ost und zwei in einem Wettbewerb ausgewählten Modellkommunen Strausberg und Sondershausen viele sehr konkrete zivilgesellschaftliche Infrastrukturen beschrieben, die sich in diesem Abschlussbericht sowie in dem aus dem Projekt hervorgegangenen Leitfaden wiederfinden.

Die Zusammenarbeit von Kommune, wirtschaftsseitigen Partnern und bürgerschaftlichen Gruppen stellte große Herausforderungen an die Beteiligten. Die Mitarbeiter/innen der Verwaltung müssen bereit sein, an eine neue Rolle zu übernehmen, statt durchführendem Alleinverantwortlichem nun Partner und Moderator von Aktivitäten, etwa dem Betrieb eines Freibads. Deshalb nehmen partizipative Instrumente und Kooperationsverfahren für die Zusammenarbeit der drei Sektoren in Abschlussbericht und Leitfaden eine zentrale Rolle ein.

Durch neue, trisektorale Bündnisse können Gemeinden auf neue, für sie wichtige Aufgaben zugehen, die sonst brachliegen würden, von Leerstandsregistern über Bürgerbusse zu Heimatnetzwerken, Rückwanderungsagenturen und „kommunalen Bildungslandschaften“. Auf diese Weise kann die Gemeinde auf die aktuellen

Vorwort

Herausforderungen angemessen reagieren. Die politische Kommune allein wäre damit überfordert.

Deutlich geworden ist in dem Projekt, dass die Motivation für bürgerschaftliches Engagement im Osten Deutschlands zum Teil anders gelagert ist, als im Westen. Die persönliche Qualifizierung für den Arbeitsmarkt spielt im Osten eine größere Rolle. Auf die Frage nach Aufwandspauschalen für bürgerschaftliches Engagement stellt sich im Osten anders, wenn sich etwas gut qualifizierte Hartz 4-Empfänger engagieren wollen. Es gilt, hier Lösungen zu entwickeln, welche die Mischmotivation berücksichtigen und aufgreifen.

Wir haben in dem Projekt in einem großen Team sehr gut zusammengearbeitet. Dafür erfüllt uns zum Ende des Vorhabens ein tiefes Gefühl der Dankbarkeit. Ein ganz besonderes „Danke schön!“ möchten wir unseren Partnerinnen und Partnern in den beiden Modellkommunen Sondershausen in Thüringen sowie Strausberg in Brandenburg zurufen. Stellvertretend für die vielen motivierten Expert/innen aus den Sektoren Bürgerengagement, Wirtschaft und Verwaltung nennen wir Herrn Bürgermeister Kreyer und Herrn Bürgermeister Thierfeld. Ohne ihre große Unterstützung über die gesamte Projektlaufzeit hätten wir das Projekt nicht machen können. Danken möchten wir auch Herrn Dr. Martin Schenkel vom Bundesfamilienministerium und Herrn Manfred Bauer von der Staatskanzlei in Brandenburg, mit denen wir im Sommer 2007 mit zahlreichen Partnern eine viel beachtete Tagung zu „zivilgesellschaftlicher Infrastruktur“ in Potsdam durchführen konnten. Einen herzlichen Dank auch den Experten/innen, die an den Expertenworkshops zu „Kooperationen und Bürgerschaftlichem Engagement in ostdeutschen Kommunen“ teilgenommen haben.

Unsere Kollegin Dr. Birgit Böhm hat die Durchführung der qualitativen Befragung mit fachlichem Rat begleitet. Eine Reihe von studentischen Hilfskräften hat unser Projektteam im vergangenen Jahr engagiert und kreativ unterstützt. Dazu gehören Hendrike Krause für die gesamte Laufzeit, sowie David Gehle, Andreas Lippert, Juliane Skowski und Nicholas Wenzel für einen Projektzeitraum. Ein herzlicher Dank auch an unsere Projektpartner vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Akademie für Sozialarbeit, Prof. Dr. Thomas Olk, Dr. Ansgar Klein, Birger Hartnuss und Sonja Kubisch für die wunderbare Kooperation, sowie an Dr. Thomas Gensicke (TNS Infratest). Herr RL Wolfgang Helmstädter und Herr RL Dr. Axel Lubinski vom BMVBS waren uns angenehme, wohlwollende und aktive Förderer des Projekts, herzlichen Dank!

Hans-Liudger Dienel, Daphne Reim, Jenny Schmithals

1 Einleitung

Das im Rahmen des Programms „Aufbau Ost“ vom BMVBS geförderte anwendungsorientierte Forschungsvorhaben „Kooperationsnetzwerke und Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen“ ist von September 2006 bis Dezember 2007 vom nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Prof. Dr. Thomas Olk (Akademie für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.) bearbeitet worden.

Inhaltlicher Ausgangspunkt der Studie war die Annahme, dass viele (ost)deutsche Kommunen ihr Potenzial der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den drei Bereichen Verwaltung, Unternehmen und Dritter Sektor noch nicht ausgeschöpft haben. Die Zahl der personellen Brücken und gemeinsamen Anliegen zwischen diesen drei gesellschaftlichen Bereichen ist bislang zu gering. Wir sind von der These ausgegangen, dass der Grad und Charakter der eingeübten Zusammenarbeit dieser drei Subsysteme Verwaltung, Wirtschaft und Dritter Sektor in vielen Kommunen gut erklären kann, warum einzelne Gemeinden erfolgreicher als andere bei der Lösung anstehender Entwicklungsaufgaben sind.

Ziel des Projektes war es, Faktoren zu identifizieren, welche die Vernetzung und Zusammenarbeit der drei Pole öffentliche Verwaltung, bürgerschaftliches Engagement und wirtschaftliche Strukturen in (kleineren) Städten Ostdeutschlands stärken und verbessern. Durch die Zusammenfassung der erarbeiteten Strategien und Maßnahmen zur Entfaltung des zivilgesellschaftlichen Potenzials in einem Leitfaden werden die Ergebnisse interessierten Kommunen als handhabbares Werkzeug zugänglich gemacht. Wir hoffen, mit den Projektaktivitäten einen Kommunikationsprozess zur Weiterentwicklung der Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements in kleineren ostdeutschen Städten anregen zu können, der einen neuen Blick auf die Folgen des demografischen Wandels eröffnet und die Entwicklung von konstruktiven und zukunftsweisenden regionalen Handlungsansätzen fördert.

Ostdeutsche Kommunen haben wir aus zwei Gründen von dem Problem fehlender Kooperationsnetzwerke besonders betroffen gesehen: Zum einen stehen sie spezifischen Problemen – einer dauerhaft hohen Arbeitslosigkeit, einer schrumpfenden und überalternden Bevölkerung und dem Abbau sowie Umstrukturierung von Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen der Daseinsfürsorge – gegenüber. Zudem sind im Zuge der Wiedervereinigung viele DDR-typische Kooperations- und Engagementstrukturen teilweise ersatzlos verschwunden. Beide Problemlagen gemeinsam machen ostdeutsche Städte – unfreiwillig – zu einem Experimentierfeld für

neue Kooperationsformen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die vordergründig als Verschlechterungen wahrgenommenen Veränderungen haben jedoch, so eine unserer Ausgangsthesen, auch das Potenzial, neue Spielräume für eine aktivere Beteiligung von Bürger/innen und Wirtschaft in Kooperation mit dem öffentlichen Sektor zu eröffnen.

Wir haben eine Forschungslücke darin gesehen, die spezifischen Eigenarten bürgerschaftlichen Engagements und der Zusammenarbeit von Drittem Sektor, Wirtschaft und Verwaltung in kleineren Städten Ostdeutschlands zu identifizieren. Das Projekt hat sich um eine auf die ostdeutschen Besonderheiten orientierte Sicht der Zivilgesellschaft bemüht, die eng mit den öffentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge und der Rolle der lokalen Wirtschaft und der Arbeitgeber verbunden ist sowie Perspektiven für einen konstruktiven Umgang mit dem demografischen Wandel eröffnet. Wie kann künftig das Verhältnis von Bürgern und Staat gestaltet werden, um eine zukunftsweisende, an den spezifischen ostdeutschen Gegebenheiten orientierte Engagementförderung zu etablieren und die lokalen Infrastrukturen zu stärken? Im Vorhaben sollten Ansätze zur Verbesserung der Kooperation zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Dritten Sektor in ostdeutschen Kommunen entwickelt, exemplarisch für Modellkommunen konkretisiert und in Form eines Leitfadens verallgemeinernd beschrieben werden.

In einem ersten Schritt wurden bisherige Studien und Ergebnisse zu den Besonderheiten und besonderen Bedingungen des bürgerschaftlichen Engagements in kleineren ostdeutschen Kommunen und zu Kooperationen zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft sekundäranalytisch aufgearbeitet. In Kapitel 2 sind die Ergebnisse der Literaturstudie knapp zusammengefasst (siehe außerdem „Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen. Analytischer Literaturbericht“, Downloads auf www.partizipative-kommune.de, März 2007).

In einem zweiten Schritt wurde eine empirische Untersuchung durchgeführt, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen, bisherige Annahmen und empirische Befunde zu überprüfen und identifizierte Forschungslücken zu schließen. Als Modellkommunen für die Befragungen und die Entwicklung von Praxis-Ansätzen für eine partizipative Kommune mit funktionierenden Kooperationsnetzwerken wurden Sondershausen in Thüringen und Strausberg in Brandenburg ausgewählt. Ein wesentlicher Grund für die Auswahl dieser beiden Kommunen war ihre großes Kooperationsinteresse: Beide Städte haben die Bedeutung einer starken und guten Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Drittem Sektor für den sozialen Zusammenhalt, die wirtschaftliche Weiterentwicklung und die Steigerung der Lebensqualität ihrer

Gemeinde erkannt. Außerdem gab es in beiden Städten bereits vielfältige Ansätze der Vernetzung zwischen den drei Sektoren. Diese Kooperationsaktivitäten reichen von kleinen kurzfristigen Projekten, wie beispielsweise dem Streichen eines öffentlichen Objektes durch engagierte Bürger/innen, für das ein Unternehmen die Farbe gesponsert hat, über einen übergreifenden Stadtmarketingprozess bis hin zur Gründung eines Fördervereins für den Wiederaufbau einer Kirchenruine zur Nutzung als Bürgerzentrum und Mehrgenerationenhaus. Die Einbindung von bestimmten Interessengruppen in politische Prozesse erfolgt durch Beiräte. Die Ergebnisse der Akteursbefragung sind in Kapitel 3 dargestellt.

Im Rahmen des Projekts wurde die Methode der Bürgerausstellung weiter entwickelt und zur Methode „Kommunenportraits“ modifiziert (siehe Kapitel 4).

Auftakt des Projekts war ein Expertenworkshop im Dezember 2006, der zum Ziel hatte, mit Experten/inn/en aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, Wirtschaft und bürgerschaftliches Engagement die Frage zu diskutieren, welche Bedeutung und Wirkung eine engere Vernetzung dieser drei Sektoren auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung hat. Die Experten/innen haben aus ihren Erfahrungen über Verknüpfungen zu den jeweiligen anderen Bereichen berichtet. Als Ergebnis des Workshops wurden erste spezifische Erfolgs- und Hemmfaktoren für die (Weiter-)Entwicklung und Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung/Politik, Wirtschaft und Dritter Sektor in ostdeutschen Kommunen herausgearbeitet. Diese Erkenntnisse wurden gemeinsam mit den Ergebnissen der Literaturstudie auf einem Auftakttreffen mit den ausgewählten Modellkommunen im April 2007 erörtert. Kapitel 5 fasst die Ergebnisse des Expertenworkshops und des Auftakttreffens zusammen.

Ein wesentliches anwendungsorientiertes Ergebnis und Instrument zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements ist der Leitfaden zum gemeinschaftlichen Handeln für Kommunen. In diesem Leitfaden sind die im Rahmen der Studie gewonnenen Erkenntnisse so aufbereitet, dass sie kommunalen Akteuren beim Aufbau und der Weiterentwicklung von produktiven Partnerschaften und Kooperationsnetzen zwischen öffentlichen, wirtschaftlichen und der bürgerschaftlichen Sektoren unterstützen können. Der Leitfaden wird separat veröffentlicht und ist daher nicht Bestandteil des Abschlussberichts.

Die Projektpartner nexus Institut und Prof. Thomas Olk waren Projekt begleitend an einer zweiten Studie beteiligt, die in Zusammenarbeit mit TNS Infratest durchgeführt wurde, und die sich zum Ziel gesetzt hatte, eine übergreifende Bestandsaufnahme der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland vorzunehmen. Diese Bestandsaufnahme erfolgte durch einen sekundäranalytischen Vergleich von quantitativ und qualitativ erhobenen Daten sowie durch einen Vergleich mit Studien zu zivilgesellschaftlichem Engagement

in West- bzw. Gesamtdeutschland. Die Studie, die unter dem Titel „Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde“ (Gensicke, Olk, Reim, Schmithals) veröffentlicht werden soll, ist eine Vertiefungsstudie, die übergreifende und langfristig bestehende Entwicklungs- und Erklärungsmuster herausarbeitet. Erste Ergebnisse dieser Studie wurden auf der gemeinsam mit Vertretern des BMVBS und des BMFSFJ vorbereiteten Tagung „Zivilgesellschaftliche Infrastruktur“ am 25.06.2007 in Potsdam vorgestellt.

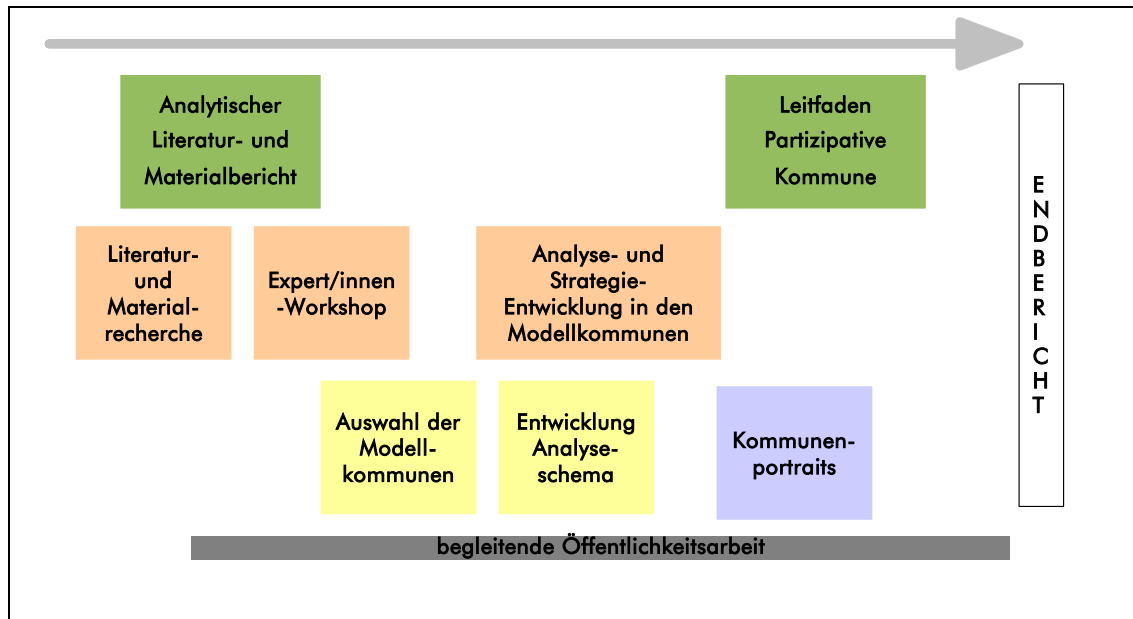


Abbildung 1.1: Projektdesign

2 Ergebnisse der Literaturstudie

Die Sammlung und systematische Auswertung der vorhandenen relevanten Literatur zum bürgerschaftlichen Engagement in Ostdeutschland zielte auf die Identifikation spezifischer Eigenarten bürgerschaftlichen Engagements von ostdeutschen ländlichen Regionen und kleineren Städten. Es sollten erste Kriterien zur Analyse von kommunalen Kooperationsstrukturen bzw. -netzen abgeleitet werden. Insbesondere galt es, erste Erfolgsfaktoren für eine partizipationsfördernde Kommune zu identifizieren.

Die Auswahl und Auswertung der Literatur bzw. des Materials wurde u. a. von folgenden zentralen Fragestellungen geleitet: Welche Bedeutung und Potenziale liegen im bürgerschaftlichen Engagement für ländliche Regionen und kleinere Städte Ostdeutschlands? Welche Handlungsansätze haben sich bereits bewährt, um das bürgerschaftliche Engagement in der Kommune zu stärken und welche Formen der Zusammenarbeit der drei Sektoren Politik bzw. öffentliche Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft existieren in Ostdeutschland? Was sind Erfolgsfaktoren, welche Hemmnisse bzw. Barrieren lassen sich identifizieren?

2.1 Hintergrund der Fragestellungen

Aktuelle Studien prognostizieren einen anhaltenden Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland, der insbesondere ländliche Räume betrifft (vgl. z. B. Kröhnert u. a. 2006, Kocks 2003). Innovative und auf Partizipation basierende Lösungsansätze sind dringend erforderlich, um die daraus resultierenden Wirkungen (Rückbau der Verwaltung, Infrastruktureinrichtungen und kommunalen Dienstleistungen) aufzufangen, damit die Kommunen den demografischen Veränderungen Stand halten und ihre Potenziale nutzen können.

Bislang wurde der „Aufbau Ost“ meist als Problem der Wirtschafts- und Industriepolitik, allenfalls noch der Arbeitsmarktpolitik gesehen. Mittlerweile ist jedoch ein Bewusstsein dafür entstanden, dass eine nachhaltige regionale Entwicklung nur bei Berücksichtigung demografischer Faktoren und partizipativer Strukturen im räumlichen Kontext gefördert werden kann, d. h. in Bezug auf konkrete räumliche Strukturen und Rahmenbedingungen für Leben, Bleibeentscheidungen und Familiengründung. Diesem Ansatz folgten auch die beiden am nexus Institut in Kooperation mit der Hochschule Magdeburg-Stendal durchgeführten und vom BMVBS geförderten Projekte zum Thema „Rückkehrförderung“ und „Familienfreundliche Hochschule als

Standortfaktor“, sowie die im nexus-Institut laufenden Vorhaben „Ländliche Lebensmodelle“¹ und „Ländliche Mobilität“².

Die beiden erstgenannten Vorhaben konnten zeigen:

- a) Zuwanderung nach Ostdeutschland ist zu mehr als 50 % Rückwanderung und hat eine stabile Heimatbindung als Voraussetzung.
- b) Hochschulen können erhebliche regionale Impulse auch in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung setzen, weil sie Zuwanderung fördern und im günstigsten Fall auch Kerne für eine sich verjüngende Bevölkerung bilden, indem schon Studierende Familien gründen und sich am Studienort vernetzen.

Beide Projekte richteten sich vorrangig auf die städtischen Verdichtungsräume in Ostdeutschland: zum einen auf Rückkehrförderung für größere ostdeutsche Kommunen mit starker lokaler Identität, zum anderen auf Hochschulstandorte. Zurzeit leben jedoch über 43 % der Bevölkerung Ostdeutschlands im ländlichen Raum, d. h. auf dem Land und in kleineren Städten. Diese Räume stehen jedoch zumeist in engen Austauschbeziehungen zu städtischen Verdichtungsräumen, haben selbst städtische Charakteristika und werden deshalb von einem ausschließlich „ländlichen“ Fokus nicht erfasst. Hinzu kommt die aktuelle Debatte über eine Konzentration der Förderung auf Wachstumskerne, die mittlerweile in der überwiegenden Zahl der neuen Länder mehr oder weniger durchgreifend realisiert wird. Eine solche Konzentration erzeugt bei der Bevölkerung in den Räumen außerhalb der Wachstumszentren oft das Gefühl, von der Politik und der gesellschaftlichen Entwicklung unberücksichtigt zu bleiben.

Das allgemeine Abschmelzen staatlicher Verwaltungen und das Zurückschneiden staatlicher Zuständigkeiten auf hoheitliche Kernbereiche gefährden in Ostdeutschland den Gestaltungswillen von Bürgern und Politik. Um diesem Trend entgegenzusteuern, sollte der demografische Wandel dazu genutzt werden, dass sich Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in neuen Gestaltungsräumen gewissermaßen subsidiär entfalten können. Dem Staat klommt hierbei insbesondere die Aufgabe zu, geeignete Infrastrukturen für das Engagement bereitzustellen.

Die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist in Ostdeutschland weniger ausgeprägt und niedriger als in Westdeutschland (vgl. Gensicke 2002, Priller und Winkler 2002). Priller und Winkler (2002) erkennen in spezifischen DDR-Traditionen negative Einflüsse: Die Mentalitäten begünstigen eher autoritäre und staatszentrierte Mobilisierungen als ziviles bürgerschaftliches Engagement (vgl. ebd., S. 12). Reißig

¹ Im Auftrag des Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt. Vollständiger Projektname: Wege zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt – Ländliche Lebensmodelle für junge Menschen und Familien“. Projektbegleitende Internetseite www.prolandleben.de.

² Insbesondere im Projekt mobikult. Projektbegleitende Internetseite www.mobikult.de.

(2002) sieht die geringere Bereitschaft der Ostdeutschen, sich freiwillig zu engagieren, u. a. als Folge eines subjektiven Entwertungssyndroms. Auch die Appelle zur Entwicklung von zivilgesellschaftlichem Eintreten für das Gemeinwohl finden bislang in Ostdeutschland oft eine geringere Resonanz als im Westen. So kommt der 2. Freiwilligensurvey der Bundesregierung (2004) bei der Engagementquote für die alten Bundesländer auf einen Wert von 37 % und für die neuen Bundesländer auf einen Wert von 31 %. In den letzten Jahren gibt es allerdings eine erfreuliche Konvergenz, lag doch die Engagementquote 1999 in den alten Bundesländern bei 35 % und in den neuen Bundesländern bei 27 %. Warum besteht dennoch weiterhin ein Abstand zwischen West und Ost? Ein Grund könnte die „westdeutsche Perspektive“ sein, die ostdeutsche zivilgesellschaftliche Strukturen und Aktivitäten, zumal in ländlichen Räumen übersieht, weil Begriffe, Verhaltensweisen und Werte dieser Perspektive auf westdeutsche urbane Lebensräume bezogen sind, die in ostdeutschen ländlichen Räumen keine Entsprechung haben. Die Beiträge in dem von Backhaus-Maul et al. (2003) herausgegebenen Sammelband lassen erkennen, dass bürgerschaftliches Engagement anders organisiert ist und nicht mit der Engagement-Landschaft in den alten Bundesländern gemessen werden kann, sondern eigene Wege und Inhalte erfährt.

Ein anderer Grund könnte in der fehlenden gegenseitigen Stärkung von Strukturen des Dritten Sektors, der Wirtschaft und der Verwaltung liegen. Gillwald (1997) stellt fest: Der Erfolg sozialer Innovationen ist in hohem Maße von dem Vertrauen potenzieller Befürworter darauf abhängig, dass auch andere sich beteiligen. Auf kommunale Prozesse bezogen folgt daraus, dass alle politisch relevanten Strömungen vor Ort einbezogen werden sollten, damit entsprechende Projekte nicht zum kommunalpolitischen Streitfall werden und nach der nächsten Kommunalwahl abbrechen. Das heißt: Es braucht nicht nur Ideen für soziale Innovationen, sondern auch Vertrauens- und Netzbildung.

Die Bereitschaft zum Engagement in kleineren Kommunen profitiert davon, dass hier soziale Netze noch wirksamer sind als in größeren Ortschaften. Doch auch hier bleibt das langfristige Aufrechterhalten der Motivation ein Problem, vor allem in Ostdeutschland. Zudem deuten Untersuchungen auf eine geringere Offenheit für innovative Ansätze hin.

„Eine neue Phase der Entwicklung Ostdeutschlands und seiner Regionen erfordert auch, dass die Ostdeutschen aus der nach ihrer Selbstbefreiung bereits 1990/91 erneut verordneten und selbst gewählten Objektrolle herausfinden und sich in eine Subjektrolle bringen“, stellt Reißig (2002, S. 6) fest, übersieht dabei allerdings, dass diese Objektrolle schon längst aufgebrochen ist und partizipative Ansätze auf

vielfältiger Basis aufbauen können. Denn ostdeutsche Regionen bringen (z. T. in der DDR erworbene) Kompetenzen und spezifische Potenziale mit, die möglicherweise bislang noch nicht genügend entfaltet werden konnten, z. B. das Erbe der Bürgerbewegungen, die vorhandenen bunten Netzwerke, die „besondere“ Mentalität oder der intensivere Bezug zur Erwerbsarbeit (vgl. Backhaus-Maul et al. 2003). Trotzdem ist die Bereitschaft junger Ostdeutscher, sich politisch zu engagieren, drastisch zurückgegangen. Hier zeigt sich die schon erwähnte Distanz zwischen den Polen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie äußert sich in Skepsis und Misstrauen gegenüber der Politik und in Enttäuschung gegenüber der Wirtschaft, der es vielfach nicht gelingt, genügend Arbeitsplätze bereitzustellen (vgl. Förster 2002).

2.2 Zusammenfassung des analytischen Literaturberichts

2.2.1 Bedeutung von Bürgerschaftlichem Engagement

In unserem Verständnis von bürgerschaftlichen Engagement lehnen wir uns an die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ an. Dieser zufolge ist bürgerschaftliches Engagement dadurch charakterisiert, dass es freiwillig ist, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert und öffentlich, bzw. im öffentlichen Raum stattfindet. Es wird normalerweise kooperativ ausgeübt und erzeugt soziales Kapital, demokratische Kompetenz und informelle Lernprozesse. Diese Definition schließt ein vielfältiges Spektrum von Beteiligungs- und Mitwirkungsformen, die den Bürger/innen die Möglichkeit bieten, sich in das kulturelle, soziale und politische Geschehen einzubringen, ein.

Die Thematik des bürgerschaftlichen Engagements wird außerdem im unternehmerischen Kontext diskutiert. Unternehmen bringen sich in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft ein, am häufigsten in den Bereichen Soziales, Kultur, Bildung und Sport. Traditionell besteht das Engagement in Geld- und Sachspenden, aber auch in Form von Personaleinsatz, Know-How-Transfer und Partnerschaften. Konzepte wie z. B. Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship betonen die strategischere Vorgehensweise bei der Integration des Engagements in die unternehmerischen Aktivitäten und Zielsetzungen.

Momentan ist bürgerschaftliches Engagement ein in Medien, Politik und Wissenschaft viel diskutiertes Thema. Das politische Interesse an bürgerschaftlichem Engagement liegt unter anderem in der sich verändernden Rolle des Staates und in der Krise des herkömmlichen Systems wohlfahrtsstaatlicher Sicherung in Deutschland begründet. Die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten zwischen Staat, Bürger und Wirtschaft sind neu zu verhandeln. Nicht allein der Staat kann für die Erbringung von Wohlfahrt zuständig sein. Auch über die Mechanismen des Marktes lassen sich die in einer postmodernen Gesellschaft anfallenden Aufgaben nicht bewältigen. Der Beteiligung

der Bürger/innen und der Unternehmen wird ein neuer Stellenwert im Bereich gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme zugeschrieben, die vor allem bei der kommunalen Daseinsvorsorge an Bedeutung gewinnt. Zugleich bietet bürgerschaftliches Engagement den Bürger/innen und Unternehmen die Möglichkeit, die Qualität politischer Entscheidungen zu verbessern, indem sie einerseits ihren spezifischen Sachverstand beisteuern und andererseits dafür sorgen, dass politische Entscheidungen möglichst nah an ihren Interessen gefällt werden.

In einer Gesellschaft, in der viele vom Erwerbsleben ausgeschlossen sind – sei es durch unfreiwillige Arbeitslosigkeit oder nach dem Erwerbsleben – erhält bürgerschaftliches Engagement, indem es Sinn, Identität, aber auch Qualifikation bietet, zusätzlich auf persönlicher Ebene an Bedeutung.

Bürgerschaftliches Engagement ist offensichtlich ein Standortfaktor. Für Investoren sind nicht nur eine geeignete Wirtschafts- und Infrastrukturförderung sowie Rahmenbedingungen - wie gute Verkehrsanbindung etc. - wichtig, sondern auch engagierte Menschen vor Ort: Lebensqualität, kulturelle Angebote, adäquate Bildungsangebote und regionale Identität können wichtige Kriterien für Investitionsentscheidungen sein. In diesen Bereichen wird bürgerschaftliches Engagement aller Voraussicht nach zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Bürgerschaftliches Engagement stellt eine strukturbildende Ressource dar und trägt zum Funktionieren einer Kommune bei.

2.2.2 Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland

Der Anteil der Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren, differiert innerhalb Deutschlands erheblich. In Westdeutschland ist ein Süd-Nord-Gefälle zu verzeichnen und in Ostdeutschland sind die Engagementquoten niedriger als in Westdeutschland, wobei sie sich in allen ostdeutschen Bundesländern auf ähnlichem Niveau bewegen. In den letzten Jahren sind dort allerdings sowohl Engagementbereitschaft als auch realisiertes Engagement gestiegen und es zeigen sich weitere Wachstumstendenzen.

Soziodemographische Zusammenhänge (Geschlecht, Alter, Haushaltseinkommen) prägen die Engagementbereitschaft der Bürger/innen. Häufiger als in Westdeutschland, wo Freiwillige vielfach für ihre Tätigkeit angeworben werden, kommen Freiwillige in den neuen Bundesländern durch eigene Initiative zu ihrer freiwilligen Tätigkeit. Insbesondere bei Jüngeren sowie Arbeitslosen spielen bei den Engagementmotiven die berufliche Nähe und Kompetenzerwerb eine Rolle.

Darüber hinaus spielen Faktoren wie Landespolitik, strukturelle Gründe und religiöse Bindungen eine Rolle. In Ostdeutschland werden die Engagementstrukturen zudem wesentlich von zwei Besonderheiten beeinflusst: Zum einen wirken Engagementtraditionen aus der Zeit der DDR nach, zum andern die Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs und der Transformationsprozesse.

Zu DDR-Zeiten waren ehrenamtliche Tätigkeiten sehr eng mit dem politischen System und den Betrieben verbunden. Es gab keinen eigenständigen und unabhängigen „Dritten Sektor“, der mit dem in Westdeutschland vergleichbar gewesen wäre. SED-Machtmonopol und die „Durchorganisation“ der Gesellschaft erlaubten eine Teilhabe und Mitwirkung der Bürger/innen an der Gestaltung politischer Angelegenheiten nicht. Es gibt somit weniger (positive) Erfahrung mit Demokratie und Selbstverwaltung. Den großen Verbandsorganisationen fehlen Mitglieder, u. a. aufgrund fehlender Milieubezüge. So gibt es z. B. insbesondere in Kirchen und religiös geprägten Einrichtungen aufgrund geringerer konfessioneller Bindungen weniger Engagierte als in Westdeutschland. Die Nischenfunktion der Kirche als Sammelbecken für politisches und ökologisches Engagement ist mit der Wiedervereinigung weggefallen.

Allerdings haben sich weit verzweigte Strukturen informellen Engagements („man hilft sich gegenseitig“) ausgeprägt. Diese Netzwerke – so lautet unsere These – werden durch die Brille von westdeutschen Sozialforschern vermutlich oft übersehen. Einige Studien erkennen eine gute Basis für Gemeinschaftlichkeit und kollektive Aktionen in Ostdeutschland. Der Wunsch nach Gemeinschaftlichkeit und kollektiven Aktionen sowie eine starke Familienorientierung wirken weiter nach.

Kommunen halten sich mit der Übertragung sozialer Aufgaben an nicht-staatliche Organisationen und Bürgergruppen teilweise zurück. Dies mag in der sozialistischen Vorstellung eines starken Staates begründet sein, der für die allumfassende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen zuständig ist.

Mit der Wiedervereinigung wurden durch den Institutionstransfer von West nach Ost viele Grundstrukturen rechtlicher, marktwirtschaftlicher, administrativer und demokratischer Institutionen „top down“ in den neuen Bundesländern implementiert.

Strukturelle Ungleichheiten zwischen Ost und West spiegeln sich in den unterschiedlichen Verhältnissen von bürgerschaftlichem Engagement wider: Arbeitslosigkeit, Abwanderung – v. a. der jungen Generation – und die Folgen des demographischen Wandels sind in Ostdeutschland verstärkt zu spüren. Erfahrungen wie Massenentlassungen, Arbeitslosigkeit und damit einhergehende soziale Verunsicherung können sich demotivierend und in Resignation und Distanz gegenüber der Politik sowie in einer geringen Beteiligung auswirken. Dennoch sind auch bisher schon viele gute Ansätze bürgerschaftlichen Engagements und intersektorale Projekte entstanden. Gerade beim Anteil von Arbeitslosen unter den Engagierten, der nach wie vor vergleichsweise niedrig ist, ist ein hoher Zuwachs zu verzeichnen. Die Situation einer hohen Arbeitslosigkeit und deren Bedeutung für die Engagementbereitschaft sowie die Notwendigkeit spezifischer Möglichkeiten und Zugänge zum Engagement sind besonders zu berücksichtigen.

2.2.3 Die Bedeutung von Vernetzung und Kooperationen

Die Bedeutung von Netzwerken und Kooperationen zwischen verschiedenen Akteuren wird inzwischen sowohl in unternehmerischen als auch gesellschaftlichen Kontexten hervorgehoben. Netzwerke zeichnen sich durch Verbindungen zwischen Personen und Organisationen aus, die als eine eigenständige Form der Zusammenarbeit verstanden werden können. Soziale Netzwerke können ein Handlungsumfeld bilden, in dem Vorhaben und Maßnahmen effizienter umgesetzt werden, wenn die Rücksichtnahme auf die Interessen der Partner zur besseren Realisierung der eigenen Ziele beiträgt. Soziale Netzwerke bilden außerdem Infrastrukturen für Austausch- und Kommunikationsprozesse zwischen individuellen Akteuren, Gruppen und Organisationen. Hierdurch kann auch die Innovationsfähigkeit gefördert werden. Meister (2003) führt beispielsweise an, dass Netzwerke zur Lösung regionaler Beschäftigungsprobleme beitragen, da zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit das Zusammenspiel einer Vielzahl von Institutionen, Ressourcen und Kompetenzen notwendig ist (vgl. Meister 2003, S. 249).

Ohne auf Vollständigkeit zu setzen, zeugen die in der Literaturstudie dargestellten Vernetzungs- und Kooperationsansätze von einer großen Vielfalt: Zum einen sind hinsichtlich der beteiligten Sektoren bi- und trisektorale Vernetzungen angeführt. Zum anderen kann die Vernetzung und Kooperation personeller, informationeller, finanzieller und/oder struktureller bzw. organisatorischer Art sein.

Im Zuge der Literatur- und Materialstudie konnten wir feststellen, dass sich weitaus mehr Praxisbeispiele für bisektorale Kooperationsformen als für Netzwerke zwischen allen drei Sektoren Verwaltung/Politik, Wirtschaft und Drittem Sektor finden lassen. Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass wahrscheinlich eine Vielzahl von Projekten existiert, die ganz individuell von den regionalen bzw. örtlichen Bedürfnissen und den jeweils vorhandenen Akteuren geprägt sind, die aber kaum bekannt sind.

2.2.4 Vorgeschlagene Handlungsansätze

Ausgehend von den Ergebnissen der Literaturstudie können folgende zentrale Handlungsempfehlungen für die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und von Kooperationsnetzwerken formuliert werden:

Förderung durch Infrastruktur

- Für Ostdeutschland ist der Ausbau einer professionellen und dauerhaften Infrastruktur der Engagementförderung, die vorhandene bürgerschaftliche Ansätze unterstützt und neues Engagement anregt, wünschenswert.
- Die Einrichtung von Vermittlungsagenturen sollte gefördert werden: Selbsthilfeeinrichtungen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen etc. haben sich unabhängig voneinander entwickelt. Nun geht es darum, Potenziale von

Vernetzungen zu erforschen und teilweise verschiedene Einrichtungen institutionell gemeinsam zu verankern, um zu einem integrierten gemeinwesenorientierten Infrastrukturkonzept zu gelangen.

Förderung durch Unternehmen

- Bürgerengagement ist ein Standortfaktor, der für Unternehmen wichtige Rahmenbedingungen fördert. Unternehmen können dies durch ihr bürgerschaftliches Engagement unterstützen.
- Um Unternehmen für bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren, sollte das Thema in den Kommunen stärker öffentlich kommuniziert werden. Gute Beispiele können Bedeutung und positive Wirkung für das Gemeinwesen und das eigene Unternehmen deutlich machen und Ideen für eigene Aktivitäten vermitteln.
- Unternehmerisches Engagement in Ostdeutschland sollte primär in solchen Handlungsfeldern angesetzt werden, welche zur Attraktivität des Standortes sowie des Betriebes beitragen. Dadurch könnten potenzielle Arbeitnehmer in der Region gehalten sowie Zu- und Rückwanderung insbesondere von Fachkräften und Unternehmensgründungsaktiven gefördert werden. Primäre Zielgruppen bzw. Handlungsfelder für bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen sind vor diesem Hintergrund Jugend, Familie und möglicherweise „ältere“ Arbeitnehmer mit Berufserfahrung. Diesbezügliche Aktivitäten richten sich auf die Förderung von berufsrelevanten Kompetenzen und Qualifikationen sowie die Verbesserung der Familienfreundlichkeit sowohl des lokalen Umfeldes als auch im Unternehmen. Hierfür sind Partnerschaften mit entsprechenden Einrichtungen (z. B. Schulen, Fachhochschulen, pädagogische Einrichtungen) denkbar. Die intersektorale Einbindung könnte ebenfalls in Stadtmarketing- und Stadtentwicklungsprozessen sowie in Kooperationsprojekten – wie z. B. lokalen Bündnissen für Familie – realisiert werden.

Förderung durch Empowerment

- Die generelle Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements durch zentrale Personen in der Kommune, wie dem Bürgermeister, ist von großer Bedeutung für das Ansehen des bürgerschaftlichen Engagements. Diese Personen, die als Meinungsträger in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, tragen dazu bei, dass Projekte Erfolg haben – z. B. da sie mit ihrer Reputation Vorbildcharakter haben und beispielsweise dazu beitragen, Sponsoren, zu gewinnen. Für das Vorgehen im Projekt „Partizipative Kommune“ haben wir diese These berücksichtigt: Ein ganz wesentliches Kriterium für die Auswahl der Kommunen war, dass Bürgermeister und Stadtverwaltung die Kooperation unterstützen.

- Es sollten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für öffentlich Bedienstete in den kommunalen Verwaltungen und Ministerien der Länder angeboten werden, die die Praxis lokaler Bürgergesellschaft und die Integration von Bürgerbeteiligung in die Verwaltungsabläufe zum Thema haben. Dieses Thema könnte auch in bestehende Fortbildungsangebote integriert werden.
- Gleichfalls sind Bildungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte sinnvoll.
- Zur Identitätsbildung kann eine Ausstellung über Bürgerengagement in der Gemeinde organisiert werden (Methode Bürgerausstellung).

Förderung durch Kooperation

- Es braucht „intelligente kommunalpolitische Systeme“, die bürgerschaftliche Projekte als Grundlage jeden Gemeinwesens in Teilhabe- und Dienstleistungsstrukturen einbeziehen. Die Herausforderung an die Kommunalpolitik besteht darin, nicht nur intersektorale Vernetzung anzustoßen, sondern auch innerhalb der Verwaltung ressortübergreifend zu kooperieren.
- Gemeindeordnungen könnten modellhaft geöffnet werden, z. B. durch projektbezogene Mitarbeit der Bürger/innen an Entscheidungsprozessen in der Gemeinde. Erste Schritte: Direktwahl von Bürgermeister/innen, Erleichterung von Bürgerbegehren und Referenden, Einsatz von neuen Beteiligungsmethoden (z. B. Mediation, Planungszellen und Zukunftswerkstätten).
- Interkommunale Vernetzung, z. B. durch Erfahrungstammtische oder „Dorfpartnerschaften“ tragen dazu bei, gegenseitige Lernprozesse zu befördern.
- Jugendliche brauchen ausgebildete Jugendbetreuer als Ansprechpartner für bürgerschaftliches Engagement. Schulen sollten zur Mitarbeit bei lokalen Projekten eingeladen werden.
- Die Medien sollten stärker ihre Verantwortung wahrnehmen, einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung für bürgerschaftliches Engagement zu leisten. Bislang ist das Thema nicht präsent genug.
- Die engagementpolitische Situation in Ostdeutschland erweist sich komplexer und gestaltungsoffener als in den alten Bundesländern. Diese größere Gestaltungsoffenheit der ostdeutschen Institutionen kann eine Chance für neue Engagementformen und -partnerschaften sein (z. B. in den Bereichen Schule, Pflege, Mobilität u. a.).

Allerdings ist es nicht unbedingt leicht, neue Formen eines selbstbestimmten und –organisierten Engagements zu etablieren. Es mangelt an organisierten Vergemeinschaftungsformen vor Ort. Daher sollten relevante gesellschaftliche Institutionen und Organisationen in den Bereichen Politik, Verwaltung, Bildung, Kultur und Soziales sich für Initiativen engagierter Bürger/innen öffnen. Das

beinhaltet auch eine Übergabe von Teilen der Kompetenzen auf Bürger/innen, die sich engagieren.

Förderung durch Anreize

- Anerkennung: Weiterentwicklung der Anerkennungskultur. Die Anerkennung und Wertschätzung von bürgerschaftlichem Engagement unterstützt die Entstehung sozialer Identität. Mögliche Formen der Wertschätzung sowohl ideeller als auch materieller Natur sind zum Beispiel: Landesverdienstorden u. a. Auszeichnungen, Ehrenmitgliedschaften, Ehrenamtsausweise.
- Finanzielle Entlastungen: z. B. Steuerbefreiung von Aufwandsentschädigungen.

3 Empirische Untersuchungen

Im Rahmen der Studie ging es darum, die Vernetzung zwischen den drei Sektoren auf ihre Wirkungen, Gestaltung und Funktionieren genauer untersuchen. Es bestand eine Forschungslücke darin, Strukturen und Prozesse bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland zu untersuchen und Antworten auf die Frage zu finden, welche Akteure mit welchen Interessen aktiv sind. Zur Untersuchung eines vergleichsweise jungen Forschungsfeldes bieten sich qualitative Methoden und Fallstudien an. Daher haben wir für das Projekt den Ansatz gewählt, mit zwei Kommunen Kooperationen einzugehen und in diesen Kommunen Expertengespräche mit Vertreter/innen aus der Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Vereinen und engagierten Bürger/innen zu führen und zwar u. a. zu folgenden Fragen:

- Welche Erfahrungen mit bürgerschaftlichen Engagement bestehen?
- Welche Erfahrungen wurden in der DDR und nach der Wiedervereinigung gemacht? Welche Veränderungen wurden wahrgenommen?
- Was hat den Anstoß für das Engagement gegeben, welche Motive spielen eine Rolle?
- Welche Faktoren/Rahmenbedingungen werden als förderlich bzw. hinderlich für bürgerschaftliches Engagement empfunden?
- Welche Bedeutung hat das bürgerschaftliche Engagement für die Stadt?
- Welche Projekte/Aktivitäten werden mit Akteuren aus den jeweils anderen beiden Sektoren zusammen durchgeführt?
- In welcher Art erfolgt die Kooperation und wie wird die Qualität eingeschätzt?
- Was läuft gut und warum? Welche Hemmnisse treten auf und welche Lösungsansätze werden verfolgt?
- Welche Wünsche bestehen hinsichtlich einer Veränderung der Aktivitäten und Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagements und intersektorale Vernetzung vor Ort?
- Welche konkreten Ideen gibt es für zukünftige Vernetzungsaktivitäten und bürgerschaftliches Engagement.

Die Interviews sind problemorientiert angelegt und wurden leidfadengestützt durchgeführt. Ein Frageleitfaden ist beispielhaft im Anhang 1 aufgeführt. Die Interviews erfolgten im Erhebungszeitraum von Mitte Mai bis Mitte Juli.

Im Rahmen des Auswahlprozess für zwei Modellkommunen wurden rund 50 geeignete Kommunen vor allem über Recherchen im Internet gescreent. Daraufhin wurden vorab ausgewählte Kommunen angeschrieben und zu einer Interessenbekundung aufgefordert.

Die Auswahl der Modellkommunen orientierte sich an den folgenden Kriterien:

- Formal: Größe der Kommune zwischen 10.000 und 30.000 Einwohner/innen, zwei verschiedene ostdeutsche Bundesländer
- Inhaltlich: Gute trisektorale Vernetzungsprojekte
- Interesse der Verwaltungsspitze
- Engagement der Akteure aus Wirtschaft, Politik und Drittem Sektor
- Bereitschaft, neue Wege zu gehen
- Konkrete schriftliche Bewerbung

Im Ergebnis wurden die Städte Sondershausen (Thüringen) und Strausberg (Brandenburg) als Modellkommunen ausgewählt.

Kurzbeschreibung der Modellkommunen

Die Städte Strausberg in Brandenburg und das thüringische Sondershausen haben die Bedeutung einer starken und guten Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Drittem Sektor für den sozialen Zusammenhalt, die wirtschaftliche Weiterentwicklung und die Steigerung der Lebensqualität ihrer Gemeinde erkannt.

In beiden Städten gibt es bereits vielfältige Ansätze der Vernetzung zwischen den drei Sektoren. Daher wurden sie als Modellkommunen für das Forschungsprojekt „Partizipative Kommune – Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen“ ausgewählt.

Strausberg kann mit den Schwerpunkten Medizin, Luftfahrt und Medien eine verhältnismäßig gute wirtschaftliche Entwicklung verzeichnen. Die Arbeitslosenquote liegt bei rund 11 Prozent, was im ostdeutschen Vergleich sehr niedrig ist. Die demografische Entwicklung Strausbergs verläuft bisher weitestgehend stabil und auch die zukünftigen Prognosen bestätigen dies. Über 26.500 Einwohner/innen kann die Stadt verzeichnen. Hierfür ist zum einen die Nähe zu Berlin relevant als auch die Stationierung der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist mit insgesamt 16 Dienststellen der größte Arbeitgeber vor Ort.

Die Besonderheiten von Sondershausen liegen vor allem in der musikalischen Kulturlandschaft, die einen wichtigen Wirtschaftsfaktor sowie ein weites Feld für bürgerschaftliches Engagement darstellt. Traditionelle Wirtschaftszweige sind die Kali- und Elektroindustrie. Sondershausen verfügt ebenfalls über einen Standort der Bundeswehr. Die Bevölkerungszahlen sind rückläufig, derzeit wohnen gut 21.500 Einwohner/innen in Sondershausen.

3.1 Methodik der Experteninterviews

3.1.1 Durchführung der Interviews

In beiden Kommunen wurden Vertreter/innen aller drei Sektoren befragt. Die Anzahl der jeweils Befragten ist in Tabelle 3.1 dargestellt.

	Dritter Sektor	Wirtschaft	Verwaltung	insgesamt
Sondershausen	11	4	7	22
Strausberg	8	7	6	21
insgesamt	19	11	13	43

Tab. 3.1: Verteilung der Befragten auf Kommunen und Sektor

Durch die leitfadengestützte Vorgehensweise wurde kein völlig offenes Verfahren angewendet, sondern es ist eine teilstandardisierte Methode gewählt worden. Der Gesprächsleitfaden, der teilstandardisierten Interviews zugrunde liegt, dient als thematisches Gerüst und stellt sicher, dass alle forschungsrelevanten Themengebiete angesprochen werden, und er ermöglicht eine gewisse Vergleichbarkeit der Interviewergebnisse. Die Methode gewährleistet also Kontrolle und gewährt gleichzeitig Offenheit bezüglich des Interviewverlaufs. Dabei werden die Fragen nicht zwingend immer in der gleichen Reihenfolge behandelt, sondern es entwickelt sich ein Gespräch, das den Befragten Raum dafür lässt, Schwerpunkte auf für sie bedeutende Themen zu setzen und das gleichzeitig durch die für die Untersuchung relevanten Fragestellungen gelenkt wird. Das heißt, die Reihenfolge, in der die Fragen gestellt wurden, wurde an den Interviewverlauf angepasst. So erlaubte die Interviewführung, einzelne Themen, die den Befragten besonders wichtig waren, zu vertiefen, und sicherte dabei gleichzeitig, dass der Befragungsverlauf zielführend blieb.

Damit erlaubt die Methode, den Bezugsrahmen der Befragten bei der Fragenbeantwortung mitzuerfassen und damit einen Einblick in die Relevanzstrukturen und die Erfahrungshintergründe des Befragten zu erlangen. Der offene Charakter der Interviews, deren Ablauf dem Erzählungsfluss der Befragten angepasst wird, ermöglicht die Analyse komplexer Einstellungsmuster und motivationale Interpretationen (vgl. Schnell, Hill, Esser 1999 und Friedrichs 1990). Aspekte, die sich in den ersten Befragungen als relevant herausgestellt haben, wurden in den danach erfolgten Gesprächen als Themenbereiche mit erfragt.

Qualitative Methoden werden dann bevorzugt eingesetzt, wenn genaue Einblicke in individuelle Verhaltensweisen und Entscheidungsstrukturen gewonnen werden sollen. „Nur mit Methoden, die den Gesprächspartnern keine Vorgaben in Form von vorgefer-

tigten Variablen machen, ist es möglich, die spezifische Motivlage zu erfassen, um sie dann kontextuell adäquat analysieren zu können“ (Götz 1998, S. 17).

Der angewendete Frageleitfaden bestand aus einem verschiedenen Themenkomplexe umfassenden Interviewkonzept, das Elemente narrativer, problemzentrierter und episodischer Interviews integriert. Unter problemzentrierten Interviews verstehen Flick u. a. eine Interview-Variante, *„die eine sehr lockere Bindung an einen knappen, der thematischen Orientierung dienenden Leitfaden mit dem Versuch verbindet, den Befragten sehr weitgehende Artikulationschancen einzuräumen und sie zu freien Erzählungen anzuregen“* (Flick u. a. 1991, S. 178, siehe auch Flick 1995 und 1996). Damit können problemzentrierte Interviews als Kompromissform zwischen leitfadenorientierten und narrativen Gesprächsformen angesehen werden. Die Einstiegsfragen verfolgen das Ziel, die Interviewteilnehmer/innen dazu zu bringen, frei zu erzählen. Diese Methode ist dafür geeignet, ein Verständnis für die Sicht- und Handlungsweisen von Personen und deren Erklärung aus sozialen Bedingungen zu erlangen (vgl. ebd.). .

In Ergänzung zum Leitfaden wurden die Befragten direkt im Anschluss an die Interviews gebeten, einen Zusatzfragebogen auszufüllen, mit Fragen insb. zu intersektoraler Kooperation aber auch zu soziodemographischen Merkmalen. Einige Interviewpartner/innen lehnten es ab, einen Zusatzfragebogen auszufüllen, so dass insgesamt nur 36 Zusatzfragebögen in die Auswertung eingehen konnten.

Die Interviews wurden von zwei wissenschaftlichen und zwei studentischen Mitarbeiter/innen des Forschungsvorhabens durchgeführt, das heißt von Personen, die fachlich in das Thema involviert waren. Die durchschnittliche Interviewdauer lag bei etwas über einer Stunde.

3.1.2 Auswertung

Die qualitativen Interviews wurden aufgezeichnet und anschließend transkribiert. Aufzeichnung und anschließende Verschriftlichung sind wichtige Schritte der Aufbereitung qualitativer Daten. Dieses Verfahren ermöglicht, anders als Protokollmitschriften oder Verfahren der teilnehmenden Beobachtung, eine Trennung von Daten und Interpretationsleistung (vgl. Flick 1996 und Bohnsack 1999). Typische Zitate können zur Illustration der Ergebnisse herangezogen werden. Diese Ergebnisdarstellung ist ein gängiges Verfahren in der qualitativen Sozialforschung und dient der Veranschaulichung der Zusammenhänge, denen Forscher/innen im Feld begegnen (vgl. Schnell, Hill, Esser 1999 und Flick 1996).

Die Auswertung der Ergebnisse erfolgte mehrstufig und in Anlehnung an die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. z. B. Mayring 1993 und 2000).

Qualitative Inhaltsanalyse

Der erste Schritt der Auswertung bestand in der Entwicklung eines Codierschemas und Kategoriensystems. Zunächst wurde das Material dahingehend analysiert, welche Aspekte häufig angesprochen wurden. Im Prozess der Codierung dienten außerdem die Stichworte aus dem Interviewleitfaden als Orientierungshilfe (Kombination induktiver Kategorienentwicklung und deduktiver Kategorienanwendung). Für die weitere Auswertung wurde mit der qualitativen Inhaltsanalyse ein Ansatz empirischer und methodisch kontrollierter Auswertung ausgewählt, der das Material nach inhaltsanalytischen Regeln auswertet, ohne dabei in voreilige Quantifizierungen zu verfallen.

Seit einigen Jahren gibt es für die qualitative Datenauswertung Computerprogramme, die die Arbeit mit den Texten unterstützen können und dabei eine dreifache Rolle einnehmen. Der Rechner assistiert erstens, indem er Analyseschritte wie das Durcharbeiten des Textes, die Kategoriendefinition und das Schreiben von Kommentaren am Bildschirm ermöglicht. Zweitens ist er Dokumentationszentrum, indem er alle Analyseschritte festhält und damit nachvollziehbar macht. Und drittens kann er Verbindungen zur quantitativen Auswertung herstellen, so z. B. durch die Analyse von Kategorienhäufigkeiten (vgl. Mayring 2000). Die Software-Tools dienen dazu, umfangreiches qualitatives Datenmaterial mit verhältnismäßig geringem Arbeitsaufwand zu strukturieren und damit den Analyseprozess zu unterstützen. ATLAS.ti³ 5.0 (Demoversion: <http://www.atlasti.de>) ist ein PC-Programm, das sich für die Arbeit mit Verfahrensweisen der qualitativen Inhaltsanalyse besonders bewährt hat. In ATLAS.ti werden die Auswertungselemente (Codes, Codefamilien, Memos) in einer sogenannten hermeneutischen Einheit gespeichert. Dabei sind die Textdokumente, also z. B. die transkribierten Interviews, die Datengrundlage. Jedes Dokument („Primary Doc“) beinhaltet einen Fall.

Auswertung des Zusatzfragebogens

Streng genommen erlaubt die geringe Fallzahl keine Quantifizierung. Zur übersichtlichen Darstellung erfolgte dennoch eine weitgehend standardisierte Auswertung des Zusatzfragebogens anhand von Auszählung der Antworthäufigkeiten und einer grafischen Darstellung mit Hilfe von Excel.

3.2 Die Befragten

Die größte Gruppe der Befragten ist mittleren Alters (45 – 54). Es gibt lediglich zwei Befragte, die jünger als 35 Jahre sind (vgl. Tab. 3.2 und Abb. 3.1) – hier spiegelt sich

³ ATLAS.ti ist im Rahmen des TU-Forschungsprojekts ATLAS (Archiv für Technik, Lebenswelt und Alltagssprache) entwickelt worden.

der geringe Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den freiwillig Engagierten wieder.

Alter	Sondershausen	Strausberg	insg.
25 - 34	2	0	2
35 - 44	3	4	7
45 - 54	5	7	12
55 - 64	5	2	7
65 - 74	3	2	5
k.A.	1	2	3
ings.	19	17	36

Tab. 3.2 Das Alter der Befragten

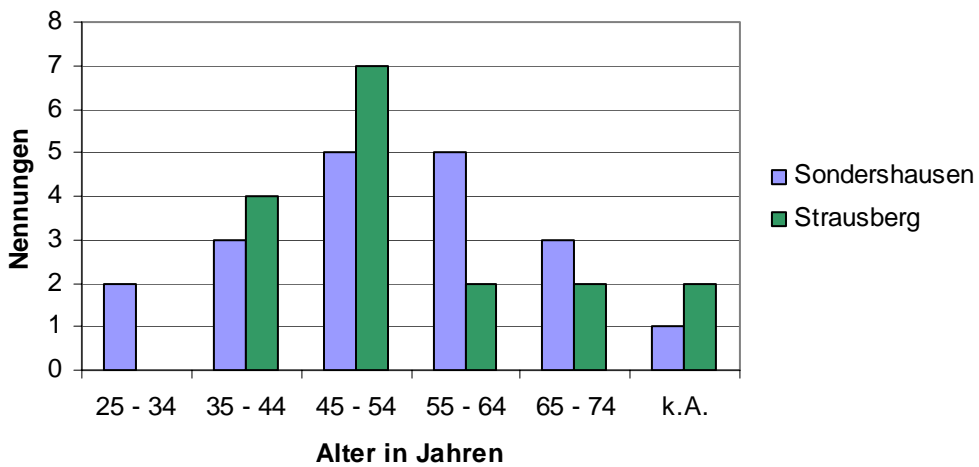


Abb. 3.1: Das Alter der Befragten

Die Befragten haben zum überwiegenden Teil schon seit einigen Jahren mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun (siehe Abb. 3.2) und die meisten leben auch bereits längere Zeit am gleichen Wohnort (siehe Abb. 3.3)

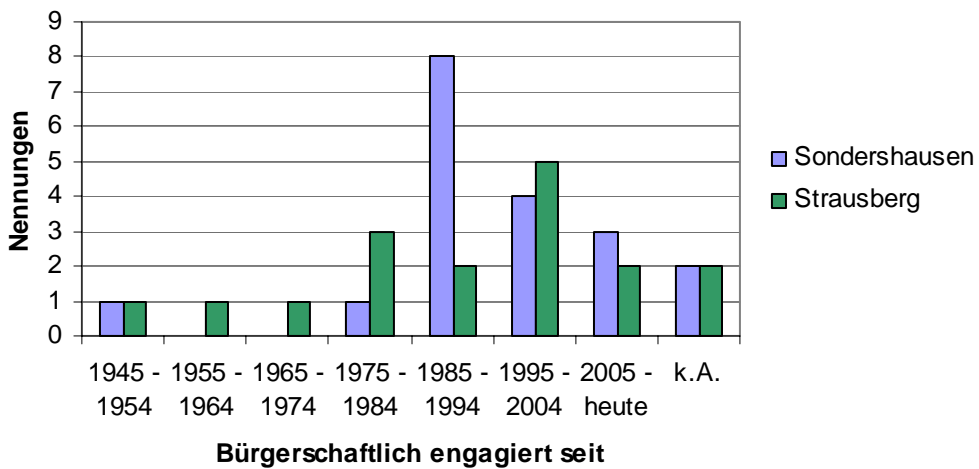


Abb. 3.2: Die Dauer des bürgerschaftlichen Engagements der Befragten

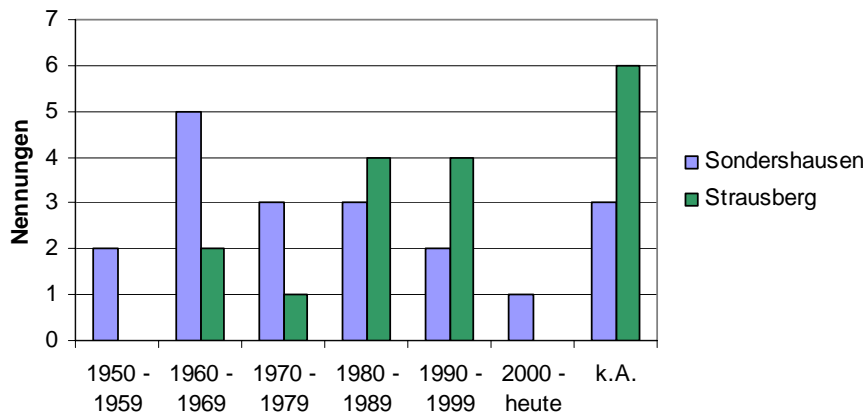


Abb. 3.3: Zeitpunkt des Zuzugs an den jetzigen Wohnort

3.3 Befunde zu bürgerschaftlichem Engagement in den Modellkommunen

3.3.1 Formen des bürgerschaftlichen Engagements

Die interviewten Experten/innen aus den Bereichen Verwaltung, Wirtschaft und Dritter Sektor wurden zu den Erfahrungen gefragt, die sie bei ihren beruflichen Tätigkeiten, die mit bürgerschaftlichem Engagement in Berührung stehen, bzw. bei ehrenamtlichen Aktivitäten machen.

In folgenden Bereichen sind die befragten Experten/innen aktiv. Bei den meisten Projekten bzw. Initiativen oder Einrichtungen ist ein Sektor klar dominierend und es wurden dann auch nur Vertreter/innen aus diesem Sektor befragt. Allerdings gibt es häufig Kooperationsbeziehungen zu anderen Sektoren - wie zum Beispiel wenn Unternehmen als Sponsoren von Bürgerprojekten auftreten oder die Verwaltung als Berater. In Klammern sind jeweils die beteiligten Sektoren genannt – der zentrale Sektor ist gegebenenfalls fett markiert (dabei steht „B“ für den Dritten Sektor, „V“ für die Verwaltung und „U“ für Unternehmen).

Sondershausen:

- Skaterhalle (**B**, V, U)
- Kinder- und Jugendbeirat (B, V)
- Arbeitskreis Städtepartnerschaft für Jugendliche (**B**, V)
- Beteiligung an LOS-Projekten (lokales Potenzial für soziale Zwecke) (**B**, V)
- Besuche im Altersheim (B)
- Stadtmarketing (U, **V**)

- Sondershäuser Gewerbe- und Wirtschaftsverein (**U**, **V**)
- Residenzfest (**B**, **V**, **U**)
- Lohorchester (**B**, **U**, **V**)
- Cruciskirche (**B**, **U**, **V**)
- Volkssolidarität (**B**, **V**)
- Mehrgenerationenhaus (**B**, **U**, **V**)
- Projekt „Wirtschaft in die Schule“ (**B**, **U**)
- Projekte gegen Rechtsextremismus (**B**, **V**)
- Förderkreis Schloss und Museum (**B**, **V**, **U**)
- Goethe-Gesellschaft (**B**)
- Nachbarschaftshilfe (**B**)
- Bürgerbad (**B**, **U**, **V**)
- Behindertenverband (**B**, **V**, **U**)
- Diakonie/Dritte-Welt-Laden (**B**)

Strausberg:

- Prozesse der lokalen Agenda (**B**, **U**, **V**)
- Lokales Bündnis für Familie und weitere Aktivitäten für eine familien- und kinderfreundliche Stadt wie zum Beispiel das Familienbüro (**B**, **V**)
- Wirtschaftsbeirat (**U**, **V**) (u. a. Entwicklung eines wirtschaftsorientierten Stadtentwicklungskonzepts)
- Freiwillige Feuerwehr (**B**, **V**)
- Seniorenbeirat (**B**, **V**)
- Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und ehrenamtlichen Schiedsfrauen und -männern (**B**, **V**)
- Volkssolidarität (**B**, **V** als Gesprächspartner)
- Behindertenbeirat (zurzeit wenig aktiv - **B**, **V**)
- Projekt Kinderträume (Projekt für einkommensschwache Familien: Fond, der den ermöglicht, sich in Vereinen anzumelden, zum Beispiel in den Bereichen Sport, Tanzen, Musik etc. – **B**, **V**, **U**)

- Kultur- und Sportclub (zweitgrößter Verein im Land Brandenburg) (B, V, U)
- Strausseepartnerschaft (B, V, U)
- Agenda-Beiräte: Agenda-Beirat "Wirtschaft und Tourismus", Agenda-Beirat "Bauen und Umwelt", Agenda-Beirat "Jugend, Bildung, Soziales".
- Projekt Belebung der Innenstadt durch Gewerbeverein Strausberger Altstadt (V, U)
- Strausberger Innovations- und Gründerinitiative (SIGI) (B, V, U)
- Aufbau eines Stadt-Wikis (B, U)
- Mehrgenerationenhaus (B, V, U). In diesem Rahmen ist damit begonnen worden, eine Freiwilligenagentur einzurichten.
- Projekte „Wirtschaft in die Schule“ (B, V)
- Projekt „Helfende Hände“: Freiwillig Engagierte besuchen ältere Menschen, die einsam sind, um mit ihnen Zeit zu verbringen (Vorlesen, gemeinsam Spazieren gehen, Karten spielen etc.) oder sie im Alltag, zum Beispiel beim Einkauf oder Arztbesuch, zu unterstützen. (B, V)
- MITI, Förderverein für Technologie und Innovation in der Region (B, U)
- Kirchengemeine (B)
- Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt (B, V)
- Kulturparkverein (B, V)
- Bürgerbund (B, V)
- Jugendarbeitsförderzentrum (U)

3.3.2 Strukturen Bürgerschaftlichen Engagements

Unternehmen im Vergleich der beiden Städte

In Strausberg ist unter Mitwirken des Bürgermeisters ein Wirtschaftsbeirat ins Leben gerufen worden. In Sondershausen hat sich ein Wirtschaftsverein (Sondershäuser Gewerbe- und Wirtschaftsverein: SGW) gegründet.

Ziel des SGW ist, die Interessen der Mitglieder zu vertreten. Im SGW sind auch Vereine Mitglied und insgesamt zwar vorwiegend Sondershäuser Unternehmen und Vereine aber einige Mitglieder haben ihren Standort auch in den umliegenden Ortschaften. Unterstützt durch Fördermittel für Beschäftigte im Alter über 50 Jahren wird eine Geschäftsführung bezahlt. Nur durch diese Stelle sei es möglich gewesen, die Vereinsstrukturen in der existierenden Form aufzubauen. Die jetzige Geschäftsführerin

sei durch das Tagesgeschäft (Mitgliederverwaltung, Veranstaltungsorganisation etc.) so ausgelastet, dass kaum Freiraum für spezielle Projekte bleibt. Daher bemühe sich der Verein um die Beschäftigung weiterer Mitarbeiter/innen. Hin und wieder bilden sich aus dem Verein heraus Arbeitsgruppen oder beispielsweise Zusammenschlüsse von Kaufleuten, die sich im Stadtmarketingprozess engagieren und hier mit der Verwaltung zusammenarbeiten. Insbesondere die großen Mitgliedsfirmen nutzen die Plattform, die der Verein zum Beispiel über die regelmäßigen Unternehmergesprächsabende bietet, um Informationen zu verbreiten. Dadurch, dass es eine nicht ehrenamtliche Geschäftsführung im Verein gibt, halte sich der Zeitaufwand für die Vorstandsmitglieder in einem überschaubaren Rahmen. Die Zeit, die jede/r Unternehmer/in in den Verein investiere, würde sich außer dem auf lange Sicht rentieren.

Der Strausberger Wirtschaftsbeirat ist ein loser Zusammenschluss von Unternehmen. „Bei dem Wirtschaftsbeirat haben wir kurze Wege, wir sind kein Verein, wir sind noch nicht einmal organisiert. Wir wollen das auch so beibehalten“ (P 20: 67). Es gibt aber einen Sprecher und themenbezogene Arbeitsgruppen. Außerdem sind Zuständigkeiten, zum Beispiel für Pressemitteilungen, geregelt. Der Beirat trifft sich jede Woche Donnerstag abends als Stammtisch. Unter den bis zu 20/25 Personen sind auch häufig Vertreter/innen der Stadtverwaltung.

In Strausberg hat sich außerdem ein Verein aus Unternehmen mit dem Ziel, die Altstadt wieder zu beleben, gegründet: der Gewerbeverein Strausberger Altstadt. Hier verschwimmen die Grenzen zwischen unternehmerischem Engagement und dem Dritten Sektor. Der Erfahrung, dass viele Kaufleute, insbesondere die älteren, Internet und Email-Kommunikation noch nicht oder nicht regelmäßig nutzen, wird in diesem Verein dadurch Rechnung getragen, dass vorwiegend per Telefon, Fax, Post und persönlichen Gesprächen kommuniziert wird. Die Vereinsmitglieder treffen sich einmal im Monat und planen diese Termine für das ganze Jahr im Voraus. Dabei sind die Treffen offen, das heißt auch interessierte Nichtmitglieder dürfen teilnehmen. Öffentlichkeitsarbeit erfolgt durch eine Internetpräsenz und bei wichtigen Themen auch Anzeigen, die in der Zeitung geschaltet werden.

In Strausberg engagieren sich zudem einige Unternehmen beim Aufbau eines Stadt-Wikis und investieren teilweise erheblich viel Zeit dafür. „Zeitmäßig, wenn Sie so wollen, ist das Engagement mein Hauptjob“ (P 20: 37). Andere benennen es als Problem, dass man aufpassen müsse, dass das eigene Unternehmen nicht hinter das Engagement zurück tritt und zu kurz komme. „In diesem Sinne ist es manchmal wirklich ein Spagat und ich würde wahnsinnig gerne auch mehr machen, das muss ich auch ganz ehrlich sagen, aber häufig langt dann wirklich nicht die Zeit, sondern dann

muss man einfach Prioritäten setzen“ (P 21: 15). Auch in Strausberg erleben die Unternehmer, dass sie zwar einerseits Zeit in Aktivitäten für den Wirtschaftsbeirat oder Stadtentwicklungsprozesse investieren, dass sie aber andererseits auch einen Nutzen daraus ziehen, zum Beispiel dadurch, dass sie Kontakte gewinnen.

Früher seien einige Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement besser gewesen: „Man muss auch sagen, früher waren die Förderbedingungen besser. Man kann gerade was jüngere Leute betrifft aber auch was ältere Leute betrifft, die länger aus der Arbeit raus sind, kann man bestimmte Tätigkeiten nicht für einen ‚Appel und ein Ei‘ erbringen. Was jetzt an Pauschalen gezahlt wird, wenn ich eine MAE-Kraft habe, das reicht kaum aus, um alles zu bedienen, was hier notwendig ist“ (P 37: 57).

Einige Unternehmen organisieren das bürgerschaftliche Engagement in ihrem Unternehmen sehr professionell: „Wir haben bei uns einen Mitarbeiter, der sich zu 50-60 % nur um dieses Thema kümmert und eine weitere Mitarbeiterin, die sich die Hälfte ihrer Zeit nur um diese Themen kümmert. Insgesamt einen ganzen Mitarbeiter, der sich nur um Spenden, Sponsoring und Koordination kümmert“ (P 38: 151).

Die Verwaltung im Vergleich der beiden Städte

In beiden Städten schätzen die meisten Vertreter/innen aus dem Verwaltungssektor die Zeit, die sie für Aktivitäten, die mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun haben, verbringen, als hoch ein. Dabei variiert der Zeitaufwand und schwankt teilweise erheblich in Abhängigkeit davon, ob beispielsweise gerade ein Projekt angelaufen ist oder nicht. Einige Verwaltungsmitarbeiter/innen sind bereit, sich auch außerhalb ihrer Dienstzeiten einzubringen: „Wir haben uns dann alle 14 Tage getroffen auch Samstag und sonntags. Ich habe gesagt, ich komme auch wenn es meine Freizeit ist, so was muss man machen solche Zugeständnisse“ (P 11: 11). Einige schätzen den Anteil ihrer Dienstzeit, den sie für Aufgaben investieren, bei denen bürgerschaftliches Engagement eine Rolle spielt, auf 50 % und mehr.

Ebenfalls in beiden Städten bemühen sich Verwaltungsmitarbeiter/innen darum, bestimmte Aufgaben und Verantwortlichkeiten an die anderen Sektoren abzugeben – zum Beispiel im Rahmen der lokalen Agenda. Die Verwaltung könne nicht für alles zuständig sein. Manchmal sei es aber schwer, sich aus den Prozessen heraus zu nehmen: „Das ist eben das Problem. Wir haben es noch nicht so weit übergeben können, dass die Verwaltung sich mehr herausnimmt, aus diesem Prozess, also nur Mitarbeiter ist. Wir sind immer noch der Hauptinitiator“ (P 13: 43).

Die Freiräume, die Verwaltungsmitarbeiter/innen haben, um selbst zu entscheiden, wofür sie wie viel Zeit investieren, variieren. Eine Sondershäuserin meint dazu: „Also

ich muss sagen, es ist ein Arbeitsbereich, wo ich ziemlich frei arbeiten kann, wo also auch nicht so stringente Vorgaben sind und das ist schon sehr gut“ (P 13: 156).

Schlechter ist es um die finanziellen Spielräume bestellt: „Ich habe einen bestimmten Zuschuss, den bekomme ich im Jahr von der Stadt, und mit diesem Zuschuss muss ich das ganze Veranstaltungsprogramm für das ganze Jahr abdecken. Und der ist nun nicht unbedingt so dick, wie man ihn sich gerne wünschen würde“ (P 29: 15).

Die Arbeitsabläufe werden als organisiert empfunden: „Wir arbeiten sehr viel mit Konzepten, mit selbst vorgegebenen Zeitrahmen, an die sich jeder hält (...). Wir sind schon zeit- und zielorientiert“ (P 25: 130).

In beiden Städten sind Vereinslandschaft, Verwaltung und Politik eng miteinander verwoben, schon allein dadurch, dass viele Verwaltungsangestellte in einem Verein oder in der Stadtverordnetenversammlung aktiv sind und es somit personelle Verknüpfungen gibt.

Der Dritte Sektor im Vergleich der beiden Städte

Die meisten befragten Vertreter/innen des Dritten Sektors sind in bestimmten institutionellen Strukturen organisiert, größtenteils in Vereinen und viele auch hauptamtlich. Fast alle sind der Auffassung, dass sie in ihren Tätigkeiten gut mehr Mitstreiter/innen gebrauchen könnten – sowohl durch Haupt- als auch durch Ehrenamtliche.

Viele Vereine können lediglich mit Hilfe von Fördermitteln Stellen für Hauptamtliche einrichten. In der Bemühung um Fördergelder erfahren die Vereine gute Unterstützung durch die Stadt, machen teilweise aber weniger gute Erfahrungen mit der Kreisebene.

Bestimmte Fördermittel bedingen, dass die zu besetzenden Stellen an Auflagen hinsichtlich der Qualifikation gebunden sind. Oft erleben die Engagierten, die ein Interesse daran haben, über das Engagement auch beruflich tätig zu werden, einen häufigen Wechsel zwischen Haupt- und Ehrenamt und verschiedenste Finanzierungsarten wie Beschäftigung über AB-Maßnahmen, Minijobs, befristete Einstellungen, Werkverträge, Aufwandsentschädigungen etc. Die Strukturen sind nicht immer leicht durchschaubar: „Wir haben einen Hauptamtlichen. (...). Der hatte eine Förderung und den müssen wir noch bis November beschäftigen, also selbst finanzieren, weil ja diese Fördergelder waren ja nur für zwei Jahre und da wir ein Fahrzeug finanziert bekommen haben, müssen wir den drei und ein viertel Jahr beschäftigen. Das wird jetzt aber schon mächtig eng, ihn zu beschäftigen. Von den Mitteln her“ (P 31: 17).

Nicht selten gelingt der Sprung vom Ehrenamt in den ersten Arbeitsmarkt: „Wir hatten so ein Beispiel, eine Volljuristin und arbeitslos, die sehr unglücklich damit war und die ich vor zwei Jahren in den Agenda-Beirat mit rein genommen habe. Bei dem Familienwegweiser war sie natürlich aktiv ohne Ende, weil sie die ganzen rechtlichen Dinge... die kannte sich aus. Mittlerweile hat sie eine Arbeit im Betreuungsverein, Und das sind manchmal auch so Brückenfunktionen, dass man erstmal Leute, die nichts zu tun haben, aber vor Initiative strotzen, erstmal mit reinholen und dass die dann, weil sie jemanden kennen gelernt haben, erstmal auf den Arbeitsmarkt kommen“ (P 15: 56).

Es ist sehr unterschiedlich, wie viel Zeit die einzelnen Engagierten in das Engagement investieren. Einige Engagierte empfinden den Zeitaufwand hin und wieder als belastend: „Kultur schläft nie. Kultur ist 24 Stunden da, Ich habe ja auch alle Schlüssel und wenn Veranstaltungen sind, dann muss ich zu Beginn mit da sein und erst zum Ende gehen“ (SDH 5: 40). Einige der engagierten Personen, die nicht im Berufsleben stehen, verwenden für das Engagement manchmal vergleichbar viel Zeit auf wie für einen Beruf und berichten davon, dass sie aufpassen müssen, das Familienleben nicht zu kurz kommen zu lassen. So erklärt ein Befragter den Freiraum, den er für seine engagementbezogenen Tätigkeiten hat damit, dass er mit seiner Frau eine Wochenend-Ehe führt. Ein anderer erzählt, dass er sein Engagement reduziert habe, um seine Ehe, die zu scheitern drohte, zu retten. Insbesondere Unternehmer/innen erleben Konflikte bei der Entscheidung, wie viel Zeit sie für ihr Geschäft und wie viel für das Engagement aufwenden aber auch einige Arbeitnehmer erleben es als Verzicht, dass sie sich aufgrund der Berufstätigkeit nicht so viel engagieren können, wie sie sich eigentlich wünschen würden.

Viele Engagierte sind mehrfach aktiv und bereits vorhandenes Engagement zieht oft Engagement nach sich („das Eine ergibt das Andere“). Personen, die bereits Erfahrung mitbringen, werden häufiger von anderen Akteuren angesprochen, ob sie bestimmte Aufgaben übernehmen wollen: „Als dann nach ein paar Monaten der Vorsitzende das Handtuch geschmissen hat, haben wir eben überlegt, wer könnte das jetzt tun? Und da kam einstimmig die Meinung, du musst das jetzt machen. Du bist der Richtige dafür, wir haben das Vertrauen in dich und mach das so. Und da kann man seine Mitstreiter auch nicht enttäuschen“ (P 40: 26). In diesem Zitat ist auch ein Aspekt angesprochen, der eine wesentliche Motivation für bürgerschaftliches Engagement darstellt: das soziale Umfeld und die Erwartungen, die dieses in einen setzt.

Es gibt gut funktionierende Kooperationen zwischen Vereinen bzw. Vereinen und anders engagierten Gruppen: „Wir sind als Arbeitskreis zum Beispiel kein eingetragener Verein, aber wenn die Möglichkeit besteht über Vereine eine gewisse

Unterstützung zu kriegen, vom Land, von irgendwelchen Geschichten, dann finden sich immer Vereine, die sagen: Mensch wir beantragen das, wir machen das für euch, wir unterstützen das und allein die Kenntnis davon und die gegenseitige Unterstützung hilft dann oft doch schon sehr“ (P 18: 55). In Strausberg gibt es eine Initiative zur Einrichtung eines „Wegweisers“ für Strausberger Vereine. Dieser soll zur gegenseitigen Information dienen. Hintergrund der Initiative ist die Erfahrung, dass viele Vereine nichts voneinander wissen und dass man durch Erfahrungsaustausch aber auch durch Kooperationen gemeinsam weiter kommen kann.

Die Mitglieder des Strausberger Seniorenbeirats erleben es als Besonderheit, dass sie keine externe Unterstützung benötigen, zum Beispiel eine Leitung durch einen Behördenvertreter, so wie es in anderen Gemeinden üblich ist.

Die engagierten Gruppen überlegen sich sehr genau, ob sie einen Verein gründen wollen oder diese Struktur nicht brauchen. Wer Fördermittel beantragen will, muss sich zu diesem Schritt entschließen. Nachteile werden aber in dem Aufwand gesehen, Mitgliedbeiträge erheben zu müssen, einen Kassenwart zu bestimmen etc.

Einige Vereine betreiben eine sehr professionelle Öffentlichkeitsarbeit, versenden regelmäßig Newsletter und/oder Informationsblätter an ihre Mitglieder und organisieren Vortragsveranstaltungen, die auch für die Öffentlichkeit zugänglich sind.

3.3.3 Motivation zum Engagement

Es kommt praktisch nicht vor, dass ein Grund allein ausschlaggebend ist, sich zu engagieren – häufig bilden vielfältige Motivationen ein komplexes Motivgefüge. Folgende zentrale Motive können identifiziert werden:

- Kontakte: Der Effekt, dass man durch engagementbezogene Tätigkeiten neue Kontakte gewinnt, ist ein wesentlicher Motivationsfaktor für Vertreter/innen aller drei Sektoren: für Angehörige des Dritten Sektors geht es hier sowohl um private Kontakte als auch um die mögliche Erweiterung beruflicher Netzwerke. Mitarbeiter/innen in der Verwaltung gewinnen einen direkteren Draht zu den Bürger/innen und für Unternehmensvertreter/innen werden manche neuen Kontakte zu nützlichen Geschäftskontakten. Die Art und Weise, wie Engagement und Erwerbsarbeit miteinander verknüpft sind, variiert insgesamt sehr stark. Allgemein gibt es den Befund, dass die Erwerbsarbeit Vorrang vor freiwilligen Tätigkeiten hat und dass Arbeitslose sich entweder aufgrund ihrer sozialen Isolation oder aufgrund von „anderen Sorgen“ weniger häufig engagieren (siehe nachfolgendes Zitat). In Ostdeutschland scheint bürgerschaftliches Engagement aber auch konträr hierzu als Möglichkeit gesehen zu werden, auch berufliche

Kontakte zu gewinnen und die eigenen Chancen, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, zu erhöhen.

„Dreh- und Angelpunkt ist mehr oder weniger, da brauchen wir uns nichts vormachen, ich muss die Leute in Lohn und Brot bringen. Und wenn ich die Leute in Lohn und Brot habe, dann haben die Leute auch den Kopf frei und dann sind sie auch motiviert dazu, bestimmte Dinge auch neben ihren Beruf dann zu tun, aber wenn sie das nicht sind, wenn sie mehr oder weniger um die reine Existenz kämpfen müssen, dann haben sie auch kein Interesse daran, sich irgendwie oder irgendwo einzubringen, weil sie nach dem Nutzen dann fragen. Sie sehen keinen Nutzen mehr darin. Und das ist die entscheidende Frage. Denn unterhalten Sie sich mal. Ich war drei Monate arbeitslos (...). Den ersten Monat betrachten Sie das noch alles als Spaß. Da denken Sie, es ist Urlaub. Der zweiten Monat, da werden Sie dann schon gleichgültiger. So und dann kommt dieser große Knack. Wenn Sie dann eben halt wirklich nicht sich aufrappeln: Du musst jetzt! Ja, dann fallen Sie in ein richtiges Loch. So und die meisten haben sich, das ist leider festzustellen, die geben sich eben halt auf. Sie geben sich ihrem Schicksal hin. Es gibt eben sehr wenige, die dann willensstark sind und dann auch kämpfen für sich selbst“ (P29: 29).

- Der Wunsch, etwas zu verändern: Drei Zitate spiegeln diese Motivation exemplarisch wieder:
 - „Ich war eher immer auf der Suche, wenn ich irgendwo war, Mensch wo sind hier Leute, irgendein Gewerbeverein, die irgendwas machen. Weil ich habe ständig, eigentlich kann man das wirklich so sagen, gesehen, was könnte man besser machen. Und dann habe ich mir Verbündete gesucht und das können Sie ja nicht einfach so auf der Straße machen, sondern ich habe mich dann immer erkundigt, wo ist ein Gewerbeverein, wo ist so ein Verein, wo ist ein Wirtschaftsbeirat“ (P 20: 3).
 - „Wir bewegen was. Wir debattieren nicht lang, oder sitzen nur rum und überlegen, sondern ganz einfach. (...) Und der Grundtenor ist, wir quatschen nicht lang, wir machen einfach. Wir bewegen, wir drehen was um und das ist wichtig“ (P 35: 123).
 - „[Ich] versuche hier auch, Sachverstand und Kompetenz einzubringen und hier auch in vielerlei Hinsicht beratend zur Seite zu stehen. Das vom Unternehmen aus gesehen aber auch als Person, sie sagten es schon, im Beirat „Bauen und Umwelt“ der lokalen Agenda aber auch bei einer Vielzahl anderer Projekte der Initiative, dass Strausberg wieder Erholungsort wird also das Prädikat Erholungsort erhält, haben wir Initiative ergriffen. Insgesamt bei all den Dingen, die irgendwo mit der Umwelt, Strausberg nennt sich grüne Stadt am See, das ist

so zu sagen ein Punkt, mit dem sich Strausberg hervorheben kann oder herausstellen kann. In dieses Gefühl wollen wir uns einfach einbringen und das mache ich wie gesagt sowohl privat als Bürger als auch als Unternehmer in dieser Stadt“ (P 21: 3).

- Befriedigung durch soziale Dienste: Motivierend ist die Erfahrung, mit dem Engagement etwas zu bewirken und insbesondere anderen Menschen helfen zu können. „Man muss die Leute ernst nehmen und man muss ihnen sagen, in welchem Bereich sie tätig sein sollen (...). Aber ich denke mal, das ist gerade für junge Leute eine gute Gelegenheit, bestimmte Dinge zu erfahren. Das gleiche gilt natürlich auch für viele ältere Leute, die wenn sie über 50 sind, keine Arbeit haben...die haben ja Lebenserfahrung mitgebracht. Die haben praktische Erfahrung und kennen sich in anderen Dingen aus. Die gehen da mit hin, die sind dabei und es macht ihnen Spaß. Das ist ganz wichtig dass man die Leute, egal ob jung oder alt, nicht alleine lässt und dass sie mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden. Dass man Möglichkeiten findet, mit ihnen zusammen bestimmte Projekte zu machen. Das ist so der Aufhänger für das Engagement anderer Leute und für mich persönlich ist es einfach, in dem Erfolg auch irgendwo eine Befriedigung zu finden. Zum anderen ist es so, dass ich auch in anderen Vereinen tätig bin und sehe da auch, was so notwendig ist - das macht einfach Spaß!“
- Positive Erfahrungen: Engagement in speziellen Projekten, zieht oft weiteres Engagement nach sich. So berichtet ein Strausberger Unternehmer, der sich Ende der 1990er Jahre im lokalen Agenda-Prozess engagierte, dass durch dieses Engagement die Erkenntnis erwachsen sei, dass eine Lobby für Technologie und Innovation in der Region fehlt. Daraus sei dann der Wirtschaftsbeirat entstanden.

Spezifische unternehmerische Motivationen

- Bei großen Unternehmen ist die Praxis, Geld für bestimmte Projekte zu spenden, institutionalisiert. Dabei gibt es Unternehmen, die (zum Teil noch) in öffentlicher Hand, sind oder Unternehmen wie die Sparkassen, die nicht auf Gewinnmaximierung hin orientiert sind, die regelmäßig finanzielle Überschüsse in Sponsoring fließen lassen.
- Schlüsselpersonen und Vorbilder, wie engagierte Bürgermeister, sind auch für die Aktivierung von Unternehmer/innen wichtige Zugpferde: „Ich war noch nie so engagiert wie hier in Strausberg, das muss ich schon sagen. Es gab einen Anstoß. Das der Bürgermeister das alles ins Leben gerufen hat, dass dann eine Gemeinschaft zusammenkam und das es viele Leute gab, die da jetzt waren aus

diesem Wirtschaftsbeirat, die alle mehr oder weniger mitgemacht haben. (...) Der Anstoß kommt also auch durch die Leute. Ich alleine, was soll ich denn da machen“ (P 20: 19).

- Die Motivation, durch das Engagement Kontakte zu gewinnen, erstreckt sich nicht nur auf geschäftliche Kontakte. Auch ein besserer Draht zur Verwaltung erleichtert das eigene unternehmerische Handeln. So gehören der Kontakt zur Verwaltung und die Möglichkeit, kritische Punkte direkt und offen anzusprechen zu können, zu wichtigen Gründen für einige Unternehmer, sich zu engagieren.
- Wenn sich Unternehmen engagieren, tun sie dies meist nicht uneigennützig. Es geht oft darum das Unternehmen positiv zu präsentieren. „Dass ich als Dienstleister, als Mensch auch in der Region wahrgenommen werde“ (P 38: 25). Zu anderen positiven Effekten gehört der Austausch mit anderen Unternehmen. „Also man hat dadurch auch Vorteile, auch ein persönliches Netzwerk und man sieht auch so viele unterschiedliche Berufe, dass man auch daraus einen Gewinn hat. Aber es ist auch, den anderen Leuten zu helfen. Also bei mir ist es alles ein bisschen. (...). Ach so, das dritte von vorhin, das war die Anerkennung, die Wertschätzung. Da bin ich so hinterher, dass jeder, der bei uns im Wirtschaftsbeirat etwas gemacht hat, der wird ordentlich gelobt und wehe wenn nicht“ (P 20: 25). Ähnliche Motivgefüge spiegeln sich im folgenden Zitat eines Unternehmers: „Das sind verschiedene Dinge. Zum einen wohne ich hier und möchte auch gerne in einer sehr angenehmen Umgebung wohnen. Das ist also mein individueller Beitrag zum eigenen Wohlbefinden, der sich irgendwo realisiert indem diese Stadt eine attraktive Stadt ist. Das ist natürlich aber auch etwas, das zurückwirkt auf das Unternehmen - natürlich ist das auch wieder für mein Unternehmen wichtig, irgendwo ein Standort zu sein, der einen guten Ruf hat. Das hängt durchaus auch damit zusammen, dass man auf dem Markt auftritt und sagt, ich komme aus einer intakten Kommune (P 21: 9) (...) Man hofft ja immer, dass es so eine Art Wechselspiel ist und das gibt es ja auch, wenn die Unternehmer zusammen sind und einen Wirtschaftsbeirat gründen, dann ist es ja auch letztendlich so, dass es da auch Kontakte gibt, die dann den Unternehmen wieder nützlich sind. Oder wenn wir in der Agenda sagen, eines der Nachhaltigkeitsziele ist, kurze Wege zwischen Produzent und Konsument zu erreichen, dann nutzt es auch den Unternehmen der Region indem wir also wirklich sagen, Bürger, es ist einfach besser statt Produkte, die einmal um die halbe Welt gefahren worden sind, vorzugsweise erst einmal regionale Produkte zu kaufen. Das ist ja eines der Nachhaltigkeitsprinzipien aus dem Agendaprozess, so dass es auch so eine Wechselwirkung gibt zwischen diesem Engagement für die Kommune und dann

aber auch die sich zurück ergebenden Effekte für die Wirtschaft an sich - also für die Unternehmen, die hier in der Region sind (P 21: 17).

Man müsse allerdings in Kauf nehmen, dass man erst einmal Zeit investieren muss, ohne die Garantie zu haben, dass dies auch Nutzen bringt. Die Unternehmer, die sich engagieren, folgen der Einstellung, dass sie nur dann eine Chance auf Verbesserung haben, wenn sie etwas tun. Auch wenn der Erfolg also nicht garantiert ist: „Wer abends die Füße hochlegt, der hat wesentlich geringere Chancen“ (P 8: 183).

- Der Abwanderung entgegenzuwirken ist teilweise intrinsische Motivation der befragten Unternehmer/innen: „Es geht letztendlich darum für die Menschen, die hier wohnen, das Leben attraktiv zu machen. Auch letztendlich die Einwohnerzahl stabil zu halten. (...) Also hier gegen den Trend gegensteuern, dass wir hier durchaus Abwanderung in den Kommunen haben, wie es in Brandenburg ja in vielen Gegenden der Fall ist. Also das ist hier alles so, was zusammen kommt in dem bürgerschaftlichen Engagement, im Unternehmen, darüber hinaus, in den verschiedensten Beiräten, in dem Kontakt zur Stadtverwaltung, im Kontakt zu anderen Unternehmern - soweit kann man das vielleicht fassen.“ (P 21: 7).
- Es entstehen allein schon Synergieeffekte dadurch, dass man sich zusammen für gemeinsame Ziele und Interessen einsetzt. Dabei ist bei einigen Unternehmer/innen ist Engagement an die beruflichen Tätigkeiten gekoppelt. Andere trennen stark zwischen ihren geschäftlichen Aktivitäten und den freiwilligen Aufgaben, die sie übernehmen – auch wenn letztere ebenfalls einen unternehmerischen Bezug haben.

Spezifische Motivationen der Verwaltung

- Verwaltungsvertreter/innen beschreiben häufig als einen Grund, sich mit engagierten Bürger/innen zu vernetzen, dass sie das Expertenwissen der Bürger/innen mit in ihre Planung integrieren möchten. Oder es geht darum, dass die öffentliche Hand nicht genügend Mittel hat, um beispielsweise Straßengrün zu pflegen, und hier dann die Idee entsteht, Mittel lediglich für Sachkosten zu stellen, während die Arbeit ehrenamtlich verrichtet wird.
- Wenn sich Verwaltungsmitarbeiter/innen privat freiwillig engagieren, ist für sie die Integration von bürgerschaftlichem Engagement in ihre Arbeit selbstverständlicher.

Spezifische Motivationen engagierter Bürger/innen

- Ähnlich wie bei den Unternehmer/innen kann es auch für engagierte Bürger/innen ein Ziel sein, spezifische Kompetenzen, die sie zum Beispiel durch ihre beruflichen Tätigkeiten oder ihre Ausbildung besitzen, einzubringen – auch über eine etwaige Erwerbstätigkeit hinaus. Es kann zum Beispiel darum gehen, Dinge über freiwilliges Engagement in die Hand zu nehmen, für die im Berufsalltag kein Platz bleibt.
- Eine Motivation für politische Partizipation ist die, Bürgerinteressen auch überparteilich zur Sprache zu bringen.
- Ein Anstoß für viele Bürger/innen, die sich freiwillig engagieren, sind Freunde und Bekannte, die sie dazu auffordern.
- Einige befragte freiwillig engagierte Bürger/innen empfinden es als ihre Pflicht, sich zu engagieren, da jeder Bürger Verantwortung für sein (soziales) Umfeld trage. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass diese Einstellung bei Personen ausgeprägter ist, die auch beruflich mit sozialen Fragen zu tun haben, wie z. B. Pädagogen, Sozialarbeiter oder Pfarrer.
- Während beispielsweise der Freiwilligensurvey ein weniger ausgeprägtes freiwilliges Engagement in Ost- als in Westdeutschland feststellt und dies durch fehlende Traditionen begründet, beschreiben einige der Befragten ihre Sozialisation in der DDR so, dass sie die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement früh vermittelt bekommen haben und dies auch heute noch hochhalten: „Es war immer die Frage, Schwächeren zu helfen, so wurde ich erzogen, und Gerechtigkeit zu bieten. Und das hat mich dazu gebracht, immer für die anderen da zu sein“ (P 46: 43).
- Insbesondere die Motivation, anderen Menschen helfen zu wollen, kann auch aus der Erfahrung erwachsen, selbst einmal auf fremde Hilfe angewiesen gewesen zu sein.
- Eine wesentliche Motivation für ihr Engagement ist für viele Bürger/innen die Verbundenheit mit ihrer Stadt. Einige Vereine werden aus dem Gefühl der Notwendigkeit heraus gegründet: um einen wahrgenommenen Mangel zu beheben.
- Nicht zuletzt berichten einige Engagierte auch davon, dass ihnen die Tätigkeiten ganz einfach Freude bereiten. Die Motivation „Spaß“ wird besonders häufig von Personen genannt, die im Ruhestand sind.

3.3.4 Erfahrungen mit bürgerschaftlichem Engagement

Nachfolgend sind sowohl positive als auch negative Erfahrungen, die in Bezug auf bürgerschaftliches Engagement gewonnen wurden, ausgeführt.

Negative Erfahrungen

Viele haben schon einmal die enttäuschende Erfahrung gemacht, dass ihr Engagement im Sande verlaufen bzw. nicht auf entsprechende Resonanz gestoßen ist. Manchen dauert es einfach zu lange, bis das Engagement Früchte trägt. „Es gibt auch negative Erfahrungen, das hat aber auch etwas mit den Leuten zu tun, oder es gibt Hindernisse und die Gründe, warum das so ist. Also ich kann nicht von jemandem erwarten, dass der für diese Geschichte so viel Zeit aufbringt wie ich. Ja und dann geht mir das alles manchmal zu langsam. Also gerade was ich vorhin erzählte mit dem Gewerbeverein. Sie haben eine Idee, sie sehen was um sie herum passiert, sie haben das ja schon 100 Mal durchdacht und kommen dann mit einer Sache und die bremst dann ein anderer aus. Das sind meine Enttäuschungen immer und dann muss man immer erst diese Grundsatzdiskussionen führen und das ist sehr beschwerlich und da stößt man an Grenzen und da bleibt Ihnen eigentlich auch nur noch übrig, sie denken sich was neues aus, wie kannst Du den motivieren, wenn man den braucht, oder Du suchst Dir einen anderen. Das ist wie im Unternehmen. Am liebsten wäre mir das, wenn... So eine Sache wie den Wirtschaftsbeirat, das würde ich am liebsten wie ein Unternehmen führen. Ja, ich sage, was zu machen ist, und dann wird es gemacht, und das geht nicht“ (P 20: 55).

Einige Befragte bemerken kritisch, dass Geld, das für Engagement vorhanden ist, oft wenig sinnvoll ausgegeben wird. Bemängelt werden zum Beispiel bürokratische Strukturen. Besonders frustrierend wirkt diese Erfahrung dann, wenn man eigene Projekte nicht gefördert bekommt.

Einige empfinden es als frustrierend, die Erfahrung zu machen, dass es immer wieder die gleichen Leute sind, die sich engagieren. Insbesondere gibt es den Wunsch (und auch das Ziel), mehr jüngere Personen für freiwilliges Engagement zu aktivieren. „Schön wäre natürlich, wenn wir noch ein paar Leute mehr hätten, also auch unter den Erziehern. Das finde ich immer ein bisschen traurig, wenn immer die gleichen zwei bis drei Personen an denselben Stellen auftauchen, aber das ist ja generell beim ehrenamtlichen Engagement so. Also wenn ich das so sehe beim Bürgerverein hier bei uns in Vorstadt - immer die gleichen, die was organisieren. Oder wenn hier irgendwelche Feste sind, man kennt sich schon von weitem. Das ist auch eine Sache, der wir uns in der nächsten Zeit stärker zuwenden müssen, auch jüngere Leute einzubinden“ (P 15).

Es gibt auch frustrierende Erfahrungen mit anderen Engagierten, z. B. die Beobachtung, dass sich Leute nicht gemeinwohlorientiert einbringen, sondern das Engagement „missbrauchen“, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Aus diesem Grund scheitern manche Kooperationen.

Positive Erfahrungen

Motivierend ist, wenn das Engagement Personen näher bringt und zusammenschweißt. So schätzen einige Engagierte die gute Atmosphäre im Team oder berichten davon, mit ihren „Kollegen“ im Engagement zusammen gewachsen zu sein – gerade auch bei der Bewältigung von Schwierigkeiten.

Zu den erfreulichen Erfahrungen mit bürgerschaftlichem Engagement, von denen viele Engagierte berichten, gehört, dass man Kontakte und „informelle Netzwerke“ aufbaut und sogar Freunde gewinnt.

Besonders positiv wirkt sich die Erfahrung aus, dass das eigene Engagement in der Kommune wahrgenommen und wertgeschätzt wird. Diese positive Rückmeldung ist ein wichtiger Antriebsfaktor.

Wenn es Erfahrungen mit der Einbindung externer Experten oder Moderatoren gibt, so werden diese allgemein als wertvoll und fruchtbar beschrieben.

Erfolg ist natürlich immer motivierend, sei es durch positive Rückmeldungen – dass das Engagement gebraucht wird – sei es dadurch, dass es zum Beispiel gelingt, in einem Verein Stellen für Mitarbeiter zu schaffen oder neue Vereinsmitglieder zu gewinnen.

Das Spannungsfeld zwischen Engagement und Erwerbsarbeit ist ein Nährboden sowohl für sehr positive als auch für sehr negative Erfahrungen. Meist wird es positiv wahrgenommen, wenn es Arbeitslosen gelingt, über ihr Engagement wieder Fuß auf dem Arbeitsmarkt zu fassen. Es gibt aber auch die negative Erfahrung, dass durch Angebote des zweiten und dritten Arbeitsmarktes (Minijobs, Ein-Euro-Jobs etc.) die Bereitschaft, sich freiwillig und unentgeltlich zu engagieren, zurückgeht.

Teilweise werden Kooperationen im Engagementbereich als kompliziert empfunden im Vergleich mit beruflichen Kooperationen, da nicht immer alles strukturiert verläuft, da es weniger Hierarchien gibt und das Engagement nicht „einklagbar“ ist.

Eine Erfahrung, die häufig gemacht wird, ist, dass Projekte Zeit brauchen, um anzulaufen und Früchte zu tragen. Zum Teil wünschen sich die Engagierten eine bessere Informationspolitik: „Das sollte eigentlich auch viel stärker in der Presse widergespiegelt werden, was hier so alles läuft. Das wissen viele Leute gar nicht (...).

Das wird über die Zeitung zu wenig popularisiert... (P 15: 11). Dadurch sind bestimmte Angebote den möglichen Adressaten gar nicht bekannt.

3.3.5 Einschätzung der Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement für die Kommune

Als besonders wichtige Bereiche für bürgerschaftliches Engagement werden übereinstimmend Sport und Kultur genannt. Im Kulturbereich geht es dabei neben regelmäßigen Kulturangeboten auch um saisonale Feste oder Märkte. Ein weiterer wichtiger Bereich sind soziale Aktivitäten: So engagieren sich Bürger/innen in der Nachbarschaftshilfe oder in der Hospizbewegung und tragen so zum Teil auch zu einer Reduktion von Kosten im Pflegebereich bei.

Bürgerinitiativen können sich aus der Sicht von Verwaltungsmitarbeiter/innen auch negativ auswirken – wenn das Ziel der Initiative ist, die Umsetzung bestimmter Planungen, zum Beispiel neuer Bauvorhaben, zu verhindern.

Die meisten Befragten stimmen zwar einerseits der Aussage zu, dass bürgerschaftliches Engagement schon heute zur Aufrechterhaltung bestimmter Infrastrukturangebote wie Bürgerbädern (Beispiel: Bürgerbad Großfurra in Sondershausen) oder Jugendclubs beiträgt, dass es aber keinesfalls in erster Linie darum gehen kann, durch bürgerschaftliches Engagement die öffentlichen Kassen zu entlasten oder Arbeitsplätze zu reduzieren.

„Ich will mal sagen, wenn die Stadt oder Kommune keine Möglichkeit sieht, seine Bibliothek aufrecht zu erhalten, weil kein Geld da ist, um die Bibliothekare zu bezahlen, dann kann man das auch über bürgerschaftliches Engagement auf gemeinnütziger Ebene machen. Und dann sind wir aber bei einem Schwachpunkt bei uns, was auch immer wieder angemahnt wird: Der Bundespräsident und alle reden darüber und keiner macht es so richtig. Die Würdigung von gesellschaftlichem Engagement, die muss einen ganz anderen Stellenwert kriegen. Die muss nicht nur einen anderen Stellenwert kriegen von der immateriellen Seite, sie muss auch einen anderen Stellenwert kriegen z. B. im Hinblick auf die Fragestellung, wie Aufwendungen der Bürger und der Schutz der Bürger bei dieser Tätigkeit, also Versicherungsfragen, Unfallversicherung und ähnliches, ob Aufwendungen steuerlich absetzbar sind usw. Wenn sich dort der Staat ein bisschen ändern würde, weil der muss sich gewaltig ändern. Und dann gibt es auch noch eine weitere Sache, die ist aber arbeitsmarktpolitisch zu machen, da rennen ja alle Politiker auf Bundesebene mit einem Brett vor dem Kopf herum, die bessere Verteilung der Arbeit auf die Erwerbstätigkeit und die Gemeinnützigkeit. Die muss ganz anderes geregelt werden“

(P 39: 207).

Bürgerschaftliches Engagement kann dazu beitragen, zu einem schöneren Stadtbild beizutragen (Beispiel: Beseitigung von Graffiti in Strausberg). Die Straussee-Partnerschaft ist ein Beispiel für Bemühungen um eine saubere Umwelt. Insbesondere Unternehmer sind daran interessiert, durch eine attraktivere Stadt auch eine vorzeigbare „Visitenkarte“ zu schaffen – hierzu gehört auch eine Vielfalt an Freizeitangeboten. Dies mache die Städte auch interessanter für neue Unternehmen, sich anzusiedeln. Zur Straussee-Partnerschaft und weiteren städtischen Aktivitäten formuliert ein Befragter: „Sowohl Naturschützer als auch welche vom Bürgerverein und auch so übergreifend, welche vom Agenda-Beirat, regelmäßig Proben zu nehmen und den Straussee so zu gestalten, dass es als Naherholungsziel, so dass es für Strausberg auch eine Außenwirkung zeigt... also das würde nicht funktionieren, wenn wir dort den Kommunalservice hinstellen würden und alle viertel Jahre mal Saubermachen würden. Das funktioniert eben nur über ehrenamtliches Engagement. Oder wenn ich an die Sportvereine denke, an den Fanfarenzug, das sind alles ehrenamtliche Leute, die einfach ihre Freizeit investieren, um Angebote zu unterbreiten und die Stadt auch einfach attraktiver zu machen. Ich denke, dass es wichtig ist, ich will nicht sagen, wenn die Vereine weg wären, dass gar nichts passieren könnte, aber es würde um vieles ärmer und wahrscheinlich trister sein, weil einfach mal die Vielfalt der ehrenamtlichen Tätigkeit gefragt ist und unterschiedliche Altersgruppen angesprochen werden und letzten Endes ist sicherlich auch jede Kommune darauf angewiesen, dass sich Leute ehrenamtlich einbringen“ (P 15: 80).

Als ein sehr nützliches Instrument hat sich in Strausberg der Familienwegweiser zur Information und Beratung erwiesen. Hoffnung wird auch in die Gründung einer Bürgerstiftung gesetzt – wobei geprüft wird, ob dieses Instrument in einer Stadt dieser Größenordnung überhaupt realisiert werden kann.

Es gibt auch einen indirekten Nutzen von bürgerschaftlichem Engagement für die Stadt: indem Menschen ein Platz in der Gesellschaft geboten wird, wo sie sich sinnvoll betätigen können, steigt die allgemeine Zufriedenheit. „Das war damals auch sehr wichtig, dass die jungen Leute ein Objekt hatten, wo sie sagen konnten: „das habe ich mitgemacht, das sieht gut aus...“ (P 37: 51). Ein anderer Befragter formuliert: „In vielen Fällen ist bürgerschaftliches Engagement heute schon sehr bedeutsam geworden und trägt einfach zum Aufrechterhalten von sozialen Strukturen in der Kommune im sozialen Umfeld bei. Ich halte es aber auch für eine wichtige Aufgabe, dieses sich persönlich Einbringen hat ja zwei Komponenten: Auf der einen Seite wird irgendwo eine dringend nützliche Arbeit verrichtet, die anders nicht vollbracht werden könnte. Aber es ist dann ja auch eine Art Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung

für viele Menschen, die vielleicht an dem intensiven Arbeitsprozess nicht mehr beteiligt sind. Ich denke da an Senioren oder so. Das ist eine sehr wichtige Frage des Selbstverwirklichens, den Platz in der Gesellschaft finden“ (P 21).

3.3.6 Förderliche und hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement

Förderliche Faktoren für bürgerschaftliches Engagement

- Persönliche Faktoren (Kooperationswille)
- Kontinuität der Akteure (auch durch Beschäftigung von fest angestellten Hauptamtlichen)
- Anerkennung: Ehrenamtspreise, Wertschätzung („Für mich persönlich, wenn ich etwas gemacht habe, dann freue ich mich, dass jemand sagt: Das hast Du gut gemacht. Das ist für mich mehr Wert wie Geld.“, P20: 31)
- Engagierte Schlüsselpersonen, insb. bekannte Personen mit Vorbildfunktion
- Austausch von Know-How durch Kooperation
- Gute Kinderbetreuung – zum einen als Standortfaktor und zum anderen zur Entlastung von jungen Eltern
- Materielle Förderung zum Beispiel durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten durch die Stadt.
- Handlungsspielräume und flache Hierarchien.
- Flexible Arbeitszeiten
- Weiterbildungsangebote (und Freistellung für Weiterbildungen)
- Verknüpfung von Engagement und sozialen Aktivitäten („entscheidend ist, dass man mit anderen Menschen im Gespräch ist und gemeinsam versucht, etwas zu gestalten, um das mal ganz einfach so zu sagen.“, P18: 135)
- Kontakte zu Engagierten („Es gibt Persönlichkeiten, die sich einbringen und die sehr innovativ sind, das reißt einen natürlich mit.“, P19: 59)
- Vertrauen
- Gemeinsame Feste
- Gute Informationsnetzwerke

In Tab. 3.3 ist dargestellt, wie verschiedene Strategien für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement durch die Befragten bewertet wurden. Alle vorgeschlagenen Verfahren wurden von einer überragenden Mehrheit der Befragten als wichtig oder sogar sehr wichtig eingeschätzt.

	kommunales Netzwerk von Engagierten		Verankerung BEs als Querschnittsaufgabe in Verwaltung		Fort- & Weiterbildung für öffentl. Bedienstete		Fort- & Weiterbildung für engagierte Bürger	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
sehr wichtig	13	36,1	10	27,8	10	27,8	8	22,2
wichtig	16	44,4	17	47,2	17	47,2	18	50,0
eher unwichtig	7	19,4	5	13,9	4	11,1	7	19,4
unwichtig	0	0,0	3	8,3	3	8,3	1	2,8
weiß nicht	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
k.A.	0	0,0	1	2,8	2	5,6	2	5,6
Summe	36	100,0	36	100,0	36	100,0	36	100,0
	Fort- & Weiterbildung für engagierte Unternehmer		Verfahren direkter politischer Beteiligung		Fördervereine/ Bürgerstiftungen		Vernetzung über Internet, Homepages, Datenbanken etc.	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
sehr wichtig	6	16,7	14	38,9	9	25,0	14	38,9
wichtig	17	47,2	13	36,1	19	52,8	11	30,6
eher unwichtig	6	16,7	5	13,9	5	13,9	6	16,7
unwichtig	2	5,6	0	0,0	0	0,0	1	2,8
weiß nicht	1	2,8	0	0,0	0	0,0	0	0,0
k.A.	4	11,1	4	11,1	3	8,3	4	11,1
Summe	36	100,0	36	100,0	36	100,0	36	100,0

Tab. 3.3: Einschätzung von Strategien für die Förderung bürgerschaftlichen Engagement

Hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement

- Persönliche Faktoren („aus Prinzip dagegen“)
- Mangelnde zeitliche Ressourcen können für Vertreter/innen aller drei Sektoren ein Problem darstellen.
- Bürokratische Hürden bei der Beantragung von Fördermitteln
- Eigenleistungen, die erbracht werden müssen, um Fördermittel zu bekommen
- Arbeitslosigkeit und damit verbunden zu wenig Geld, Ausgrenzung oder „Null-Bock-Stimmung“
- Nicht genügend Bezugspersonen für Jugendliche, die sich engagieren wollen

- Nicht genügend große Unternehmen, die ausreichend viele Mitarbeiter haben, um diese ab und an für freiwilliges Engagement freistellen zu können
- Bevölkerungsrückgang
- Abwanderung insb. von jungen Frauen
- Überalterung
- Wenig Vertrauen in die Politik
- Wenig Spielraum für „freiwillige Aufgaben“ in der Verwaltung
- Zu wenig Engagierte, insb. Probleme bei der Gewinnung von jungen Engagierwilligen
- Fehlende Möglichkeiten, Engagierten Aufwandsentschädigungen zu zahlen
- Fluktuation von Engagierten

3.3.7 Bürgerschaftliches Engagement vor und nach 1989

Speziell in Bezug auf die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement nehmen viele die Veränderungen gegenüber DDR-Zeiten als positiv war. Es gibt aber auch Punkte, die kritisch gesehen werden. Zum Beispiel sei das Engagement zurückgegangen und zwar insb. durch die hohe Arbeitslosigkeit. Auch der „Kampf um das Geld“ sei heute schwieriger. Nachfolgende Zitate verdeutlichen beispielhaft die verschiedenen Positionen:

- „Das hat sich verändert. Die Möglichkeiten sind größer, aber auch heute schwieriger. Zum Beispiel hat sich die Lebenseinstellung geändert. Die, die Arbeit haben, die kommen abends ganz spät nach Hause und dann sind die ganz schwer für solche Dinge zu gewinnen. Ich sage immer, heute zu Veranstaltungen die angeboten werden, historischer Art, kommt kein Geschichtslehrer, zu Konzerten, kommt kein Musiklehrer, in literarische Veranstaltungen geht kein Deutschlehrer. Das bedaure ich. Was früher ganz anders war, da gingen die hin und da war das Bestandteil des Lehrplanes, und in irgendeiner Weise brachten die das ihren Schülern bei. Wenn die Lehrer kamen, kamen da immer auch drei Schüler, und das findet heute nicht statt“ (P5: 150).
- „Mit Bürgern hatte man in der Verwaltung - also zumindest in der Stadtverwaltung - wenig zu tun. Die Kommunen hatten ja auch wenige Möglichkeiten, selbst zu agieren. Ich war im Baubereich tätig, Einfamilienhausbau. Also so in der Anfangsphase, was ich noch so mitbekommen habe, gab's eben soundso viel Bilanzen für soundso viele Einfamilienhäuser in der Stadt Sondershausen und das

wurde alles vom Landratsamt gesteuert und die Stadt konnte vielleicht noch die Bauwerber aussuchen, die mal irgendwann einen Antrag gestellt hatten. Aber viel Eigeninitiative war gar nicht gefordert oder war gar nicht angebracht, es gab gar keine Plattform dafür. So Bürgertätigkeit, ich sag mal, im Zusammenspiel mit einer Verwaltung, das war gar nicht so üblich“ (P10: 101).

- „Das sind viele Vereine, die wirklich so zwischen '92 und '94 gegründet wurden. Ganz einfach - zur Wende ist sehr viel weg gebrochen und man hat sicherlich erst nach zwei/drei Jahren realisiert, also hier gibt es unwahrscheinlichen Bedarf und da müssen wir halt was machen. Und aus dieser Bedarfslage heraus sind dann die Vereine entstanden“ (P3: 257).
- „Die DDR-Leute denken anders, in Berlin ist das vielleicht ein wenig vermischt. Wenn ich hier also mit jemandem zusammenkomme, kann ich Ihnen sehr schnell sagen, aus welcher Hemisphäre der kommt. Das ist also nicht überwunden. Man sollte auch nicht von Wessis reden, sondern von Westlern, aber die sind in einer anderen Kultur groß geworden. Das wirkt sich noch in der Sprache aus“ (P5: 219).
- „Es gab einen Bruch für alle Bürger im Osten. Das Leben hatte sich ja von Grund auf geändert. Viele mussten die Fragen ihrer Existenz neu beantworten, mussten Dinge versuchen, das hat auch nicht jeder geschafft. Ich will kein verkehrtes DDR-Bild herbeiführen, wir haben stellenweise gut gelebt, aber in vielen Fragen waren wir auch Leidende. Aber das Leiden war ein gemeinsames. Auch der Mangel, der irgendwo existierte, das war ein gemeinsamer Mangel und man hat sich gegenseitig geholfen. Ich denke da an Trabantersatzteile etc. Früher war das staatlich propagiert, Dinge gemeinsam zu machen. Es gab Hausgemeinschaften, die sich geholfen haben ohne Ende. Das ist eine Erscheinung, die ist fast weg im Osten. Ich habe sie jetzt erstaunlicherweise wieder gefunden bei meiner Tochter in einem alten Bürgerhaus in Neukölln, was gar keiner vermutet. Das ist bestimmt nicht nur so im Osten. Auf alle Fälle gab es hier viele Initiativen, sehr viel gesellschaftliches Engagement, kultureller, sportlicher und sonstiger Art ... (P19: 113).
- „In diesen 17 Jahren hat die öffentliche Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement meiner Meinung nach zugenommen. Wir hatten zu DDR Zeiten, gerade was Sport und Kultur und solche Themen betrifft, eine hervorragende Infrastruktur, die staatlicherseits zur Verfügung gestellt wurde und insofern kein so hohes Maß an Notwendigkeit, dass das über Ehrenamt erledigt wird. Ich hatte im Vorfeld ja schon erzählt, ich war Schatzmeister beim DRK. Das war anfänglich: Ja wieso? Dafür gibt und doch diesen und jenen Mitarbeiter. Beim Sport waren auch sehr viele Mitarbeiter angestellt, die hat der Staat - Staat jetzt mal als Überbegriff

meint damit nicht nur die Republik sondern auch die darunterliegenden Organisationen. Es war sehr viel über Hauptamtliche geregelt. Selbst in der Kirche wurde vieles über Hauptamtliche geregelt. Dass man überhaupt Ehrenamtliche braucht und die Notwendigkeit von Ehrenamtlichen, das hat sich mit der Zeit erst so herauskristallisiert“ (P38: 73).

- Ja, es gab viele, die sich engagiert haben, ob das verordnet war oder nicht, das lasse ich mal dahingestellt. Engagement ist zunächst einmal eingebrochen - gewaltig eingebrochen (...). Sie dürfen nicht vergessen, Strausberg war dominiert, die Bevölkerung Strausbergs, im Ministerium für Nationale Verteidigung. Dieses Ministerium wurde radikal aufgelöst. Die wurden alle, ohne Ansehen der Person, einen Dienstgrad nach oben, alle in die Arbeitslosigkeit geschickt. Dass die die nicht gerade am nächsten Tag begeistern konnten, das können sie sich wohl selbst vorstellen (P39: 121).
- „Da waren andere Strukturen. Das kann man jetzt mit dem heutigen nicht mehr vergleichen, weil es gab ja zu DDR-Zeiten eine staatlich sanktionierte Kultur. Das haben Sie heute nicht mehr. Sie haben ja heute nicht mehr staatlich sanktioniert, dass sie das und das machen müssen. Sie können es machen. Zu DDR-Zeiten war es mehr oder weniger so, da wurde Kultur gemacht, weil sie eben sein musste, um das Volk dementsprechend zu berieseln und auch ideologisch zu beeinflussen. Das ist nun einmal ganz einfach so. Da muss man sich nichts vormachen. Zeugnis dafür dürfte z. B. Bad Frankenhausen im Volksmund das Elefantenklo, das Gemälde zum Bauernkrieg von Tübke sein. Das war ein Prestigeobjekt und da wollte man sich verewigen und dementsprechend hat man natürlich auch zu DDR-Zeiten die Kultur für sich ausgeschlachtet“ (P29:123).
- „Also ganz grob habe ich sowieso feststellen müssen, dass in der Bundesrepublik ein ganz anderes Vereinsleben stattfindet, als wir es gewohnt waren zu DDR-Zeiten. Wir hatten beispielsweise den demokratischen Frauenbund, wir hatten die Volkssolidarität, wo man sich engagieren konnte. Wir hatten viele verschiedene Sportvereine, aber so engagieren wie heute, würde ich meinen, musste man sich gar nicht, weil staatlicherseits die Möglichkeiten geboten wurden“ (P29: 39).

3.4 Befunde zu intersektoraler Vernetzung in den Modellkommunen

Die Befragungsergebnisse verdeutlichen ein breites Spektrum an Projekten, Initiativen und weiteren Aktivitäten, die in Zusammenarbeit von zwei oder drei Bereichen – Verwaltung, Wirtschaft, Dritter Sektor - realisiert werden.

Sondershausen und Strausberg sind mittelgroße Städte mit Einwohnerzahlen von rund 25.000. In einer Stadt dieser Größenordnung sind die Netzwerke sozialer Kontakte vergleichsweise eng. Viele der Befragten kennen die Akteure, mit denen sie kooperieren, schon jahrelang oder sogar bereits aus Schulzeiten und berufliche bzw. fachliche Kontakte überlagern sich mit Verwandtschafts- und Freundschaftsverhältnissen. Dadurch ist es teilweise leichter möglich, unkompliziert das Gespräch zu suchen, beispielsweise um Kooperationen anzustoßen. Natürlich kennt nicht jeder jeden und Vernetzungen über persönliche Beziehungen ergeben sich nicht automatisch bzw. können im Einzelfall auch problematisch sein.

Die untersuchten Modellkommunen weisen Unterschiede und Gemeinsamkeiten auf. Die Unterschiede fangen damit an, dass es in der Musikstadt Sondershausen viele Aktivitäten im Bereich Musik und Kultur gibt, während ein Schwerpunkt des Engagements in Strausberg im Umwelt und Naturbereich liegt. Unterschiede in den Strukturen der Zusammenarbeit sind teilweise historisch gewachsen. Eine seit Jahren institutionalisierte Form der Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und engagierten Bürger/innen und Vereinen stellen z. B. in Strausberg die Agenda-Beiräte dar.

Bei der Mehrheit der Projekte sind zwei Sektoren beteiligt, Erfahrungen mit Projekten und Aktivitäten mit Akteuren aus allen drei Bereichen sind dagegen noch weniger vorhanden. Aber grundsätzlich gibt es Bestrebungen, die jeweils „noch fehlenden“ Sektoren stärker anzusprechen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu überlegen.

„Es ist den Erfordernissen der Zeit geschuldet, dass es immer weniger Mittel gibt, so dass man sich erst einmal auf den Weg machen muss, welche Partner man aufsuchen könnte.“ bemerkt einer unserer Interviewpartner (P15: 5).

Das Finden von Partnern mit den notwendigen Ressourcen und die Bildung von funktionierenden Kooperationen sind dabei gar nicht immer so einfach. Es stellen sich z. B. Fragen zu den gemeinsamen Zielen und verfolgten Interessen, zu Art und Umfang der Ressourcenbeteiligung.

In den folgenden Kapiteln werden bi- und trisektorale Kooperationen, von denen wir in den Interviews erfahren haben, beschrieben. Wir wollen uns dabei auf zentrale und beispielhafte Kooperationen konzentrieren. Das Spektrum der Aktivitäten und Projekte ist wesentlich breiter als dasjenige der von uns untersuchten und beschriebenen. Einen Schwerpunkt möchten wir auf Entstehung, Erfahrungen sowie Erfolgs- und Hemmfaktoren von Kooperationen legen. Uns ist bewusst, dass es in den Modellkommunen noch viele weitere Aktivitäten gibt, die wir nicht untersucht haben bzw. nicht hier (ausführlicher) aufgreifen.

3.4.1 Fokus Wirtschaftsentwicklung

Ein Beispiel für eine enge und gute Zusammenarbeit ist der Wirtschaftsbeirat in Strausberg. Er ist eine formlose Vereinigung von Unternehmern, Mitgliedern aus Institutionen und der Politik sowie interessierten Bürger/innen und wird von der Verwaltung als ein recht moderner Ansatz der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Unternehmen eingeschätzt (P25: 2). Unternehmen bringen hier ihre Fachkompetenzen und unternehmerischen Hintergrund in gemeinsame Aktivitäten ein.

Der Wirtschaftsbeirat wurde auf Initiative des Bürgermeisters im Juni 2005 gegründet. Rund 120 Unternehmen sind der Einladung des Bürgermeisters für ein erstes Treffen gefolgt, jetzt sind immer noch zwischen 30 und 40 aktive Teilnehmer dabei. Ziel ist es unter anderem, die Wirtschaft stärker in Sachentscheidungen einzubeziehen. Der Wirtschaftsbeirat habe sich sehr dynamisch entwickelt, was wesentlich an den handlungsorientierten und aktiven Mitgliedsunternehmern liege und an der Art der Zusammenarbeit: wöchentliche Treffen (Stammtisch), weitere Aktivitäten in einzelnen Projekten, an denen einige Mitglieder stärker getragen werden als andere. Auch Vertreter der Stadtverwaltung sowie der Bürgermeister nehmen an den Treffen teil, was von den Unternehmen sehr geschätzt wird. Insbesondere die Befürwortung durch den Bürgermeister wird von den beteiligten Unternehmern als wichtiger Rückhalt für die Arbeit des Wirtschaftsbeirates wahrgenommen.

Die gemeinsamen Treffen dienen dem Austausch von Problemen und gemeinsamen Überlegungen, wie diese gelöst werden könnten. Die Projekte, die aus dem Wirtschaftsbeirat heraus bisher entstanden sind, und auch die, die für die Zukunft überlegt werden, sind sehr vielfältig und damit auch die weiteren Partner, die dafür mit ins Boot geholt werden.

Im Sinne der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, die den Beteiligten ein wichtiges Anliegen ist, wurde bzw. wird vom Wirtschaftsbeirat u. a.

- die Altstadtbeschilderung initiiert, die insbesondere den „fremden“ Stadtbesuchern den Weg in die Innenstadt weisen soll. Hier lagen die bürokratischen Aufgaben bei der Verwaltung und die Schilderanschaffung wurde von den Unternehmern übernommen
- die Entwicklung eines integrierten wirtschaftsorientierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) initiiert und aktiv daran mitgewirkt.

Das INSEK bedarf der Unterstützung von vielen Seiten für die Umsetzung. Damit die Umsetzung gewährleistet ist, sei bereits bei der Erstellung und dann auch bei den Entscheidungen der Einbezug vieler Akteure wichtig gewesen. Ein solches

Vorgehen fördert Netzwerke, die um das Konzept herum realisiert werden können und akzeptiert und unterstützt werden

- ein neues Konzept für den Strausberger Weihnachtsmarkt überlegt und mit umgesetzt: Nach der Durchführung des ersten Weihnachtsmarkts wurde im nächsten Jahr vollständig die Verantwortung an die Stadt übergeben, mit der Auflage, das neue Konzept zu übernehmen. Der Wirtschaftsbeirat war mit der Aufgabe überlastet bzw. sah darin auch nicht seine dauerhafte Aktivität. So können sich Rollen, Verantwortlichkeiten bzw. Aufgaben innerhalb von Projekten bzw. im Zeitablauf verändern
- ein Innovationspreis (SIGI) vergeben, der die Ansiedlung neuer Unternehmen in Strausberg fördern soll

Ein positives Image der Stadt sollen die Aktivitäten sowohl nach Außen als auch innerhalb der Stadt vermitteln. Dafür wurde ein eigener Slogan auf den Weg gebracht und ein eigenes Logo entwickelt, „das Lebensfreude aus Strausberg in die Welt hinaustransportieren soll“.

Außerdem wurde ein Stadt-Wiki aufgebaut. Stadtwikis ähneln Wikipedia, nur dass sie sich thematisch auf eine bestimmte Stadt oder Region (Regionalwiki) spezialisieren. Die Idee ist im Wirtschaftsbeirat entstanden und es folgte die Gründung des Trägervereins „Verein zur Förderung Freien Wissens in der Region Strausberg e.V.“ mit Sitz in Strausberg von Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates und weiteren Bürger/innen der Stadt. Das Wiki läuft auf einem Server eines regionalen Internet-Dienstleisters und finanziert sich über Spenden und Mitgliedsbeiträgen an den Trägerverein.

Ein weiteres Projekt zur Jugendförderung ist der Aufbau und die Vermittlung von Patenschaften mit Schulklassen. Durch den Kontakt mit Unternehmen sollen Schüler an das Berufsleben herangeführt werden und Eindrücke von Wirtschaftsabläufen und Strausberger Unternehmen vermittelt bekommen.

Ein Mitglied des Wirtschaftsbeirates formuliert seine Einstellung zu den Aktivitäten des Wirtschaftsbeirates wie folgt: „Man muss Ideen gebären, man muss sie etwas reifen lassen und man muss dann noch versuchen, weitere, die bei diesem Geburts- und Reifungsprozess noch nicht dabei gewesen sind, mit ins Boot zu ziehen und damit auch ein Stückweit Identifikation zu schaffen. Und ich glaube auch daran, dass wir mit solchen regelmäßigen Maßnahmen auch in das Bewusstsein der Bevölkerung vordringen, dass wir auch neue Mitstreiter gewinnen. Mein Credo ist, dass man gemeinsam versucht, etwas nach Vorne zu bringen.“

Weitere Informationen zum Wirtschaftsbeirat sind zu finden unter www.kapelle.net/anlage/wirtschaftsbeirat/ und demnächst auch unter www.wirtschaftsbeirat-strausberg.de/

Aus Sicht der Verwaltung ist für die Wirtschaftsförderung und die Zusammenarbeit mit Unternehmen wichtig, dass Probleme der Wirtschaft angehört werden und gemeinsam Lösungen gesucht werden. Hierfür sind ein möglichst direkter Kontakt und Gelegenheiten für solche Gespräche, wie sie beim Wirtschaftsbeirat am Stammtisch möglich sind, wichtig.

Wichtig für die Unternehmen ist außerdem ein schnelles und unkompliziertes Handeln. Unzufriedenheit entsteht, wenn man mitbekommt, dass Prozesse oder Verwaltungsgänge langsamer voranschreiten, als sie eigentlich könnten.

In Sondershausen besteht die Beziehung mit der Wirtschaft aus Sicht der Stadt nicht nur als punktuelle Kooperation, sondern es existiert bereits eine gemeinsame Herangehensweise. Eine enge und gute Zusammenarbeit besteht unter anderem zwischen der Stadtverwaltung und dem Sondershäuser Gewerbe- und Wirtschaftsverein.

Konkret wird die Zusammenarbeit auch im Stadtmarketingprozess, der im Jahre 1997 begonnen hat. Zur Entstehung: „Ja weil eben jeder in eine andere Richtung gezogen hat. Das wollten wir verbessern. Wir haben gesagt, wir müssen was tun, um unsere Stadt attraktiv zu machen, nach außen hin und etwas zu bewegen und gemeinsam also ein Ziel zu erreichen und da müssen wir an einem Strang ziehen und zwar in dieselbe Richtung und nicht jeder in eine andere“. Ziel ist es, mit Akteuren aus Vereinen, Unternehmen und Verwaltung sowie auch einzelnen interessierten Bürgern gemeinsame Ziele für die Stadtentwicklung und Steigerung der Attraktivität der Stadt als Arbeits- und Lebensort herauszuarbeiten und ihre Umsetzung zu verfolgen. In den vergangenen Jahren wurden eine Vielzahl von Projekten und Aktivitäten in Zusammenarbeit verschiedener Akteure durchgeführt, z. B. ein Einkaufsführer erstellt, Schaufensterwettbewerbe veranstaltet, kulturelle Ereignisse begleitet, Bürgerbefragungen realisiert. Bei den Stadtralleys, die von der Verwaltung organisiert und mit (ehrenamtlichen) Stadtführerinnen durchgeführt werden, können Kinder, die über die Schulen angesprochen werden, die Stadt spielend kennen lernen. Die Preise werden oft von Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Beim Stadtmarketingprozess sind Verwaltungsmitarbeiter, Unternehmen und punktuell auch Vereine eingebunden. Es gab mal mehrere Arbeitsgruppen und eine Lenkungsgruppe. Mit Beendigung der Projekte der Arbeitsgruppen sind diese auseinander gegangen. Die Lenkungsgruppe gibt es weiterhin. Sie organisiert Projekte

mit verschiedenen Akteuren. Sehr wertvoll für die Arbeit des Stadtmarketing ist eine zwischenzeitlich arbeitslos gewordene Unternehmerin, die sich weiterhin ehrenamtlich einbringt. Ihr Betrieb ist in Insolvenz gegangen aber sie wollte weiter aktiv sein und kümmert sich insbesondere um die Unternehmenskontakte, da sie durch ihre vergangene Unternehmenstätigkeit einen guten Draht zu den Händlern hat.

Weitere Informationen zum Sondershäuser Stadtmarketing unter <http://www.sondershausen.de/wirtschaft/stadtmarketing.php>

Im Bereich der Arbeitslosenhilfe bzw. Wiedereingliederung in die Erwerbstätigkeit ist es dem Verein Starthilfe Sondershausen (www.starthilfe-sondershausen.de) mit einem ARGE Projekt für Arbeitslose vereinzelt gelungen, Arbeitslose über eine ehrenamtliche Tätigkeit wieder in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Zunächst sei teilweise harte Überzeugungsarbeit notwendig gewesen, um Teilnehmer zu gewinnen, da bewusst von Sanktionsmechanismen abgesehen wurde. Von Bedeutung war hier, dass die Tätigkeit in Netzwerke bzw. intersektorale Projekte, an denen auch Unternehmen beteiligt waren, eingebettet war (P6: 20).

3.4.2 Fokus Kultur, Freizeit und Soziales

In Strausberg gibt es mehrere themen- bzw. zielgruppenbezogene Beiräte. Drei davon sind lokale Agenda-Beiräte: Agenda-Beirat "Wirtschaft und Tourismus", Agenda-Beirat "Bauen und Umwelt", Agenda-Beirat "Jugend, Bildung, Soziales". Die Verwaltung nimmt an den Beratungen teil, stellt Räume zur Verfügung und beteiligt sich finanziell. Ideen von Bürgern werden aufgenommen und weiterverfolgt. 1999 hat die Verwaltung den Agenda-Prozess initiiert und engagierte Bürger aufgerufen, daran teilzunehmen. Zunächst wurde an sechs runden Tischen gearbeitet und 2003 sind daraus drei Beiräte entstanden. Eine gute Verbindung zu den Ausschüssen des Stadtrates wurde vollzogen, indem die Struktur der Ausschüsse an die der Beiräte angepasst wurde. Für die Verwaltung war es zunächst sehr arbeitsintensiv, bis die Beiräte unabhängig von der Verwaltung funktionsfähig waren. Es wird Wert darauf gelegt, dass es sich nicht um eine verwaltungsgesteuerte Bewegung handelt, sondern die Beteiligten selbstständig arbeiten und mit ihren Anliegen an die Verwaltung herantreten.

Der Seniorenbeirat vertritt die Interessen der älteren Mitbürger. Von Seiten der Stadtverwaltung wird der Seniorenbeirat als Partner der Stadtverwaltung bzw. des Fachbereiches und umgekehrt angesehen: „Der Seniorenbeirat in der Stadt, der ist auch ständiger Partner des Fachbereichs bzw. die Stadtverwaltung ist ständiger Partner des Seniorenbeirates“ (P24: 1). Die Älteren in Strausberg hätten ein gutes Bildungsniveau, wodurch sie sich gut artikulieren und organisieren und „etwas auf die Beine“ stellen könnten. Ein Beispiel ist die Initiative Altersgerechtes Wohnen, welche

die Wohnungsbaugenossenschaft gemeinsam mit dem Seniorenbeirat gestartet hat: Die Wohnungsanlage wird betrieben von Bürgern und Unternehmen. Räume können für bürgerschaftliche Aktivitäten genutzt werden, z. B. finden dort kostenlose PC-Kurse statt, die von Mitarbeitern eines Computerunternehmens angeboten werden. Für die Computerfirma ist dies wiederum attraktiv, da hier potenzielle Käufer geworben werden können.

Im Kulturpark Strausberg sind Vereine aktiv. Die Stadtverwaltung unterstützt die Arbeit und auch Unternehmen unterstützen Projekte des Kulturvereins.

In beiden Modellkommunen sind „Lokale Bündnisse für Familie“ gegründet worden und werden „Mehrgenerationenhäuser“ im Rahmen des Bundesprogramms vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Beide Projekte zielen auch auf die Entwicklung von gemeinsamen Aktivitäten und die Zusammenarbeit der drei Sektoren.

Der Erhalt und die Nutzung der Kirche St. Marien für Konzerte in Strausberg werden durch einen Freundeskreis getragen, in dem sich die Unternehmen der Stadt sehr engagieren.

Kultur ist ein weites und wichtiges Handlungsfeld zivilgesellschaftlicher Infrastruktur in Sondershausen. Diverse kulturelle Feste und Veranstaltungen werden vom Veranstaltungsmanagement der Stadtverwaltung mit finanzieller und personeller Unterstützung von Unternehmen durchgeführt.

Im musikalischen Bereich gibt es den Förderverein des Lohorchesters, in dem Vertreter der drei Sektoren zu finden sind. 1991/92 sei der Förderverein Lohorchester auf Initiative des Lions Club und des Rotary Clubs Sondershausen gegründet worden. Bürgerschaftliches Engagement habe von Anfang an den Erhalt und die Entwicklung der Musikkultur unterstützt. Vorbildlich sei gewesen, dass der Bürgermeister in den ersten beiden Jahren den Vorsitz des Vereins übernommen habe.

Für Freizeitfreuden steht das Bürgerbad Großfurra. Auf dieses könne der Bürgermeister in Sondershausen stolz sein. „In der Anfangszeit, da waren es tatsächlich auf Anhieb 120 Leute, die einen Verein gegründet haben. Das war, glaube ich, die ganze Ortschaft Großfurra gewesen.“ Damit konnte die geplante Schließung vermieden werden. Ziel war es, mit dem Verein das Freibad weiter betreiben zu können, da es nicht mehr wirtschaftlich weitergeführt werden konnte und andernfalls hätte geschlossen werden müssen. „Und es hat sich herausgestellt, die können das wirklich.“ Ehrenamtler sitzen an der Kasse und kassieren den Eintritt. Zu neuen Angeboten gehören Events und Musikveranstaltungen. Mittlerweile habe sich dieses

Angebot richtig etabliert und fördert die Identität mit dem Ort(steil). Die Stadt zahlt einen jährlichen Zuschuss und auch Unternehmen unterstützen den Betrieb.

Zielgruppenspezifische Aktivitäten gibt es vor allem für die jüngeren Bewohner durch eine vielseitige Kinder- und Jugendarbeit. Unter anderem gibt es einen Kinder- und Jugendbeirat, der die Sichtweisen der jüngeren Sondershäuser in die städtischen Beratungs- und Entscheidungsprozesse einbringen soll. Der Einbezug der Meinungen von Kindern und Jugendlichen sei wichtig, da diese von älteren Leuten nicht immer berücksichtigt werde. Außerdem hätten Jüngere oft gute Ideen, über die andere lange nachdenken würden. Interessierte Jugendliche können an den wöchentlichen Treffen teilnehmen. Unter anderem über die Schulen werden Schüler in den Kinder- und Jugendbeirat delegiert und geworben – von den Mitgliedern selbst. Der Beirat war in dem Projekt „Skateboard-Halle“ bereits von Anfang an beteiligt.

Des Weiteren werden Ferienangebote für Kinder in Zusammenarbeit von Verwaltung und Vereinen sowie Ehrenamtlichen durchgeführt.

3.4.3 Städtebau, Natur und Umwelt

Das Projekt zum Aufbau der Cruciskirche sowie ihrer Wiedereingliederung und Nutzung in das städtische Leben von Sondershausen zeichnet sich durch den außerordentlich hohen Einsatz von engagierten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt aus. „Wenn man sich die Fördervereinsliste ansieht, dann sieht man genau wie das verzahnt ist. Die Bürger, die ehrenamtlich mitarbeiten, dann Ämter, da ist die Stadtverwaltung Sondershausen. Man kann die Stadtwerke dazu zählen, dann Firmen eine ganze Menge, alle die man so auf den Baustellen braucht.“ Die wöchentlichen Arbeitseinsätze sind öffentlich und ermöglichen den Einbezug von vielen verschiedenen Akteuren und damit auch ihre Identifikation mit dem Vorhaben. Die gemeinsame Arbeit am Projekt sowie das Endobjekt selbst – Nutzung als Bürgerzentrum - bieten Raum zur Begegnung und Förderung von sozialen Kontakten. Damit stellt der Wiederaufbau der Cruciskirche als Bürgerzentrum nicht nur eine Verschönerung des Stadtbildes dar, sondern der Bauprozess sowie das fertig zu stellende Gebäude wirken sich förderlich auf den sozialen Zusammenhalt, das bürgerschaftliche Engagement und den Aufbau von sektorenübergreifenden Vernetzungen und Kooperationen aus.

In Sondershausen gibt es Pflege-Verträge für Grünflächen. Solche Kooperationen können die Stadt entlasten. In der Stadt gebe es sehr viel Grün. Und wenn ein Grünstreifen vor einem Hausgrundstück liegt, der noch städtisch ist und im Zuge dessen nur zweimal im Jahr gemäht wird, hat man Vereinbarungen mit den

Bewohnern getroffen, dass diese das Grün mitpflegen. „Damit es einfach auch vor ihrem eigenen Grundstück schöner aussieht.“ (P10: 22).

Solche Initiativen oder Patenschaften könnten noch mehr gefördert und ausgebaut werden, um die Stadt zu entlasten. Zum Beispiel könnten Bürger/innen mit Interesse an der Gartenarbeit, aber ohne Geld, um die Grünflächen zu pflegen, dies übernehmen, indem die Stadt das Material bezahlt und eventuell auch eine kleine Aufwandpauschale auszahlt. Eine ansprechende Bepflanzung über Firmen wird aus Kostengründen kaum gemacht.

In Strausberg gibt es verschiedene trisektorale Aktivitäten im Umweltbereich, z. B. die Strausseepartnerschaft. Der Prozess zur Anerkennung von Strausberg als staatlich anerkannter Erholungsort wurde ebenfalls von verschiedenen Akteuren unterstützt, genauso die Erstellung eines Maßnahmenplans zur Erhöhung der erneuerbaren Energien in Strausberg mit Stadtverwaltung, Stadtwerken, anderen Wirtschaftsgruppierungen, Bürgern aus der lokalen Agenda und in Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung.

3.4.4 Erfahrungen intersektoraler Zusammenarbeit

In beiden Modellkommunen sind die bisherigen Erfahrungen mit den jeweils anderen Sektoren grundsätzlich (sehr) gut.

Eine Sicht der Verwaltung ist, dass durch Kooperation die Arbeit der Verwaltung aufgewertet werde bzw. eine Qualifizierung erfahre. Mit der Einsicht, dass es viele Partner gibt, die manches oder auch vieles besser können als die Verwaltung, werden diese mit ins Boot geholt, um auf ihre Erfahrungen und ihr Handeln zurückzugreifen. Dafür werde versucht, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen - mit Raum, Zeit und Geld. Dies entwickle Engagement und bringe Anerkennung sowie eine effektivere Nutzung der Verwaltungsmittel und habe dazu geführt, dass sich Einiges getan hat (P25: 3). Es brauche aber auch Zeit und Geduld, um Partnerschaften zu bilden.

In beiden Städten schätzen die meisten Vertreter/innen aus dem Verwaltungssektor die Zeit, die sie für Aktivitäten des bürgerschaftlichen Engagements aufwenden, verbringen, als hoch ein. Bei der Frage nach der Verteilung von Aufgaben bzw. Kooperationsbemühungen versuche die Verwaltung teilweise schon Aufgaben an die anderen Sektoren abzugeben, da auf der einen Seite die Verwaltung nicht für alles zuständig sein könne. Auf der anderen Seite sei es aber manchmal schwer, sich aus den Prozessen heraus zu nehmen, u. a. da die Verwaltung oft Hauptinitiator sei. Bürgerschaftliches Engagement solle aber auf keinen Fall als Ersatz für den Staat dienen. Aber oft können Bürger ihre Wunschvorstellung am besten formulieren.

Inwieweit Verwaltungsmitarbeiter mit bürgerschaftlichen Engagement in Berührung kommen, hängt vom Aufgabenbereich der Verwaltung ab. Insbesondere soziale Angelegenheiten und Stadtentwicklung/Bau weisen eine stärkere Nähe zu Bürgern und Vereinen auf. Teilweise stehen täglich Gespräche mit Bürgern im Rahmen gemeinsamer Projekte auf der Tagesordnung. Gefragt nach dem Stellenwert, den die Arbeit im Zusammenhang mit genannten Projekten gemessen an der Gesamtarbeitszeit einnimmt, sprach ein Verwaltungsmitarbeiter von beträchtlichen Arbeitszeiten. Dies sei für ihn aber durchaus vertretbar, weil es wert- und sinnvolle Arbeit sei, die nicht nur stattfindet, weil Externe das wollen. Zudem müsse Arbeit, die in den Projekten passiert, ohnehin gemacht werden.

Das Engagement der Mitarbeiter der Stadtverwaltung wird z. B. so gewürdigt: „Ich bin aber auch der Auffassung, dass wir in der Verwaltung für alle sinnvollen Projekte (...) immer einen guten Partner haben. Das muss ich so sagen, das sind meine persönlichen Erfahrungen. Ich habe die Erfahrung gemacht, alles was konstruktiv ist, was Sinn macht und Strausberg voran bringt, dass da von der Verwaltung her versucht wird, sehr unbürokratisch heranzugehen.“

Positiv erfährt der Gewerbeverein in Strausberg die Verwaltung dadurch, dass diese bei Vorstandssitzungen vertreten ist und berichtet. Es bestehe ein guter Kontakt und schnelle Kommunikationswege.

Negative Erfahrungen mit der Verwaltung werden vor allem in den langsamen Arbeitsprozessen gesehen und teilweise werde Engagement auch behindert: „Hier kommt eigenes Engagement und Zeit und Geld und dann kommt eine Behörde und sagt, dass muss so und so gemacht werden. Und das ist ein Hauptproblem, weil das auch in der Motivation zurück wirft.“ (P43: 97).

Die Möglichkeiten der Vernetzung werden des Weiteren im politischen Handlungsfeld deutlich: Die Praktik, die Themenliste für die jeweils nächste Stadtverordnetenversammlung an verschiedene Akteure zu verteilen, ermöglicht den Akteuren, sich darüber zu informieren und dann zu überlegen, zu welchem Punkten man seine Meinung einbringen möchte, wie und mit wem man sich schon vorher besprechen sollte. „Und dann wird über verschiedene Wege, meinerwegen über den direkten Kontakt zur Stadtverwaltung oder auch zu den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung, kurz ein Weg geschaltet und dann wird die Meinung ausgetauscht und gesagt, hier müssten diese oder jene Argumente mit eingebracht werden. Wo vielfach auch dieses komplexe Denken einfach nötig ist.“ (P21: 30).

Von den Unternehmen haben die meisten Interviewten den Eindruck, dass diese bürgerschaftliche Aktivitäten meistens soviel unterstützen, vorwiegend durch

Sponsoring, wie sie verkräften können. Denn gerade in strukturschwachen Regionen haben die (kleinen) Unternehmen nur sehr begrenzt freie Ressourcen. Außerdem nehmen die Sponsoringanfragen teilweise enorme Ausmaße an, da viele Vereine, aber wenige Unternehmen für Spendenanfragen vor Ort existieren.

Aber teilweise hakt es bei längerfristigen Kooperationen: „Also mit der Wirtschaft haben wir noch sehr viel Schwierigkeiten zusammen zu kommen. Das Sponsoring ist das eine, dass die sagen, gut wir kennen euch und ihr kriegt mal eine Spende. Aber dass wir mal richtig mit denen zusammen arbeiten... Und wir haben uns überlegt, wie können wir mit der Wirtschaft mehr zusammen kommen und auch durch unser Klientel und Besucher für die Wirtschaft interessant sein.“

Die Wahrnehmung der Unternehmer wiederum ist auch, dass in ihrer angesiedelten Stadt höhere Erwartungen an ihr ehrenamtliches Engagement bestehen, während in Nachbarkommunen ähnliche Arbeiten vertraglich bzw. entgeltlich abgewickelt werden. Aus Sicht der Unternehmen müsse hier noch mehr Einsicht für ihre Wirtschaftlichkeit bestehen, da es auch der Stadt gut geht, wenn es den Unternehmen gut gehe. So wird von Seiten der Wirtschaft hin und wieder darauf hingewiesen, dass Unternehmen die Aufgabe der Gewinnmaximierung hätten und der Staat sich nicht auf jeglicher Verantwortung herausziehen und alles dem Sponsoring oder dem bürgerschaftlichem Engagement überlassen könne. „Dies wird nicht funktionieren. Es muss Aufgaben geben, die klipp und klar durch den Staat geregelt sind“ (P21: 18). Ansonsten würden Bürger die Überstunden der Verwaltung übernehmen.

Für einen Interviewpartner gehört es zu den wertvollsten Erfahrungen, dass man sich immer auf einer Ebene wieder findet und sich gemeinsam voranbringen kann. „Auch wenn es mal Streit gibt aber man versteht sich ja dann auch immer wieder und kämpft ja für ein gemeinsames Ziel.“ (P24: 13).

3.4.5 Erfolgsfaktoren zivilgesellschaftlicher Infrastruktur

Eine funktionierende und ergebnisreiche Zusammenarbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Drittem Sektor hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab.

Kommunikation und Koordination

Durch Kommunikation - in und zwischen Sektoren - kann etwas Neues entstehen. Eine der wichtigsten Schlüsselpersonen ist der Bürgermeister – als Initiator, Ansprechpartner und Weitervermittler. Der Bürgermeister kennt die Mehrheit der Akteure in der Stadt und kann geeignete Kooperationspartner zusammenführen. Aber auch Sponsoringnachfragen – meist an Unternehmen - für soziale Angelegenheiten,

die über den Bürgermeister bzw. die Stadt laufen, sind erfolgreicher, da dadurch das öffentliche Interesse deutlicher wird.

Die Kommunikation umfasst auch einen wertschätzenden Umgang und Anerkennung von allen Beteiligten. Eine engagierte Strausbergerin über die Bedeutung von Anerkennung von Seiten der Verwaltung: „Im Gespräch hat sich auch gezeigt, dass da ein großes Interesse ist, auch die Arbeit geachtet wird. Das ist ja auch wichtig, dass man so ein Feedback bekommt und nicht wochenlang umher rennt und arbeitet und macht, sondern dass auch Respekt da ist und die Möglichkeiten geschaffen werden.“ (P15: 18).

Anerkennung und Wertschätzung sehen die Befragten auch darin, dass ihr Sachverstand in Überlegungen, Gesprächsrunden mit Bürgermeister usw. einbezogen wird.

Für die engere Zusammenarbeit und schnelle Lösung von Problemen sind kurze Wege per Telefon oder persönlich charakteristisch.

Des Weiteren machen einige Befragte deutlich, dass handelnde Personen mitreißen und weitere begeistern können müssen: „Es geht nämlich um die Player, um die Akteure. Also letzten Endes sind wir dann bei den Personen. Ich glaube, dass hier in der Stadt so viel läuft, weil einfach, und das hat sich auch im Landkreis ein bisschen verändert, dass an den entscheidenden Knotenpunkten, wo solche Sachen angeschoben werden, einfach mehr und mehr Leute sitzen, die auch wollen, die dafür offen sind. Wenn sie da eher Bedenkenträger zu sitzen haben, die erstmal, wenn eine Idee kommt, diese auseinander nehmen und erklären, warum das alles nicht geht, was natürlich auch eine Art ist, so was zu machen, dann kommen sie natürlich nicht weiter. Ich denke, es liegt sehr, sehr viel an den Menschen, die dahinter stehen. Für mich ist entscheidend, und das ist für meine Arbeit auch wichtig, dass im Prinzip eine bestimmte vertrauensvolle Zusammenarbeit hier aufgebaut worden ist in den letzten Jahren. Um das mal ein bisschen weicher zu formulieren. Das klingt jetzt vielleicht so ein bisschen allgemein, aber ich glaube, dass das der Schlüssel überhaupt ist für eine gute Zusammenarbeit. Also man darf sich nicht irgendwie hinten rum in die Pfanne hauen. Das ist auch bei mir in der Firma so, weil wir wie gesagt dieses Netzwerk brauchen, wir können niemanden irgendwo in den Rücken fallen oder mies über den erzählen und hinten rum tratschen und intrigieren. Das würde uns in kürzester Zeit auf die Füße fallen. Insofern ist da eine Professionalisierung in der Zusammenarbeit erst einmal wichtig.“ (P46: 43).

Grundsätzlich vereinfachen Zusammenschlüsse von Akteuren in den einzelnen Sektoren die Kontaktaufnahme und Kommunikation zwischen den Sektoren. In

Sondershausen zum Beispiel habe sich die Stadt mit allen Behindertenverbänden zusammengesetzt und gesagt, dass es aus praktischen Gründen eine Plattform braucht, auf der sich die Verbände untereinander organisieren und abstimmen können und nur einen Ansprechpartner, der mit der Stadt für alle Verbände kommuniziert und dies dann zurücktransportiert in die einzelnen Verbände. Dies erleichtere die Kommunikation und Zusammenarbeit.

Für die Entstehung von Kooperationsbeziehungen sind vielmals eine persönliche Begegnung und direkte Gespräche wichtig. Dabei muss man oft selbst die Initiative ergreifen: „Wenn man nicht selber aktiv wird, wenn man nicht selber auf die Leute zugeht mit seinen Fragen und Wünschen, na dann kommt auch nichts. Dann kann ich mich auch nicht darüber ärgern, dass keiner zu mir kommt. Das ist wirklich so ein Grundgeheimnis.“ (P18: 44).

Eine offene Begegnung erfordert das Interesse und Verständnis für die Arbeit(sweisen) der anderen Akteure, die sich im Einzelnen sehr unterscheiden können. Durch Kooperationserfahrungen werden das Kennenlernen und die Herausbildung von Vertrauen gefördert.

Die Stadt sollte als Initiator und Koordinator zur Bündelung von Kräften wirken und dabei offen für (konkrete) Vorschläge von Bürgern sein, die (besser) gemeinsam umgesetzt werden können.

Entsprechende Treffen, zum Fachaustausch sowie auch im informelleren Rahmen (z. B. lockerer Abend im Restaurant, gemeinsame (thematische) Fahrten), sind förderlich. Der Wirtschaftsbeirat macht einmal im Jahr eine Klausurtagung. Bei der letzten haben neben den Unternehmen auch Stadtverordnete, ein Verwaltungsangestellter und der Bürgermeister teilgenommen und man ist weggefahren, „damit hier nicht abends jeder nach Hause muss, um Hund und Katze zu füttern, sondern dass man auch mal Zeit hat. Also das Ergebnis dieser Konferenz, es hat alles Spaß gemacht. Das Ergebnis ist ein neuer Leitfaden für viele tolle Sachen, die wir im nächsten Jahr dann anfangen können. Das können wir alles gar nicht auf einmal bewältigen.“ (P19: 51).

Ein kontinuierliches in Kontakt kommen und Bleiben kann durch Netzwerkstrukturen gewährleistet werden bzw. durch regelmäßige Treffen, bei denen Vertreter aus den anderen Sektoren – je nach Bedarf und Thema – teilnehmen.

Flexibilität

Flexible Arbeitsweisen in Kooperationen

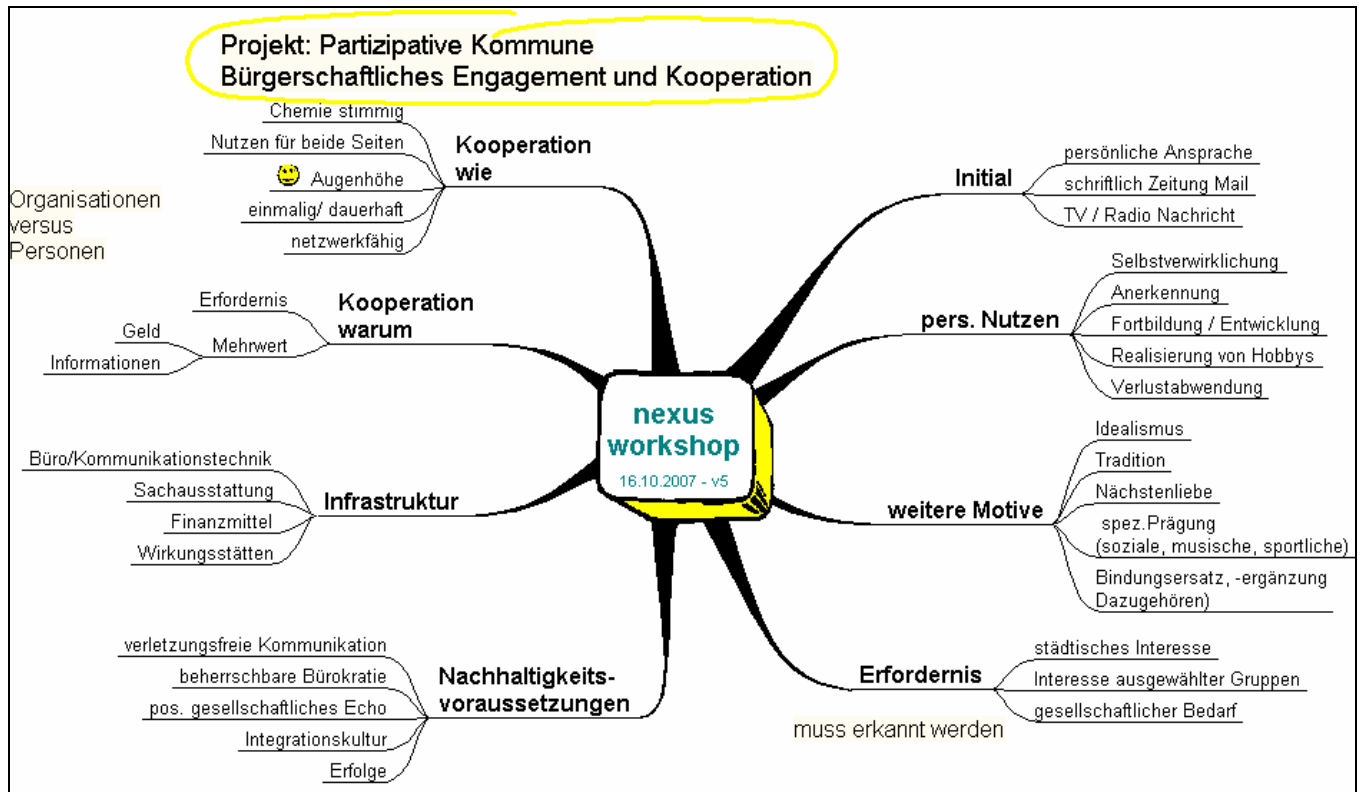
Der lokale Agenda–Beirat Umwelt in Strausberg geht sehr koordiniert und strukturiert bei Themenfeldern vor, die langfristig bearbeitet werden. Dafür gibt es dann Jahrespläne für die Beratungstermine, Themen, die abgearbeitet werden und Zielstellungen, die realisiert werden sollen. Hier findet dann auch kontinuierliche Zusammenarbeit mit den entsprechenden Personen in der Stadtverwaltung und den Unternehmern statt.

Flexible Arbeitszeiten und -orte für Mitarbeiter der Stadtverwaltung

Viele Veranstaltungen und Treffen von engagierten Bürgern finden erst abends statt, also außerhalb von „normalen“ Arbeitszeiten der Stadtverwaltung. Daran (regelmäßig) teilzunehmen, erfordert teilweise eine hohe Flexibilität und beruht auf überwiegend freiwilligem Interesse. Wohnen am Ort erleichtert diese Flexibilität: „So kann man sich hier ganz anders einbringen, und das führt eben auch dazu, dass selbst wenn man hier sagt, ich steig einen Tag auf´s Rad oder fahre mit dem Auto um vier Uhr nach Hause, kann es sein, ich treffe irgendwo an der Kreuzung einen, der mir zuwinkt, wo man dann anhält und auf einmal eine Stunde quatscht.“ (P16: 4).

Die Stadtverwaltung als Arbeitgeber könnte dies beispielsweise durch flexible Arbeitszeit- und -ortgestaltung sowie durch attraktive Wohnungsangebote in der Stadt z. B. in Zusammenarbeit mit den (städtischen) Wohnungsbaugesellschaften, unterstützen.

Eine Art Zusammenfassung und Überblick aus Sicht eines Interviewten und Workshop-Teilnehmers bietet das folgende Mindmap.



3.4.6 Hemmfaktoren zivilgesellschaftlicher Infrastruktur

Ein zentrales Hemmnis auf Verwaltungsseite und im Dritten Sektor ist, dass die Kommunen kaum Gelder für die so genannten freiwilligen Aufgaben zur Verfügung haben: „Wir hätten gern etwas mehr Mittel, um Ehrenamtlichen auch mal etwas zahlen zu können. Es gibt junge Leute, die von hier kommen und die wollen wir hier binden, dass die ihr Potential weitergeben. Das sind Leute, die die Welt bewandert haben, sich Wissen angeeignet haben und jetzt wieder da sind und das gern in dieser Region einbringen wollen. Da war der Gedanke, die haben auch einen Bezug, also die werden auch von den jungen Leuten sehr gut angenommen.“

Auch von Seiten der Unternehmen kann eine Zurückhaltung durch begrenzte finanzielle Ressourcen und wenig Zeit begründet sein, aber auch durch die Vorstellung, dass Unternehmen und Vereine nicht unbedingt für Kooperation zusammenpassen und sich gegenseitig ergänzen könnten. Spenden seien „guter Wille“, aber es könne darin kein Nutzen gesehen werden. Auch Werbewirksamkeit ist nicht immer gewährleistet, abhängig von der Art und dem Zugang zu Kundengruppen.

Des Weiteren ist die Erfahrung von Dritte-Sektor-Einrichtungen, dass ortsansässige Unternehmen eher bereit sind, für Geld- oder Sachspenden Mittel freizustellen, als Unternehmen, die woanders ihren Stammsitz und dadurch keinen lokalen sozialen Bezug haben.

Gleichzeitig wird auch von einer Gefahr der Konkurrenz zwischen marktwirtschaftlichen und bürgerschaftlichen Leistungen und des gegeneinander Arbeitens (Streit um Ressourcen) gesprochen.

Fehlende Kooperationspartner: Teilweise fehlen die Informationen über geeignete Kooperationspartner bzw. wofür diese gut sein könnten: „Wir haben z. B. die Erfahrung gemacht, dass Viele voneinander nichts wissen, dass aber durch eine Kombination der Arbeit der verschiedenen Vereine da noch was rauszuholen wäre, um bestimmte Effekte zu erreichen. Und das soll dazu beitragen, dass das verbessert und verändert wird.“

Die unterschiedlichen Arbeits- und Handlungsweisen in den einzelnen Sektoren können die Zusammenarbeit erschweren.

Grundsätzlich gibt es Verständnis für ein anderes Arbeiten der Verwaltung. Vereinzelt wurde in den Interviews auch angemerkt, dass die Verwaltung auch schon mal sehr langsam sein könne und starr sei. Ohne die Stadtverordneten gehe gar nichts: „Sie können was beschließen, wenn die Stadtverordneten und die Politik hier nicht mitmacht, dann ist alles umsonst.“ (P20: 44).

Teilweise bestünden auch zu hohe Ansprüche der Bürger an die Verwaltung. Die Vorstellung des umfassenden Sozialstaates wurde insbesondere durch Erfahrungen der DDR geprägt (P24: 12).

3.4.7 Wünsche und Ideen für trisektorale Infrastruktur

Dass sich die meisten von allen Seiten mehr Engagement und finanzielle Mittel wünschen, ist nicht verwunderlich.

Um den Ruf nach mehr Beteiligung der Bürger zu unterstützen, könnten auch entsprechende Anlaufstellen geschaffen werden, die die Einzelnen befähigen, ihre eigenen Ideen umzusetzen und dabei notwendige Unterstützung einzuholen „anstatt nur zu meckern“.

Des Weiteren wünscht sich jeder Sektor von den anderen, dass die Akteure auf ihn zukommen. Dass auch eine kontinuierlichere Zusammenarbeit entwickelt werden kann, würden insbesondere Vertreter des Dritten Sektors und Unternehmen begrüßen. Damit dies zukünftig besser gelingt, beabsichtigen einige Befragte aus dem Dritten Sektor, nicht mehr „nur“ Briefe zu schreiben und um Geldmittel zu bitten, sondern stärker den persönlichen Kontakt und Gespräche zu suchen und dann auch ihre „Leistungsangebote“ für Unternehmen darzustellen. Die Vereine werden von den Unternehmen teilweise noch nicht wahrgenommen.

Ein Bürger sieht grundsätzlich die Notwendigkeit, eine stärkere Verantwortung für die Stadt und das Gemeinwesen bei den Bürgern zu entwickeln (P3: 26). Informationen sollten verständlich aufbereitet werden, um die Bürger mit dem entsprechenden Sachverstand auszustatten (P21: 22).

Einige weitere Vorschläge und Ideen, die in den Interviews genannt wurden, sind in Strausberg:

- Gründung einer Bürgerstiftung (die Verwaltung der Stiftung könnte die Verwaltung übernehmen)
- Erstellung eines Seniorenwegweisers (die Wirtschaft präsentiert Produkte und übernimmt dafür finanzielle Kosten. Wirtschaft, Wohnungsbau, Verkehrsanbindung müssten dafür ins Boot geholt werden)
- Mehr Bürgerbeteiligung auch von Kindern und Jugendlichen bei der Wohnumfeldgestaltung
- Eltern engagieren sich oft im Kindergarten oder in der Schule und sobald die Kinder diese absolviert haben, lässt das Engagement nach. Hier fehlt ein Übergang, eine Brücke für diese aktiven Menschen. Dies könnte durch

Zusammenarbeit von Schule und Vereinen angepackt werden, wenn diese Eltern für ihre Aktivitäten gewinnen könnten, die über die Kindergarten-/ Schulzeit der Kinder hinaus gehen: „Wir haben beobachtet, dass sich Eltern, solange die Kinder in der Einrichtung sind, also vor allem im Kindergartenbereich, sehr einbringen in die Arbeit, sehr engagieren, dabei sind...In der Schule lässt das schon nach und wenn sie die Schule verlassen, sind auf einmal diese engagierten Leute gar keine anderen Menschen. Aber die Bindung über das Kind zu der ehrenamtlichen Tätigkeit geht dann irgendwie verloren.“ (P15: 13). Hier müssten die Eltern aus dem Schulalltag in weitere „nachsulische“ Initiativen „rüber gerettet“ werden und zum Beispiel für die Betreuung von Spielplätzen, angeleitetes Spielen etc. gewonnen werden. Eventuell könnten hier die Sozialarbeiter als Leitfiguren wirken, um unter den Eltern Engagierte zu finden und den Übergang in ein nachschulisches Engagement zu fördern.

- Die Stärkung der Motivation für Bildung könnte durch Kooperationen zwischen Unternehmen und Bürgern geschaffen werden, z. B. indem die Wirtschaft direkt in Schulen geht oder Ältere (Rentner) in Werkstätten Jüngere motivieren.

Sondershausen:

- Weiterentwicklung des Ansatzes der Pflege-Verträge zwischen Stadt und Bürgern für Grünflächen
- Noch engere Kontakte zur Wirtschaft im Rahmen des Lokalen Bündnis für Familie
- Vermittlung von Sponsoring/Patenschaften zwischen Vereinen und Unternehmen über die Stadtverwaltung, die den Kontakt zu beiden Seiten hat
- Sowohl Unternehmen als auch Kinder- und Jugendbeirat würden sich teilweise eine bessere Zusammenarbeit mit den Schulen wünschen
- Eine Ehrenamts- bzw. Vermittlungsagentur könnte im Mehrgenerationenhaus angesiedelt werden

Ausblick:

Kooperationen im Bereich Bildung und Schule ist angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels ein zukünftig an Bedeutung zunehmendes Thema. So werden in Thüringen bereits auch Eltern im Bildungsplan angesprochen. Diese können bei Weiterbildungsbedarf bzw. -interesse mit den Schülern z. B. an Erste-Hilfe-Kursen teilnehmen.

Die demografische Entwicklung und sozialen Infrastrukturen erfordern auch ein Weiterdenken des Mehrgenerationenhauses (z. B. „Jung und Alt unter einem Dach“). Fahrgemeinschaften, Kleinbusse von Vereinen werden vielseitig genutzt, Jugendliche können Ältere einmal in der Woche zum Einkaufen o. ä. fahren.

Unternehmen als Standortbotschafter: Unternehmen werden in der Stadt bekannt(er) und die Stadt außerhalb der Region, wenn international tätige Unternehmen ihren Standort kommunizieren.

4 Die Kommunenportraits

Mit den „Kommunenportraits“ wurde innerhalb des Forschungsprojekts das Verfahren „Bürgerausstellung“ (vgl. Schophaus 2001 sowie Schophaus, Diemel 2003) modifiziert und eine neue Methode entwickelt. Ebenso wie bei der Bürgerausstellung geht es darum, dass die Beteiligten ein Forum haben, ihre Ansichten darzustellen und Wünsche bzw. Empfehlungen zu äußern. Nur sind hier – im Gegensatz zur Bürgerausstellung – verschiedene Stimmen auf einem Exponat vereint und nicht nur die einer Person, illustriert durch unterschiedliche Aufnahmen aus der Kommune.

Bürgerausstellungen sind als Instrument und Katalysator für die partizipative Lösung von sozialen Problemen dazu entwickelt worden, gesellschaftliche Reflexionsprozesse anzustoßen. Die subjektiven Erfahrungswelten von Bürger/innen werden in Form von charakteristischen Interviewauszügen zusammen mit Fotografien auf Postern präsentiert. Das Konzept verbindet somit sprachliche und visuelle Elemente und zielt darauf ab, einen öffentlichen Dialog zwischen den Beteiligten anzuregen. Rappaport (1995) begreift die Darstellung von Narrationen im Dialog als Basis für Empowerment: „Listening to stories and helping people to create places that value and support both their personal stories and their collective narratives is an empowering activity“ (S. 802). Die Kopplung sprachlicher und bildlicher Repräsentationen erhöht die Komplexität der Perspektivendarstellung und vereinfacht das gegenseitige Verstehen. Die visuelle Ansprechbarkeit von Menschen wird für den Dialog nutzbar gemacht. Die größte Stärke des Konzeptes ist die ästhetische und emotionale Kraft von Bildern und zugehörigen Zitaten. In unvermittelter Weise können hier Bürgerperspektiven betrachtet werden, wobei Aussagen konkret mit Personen und Orten verbunden sind.

Ebenso wie die Bürgerausstellung kann eine Ausstellung von Kommunenportraits eine starke öffentlichkeitswirksame Funktion übernehmen. Die Beteiligten können ihre Anliegen hier öffentlich in Szene setzen. Das hat einerseits eine Wirkung nach innen, indem die Beteiligten sich treffen und austauschen können. Die Wirkung nach außen ist die Möglichkeit der Öffentlichkeit, sich über die Innenansichten der Porträtierten zu informieren. Außerdem kann durch die Einladung politischer Repräsentanten und der Presse zur Ausstellungseröffnung eine breite Aufmerksamkeit für die Interessenslagen und Sichtweisen der Befragten erzielt werden.

Thematischer Mittelpunkt der Kommunenportraits sind die mit bürgerschaftlichem Engagement und intersektoraler Kooperation verbundenen Erfahrungen der befragten Sondershäuser und Strausberger Bürger/innen: In welcher Weise haben oder hatten die Befragten mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun? Seit wann engagieren sie

sich und was motiviert sie? Welche Erfahrungen haben sie gemacht und welche Veränderungen haben Sie bei Formen und Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement gegebenenfalls im Zuge der Wiedervereinigung wahrgenommen? Welche Erfolgs- bzw. Hemmfaktoren nehmen sie wahr und wie schätzen sie die aktuelle Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für Ihre Stadt ein? Bestehen Erfahrungen mit der Zusammenarbeit mit Akteuren aus anderen Sektoren und wenn ja, wie zufrieden sind die Befragten mit der Zusammenarbeit? Welche Wünsche haben Sie an eine Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements und an eine Verbesserung der intersektoralen Zusammenarbeit?

Basis der Kommunenportraits waren die qualitativen Interviews (siehe Kapitel 3), die mit 43 engagierten Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft oder dem Dritten Sektor geführt worden sind. Wichtig ist, dass die Portraits vor Ort gezeigt werden, weshalb sie als Geschenk den Stadtverwaltungen beider Kommunen übergeben worden sind.

Das Zeigen der Portraits könnte mit weiteren Beteiligungsverfahren kombiniert werden, so z. B. mit einem Marktplatz zur Vernetzung der drei Sektoren.

In der Zeit der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft hat die Kunst oft als „*nicht-wissenschaftliche Gegenwart*“ (Reusswig 2001: 16) reagiert. Die Verbindung von beidem – ohne die Unterordnung des einen Systems unter das andere – bietet dagegen ein Potential für gesellschaftliche Reflexion. Dieses nutzt die Methode. Was Iser (1993) für den literarischen Text beschreibt, kann auf die Konzepte Bürgerausstellung und Kommunenportraits übertragen werden: Ein gewisses Maß an Unbestimmtheit („*indeterminacy*“) ist notwendig, um dem Betrachter der Ausstellung die Möglichkeit zu geben, sich an der sozialen Konstruktion des Ausstellungsergebnisses zu beteiligen. „*We generally tend to regard things that we have made ourselves as being real. And so it can be said that indeterminacy is the fundamental precondition for reader participation.*“ (Iser 1993: 10). Wie die Bürgerausstellung kann auch eine Ausstellung von Kommunenportraits mit ihrer künstlerischen Darstellung von realen Lebenssituationen den Betrachter zur Beteiligung einladen.

Bilder der Übergabe der Poster an Vertreter aus den beiden Kommunen sind in Anhang 4 aufgeführt.

5 Veranstaltungen

5.1 Auftaktworkshop mit Experten/innen

Im Auftaktworkshop, der am 19. Dezember 2006 in Berlin stattfand, wurde mit rund 50 Experten/innen aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, Wirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement die Frage erörtert, welche Bedeutung und Wirkung eine engere Vernetzung dieser drei Sektoren auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung hat. Die Experten/innen waren aufgefordert, aus ihren Erfahrungen über ihre Verknüpfungen zu den jeweiligen anderen Bereichen berichten. Der Expertenworkshop bildete damit den öffentlichen Auftakt des Projektes und einen wichtigen Baustein für die eingehende Erörterung der Themenstellung des Forschungsprojektes. Die Durchführung des Auftaktworkshops erfolgte durch nexus unter Mitwirkung des BBE und unter Einbindung der BBE-Projektgruppe „Perspektiven der lokalen Bürger(Innen)gesellschaft“. Die ausführliche Dokumentation des Workshops kann unter www.partizipative-kommune.de heruntergeladen werden. Das Programm des Workshops ist im Anhang 5.1 aufgeführt.

In Bezug auf die Anliegen des Expertenworkshops – die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements und einer engeren Vernetzung zwischen den drei Sektoren Verwaltung/Politik, Wirtschaft und Dritter Sektor für ostdeutsche Kommunen zu thematisieren, aus Praxisbeispielen zu lernen sowie potenzielle Hemm- und Erfolgsfaktoren für den Aufbau, die (Weiter-)Entwicklung und Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den drei Sektoren herauszuarbeiten – sind die in den Diskussionen gegebenen Anregungen in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

Bedeutung von Bürgerschaftlichem Engagement und trisektoraler Vernetzung und Kooperation:

- ◆ Bürgerschaftliches Engagement bildet eine strukturbildende Ressource und trägt zum Funktionieren einer Kommune bei.
- ◆ Bürgerschaftliches Engagement hilft, einer zunehmenden Segmentierung entgegen zu wirken.
- ◆ Bürger sollten nicht nur zur Mitgestaltung aktiviert, sondern auch in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Ostdeutsche Spezifika:

- ◆ Wegfall von Engagementstrukturen im Zuge der Wende, vor allem die Anbindung an die Betriebe.
- ◆ Den großen Verbandsorganisationen fehlen Mitglieder, u. a. aufgrund fehlender Milieubezüge. Z. B. sind insbesondere in Kirchen und religiös geprägten Einrichtungen weniger Engagierte als in Westdeutschland aufgrund geringerer konfessioneller Bindungen. Die Nischenfunktion der Kirche als Sammelbecken für politisches und ökologisches Engagement ist mit der Wende ebenfalls weggefallen.
- ◆ Der Wunsch nach Gemeinschaftlichkeit und kollektiven Aktionen sowie eine starke Familienorientierung, Familie hatte in der DDR eine Nischenfunktion, wirken weiter nach.
- ◆ Staatliche Appelle im Sinne jährlich wiederkehrender Subotniks sind weniger erfolgreich.
- ◆ Die Situation hoher Arbeitslosigkeit und ihre Bedeutung für die Engagementbereitschaft, Möglichkeiten und Zugänge zum Engagement sind zu berücksichtigen. Der Zuwachs an

Arbeitslosen unter den Engagierten ist relativ hoch.	
<i>Erfolgsfaktoren</i>	<i>Hemmfaktoren</i>
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erfolgreiche Ergebnisse von Kooperationen zeitnah kommunizieren. ➤ Aufbau von Zukunftspotenzialen in den Kommunen betonen. ➤ Mögliche Andersartigkeit der Netzwerke berücksichtigen, z. B. Informalität. ➤ Initiatoren für Netzwerke sind notwendig. ➤ Alte Netzwerke (z. B. Volkssolidarität) einbeziehen und an vorhandene Vernetzungsinitiativen (z. B. Lokale Agenda 21) anknüpfen. ➤ Leitbilder von und mit den Bürgern entwickeln. ➤ Mittelgroße Städte (10.000-50.000) bieten eine gute Basis für funktionierendes Bürgerschaftliches Engagement. ➤ Klare Aktionspläne und Zieldefinitionen sind wichtig. ➤ Parteiübergreifend arbeiten. ➤ Bürgerstiftungen, Landesnetzwerke u. ä. Initiativen bringen verschiedene Akteure zusammen. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Nicht eindeutige bzw. nicht vorhandene (Ressort-)Zuständigkeiten. ➤ Geringe Kooperationsbereitschaft der verschiedenen Akteure. ➤ Desinteresse und Konkurrenz.
Verwaltung/Politik	
<i>Erfolgsfaktoren</i>	<i>Hemmfaktoren</i>
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterstützung auch kleinerer und weniger konventionelle, traditionsarme bürgerschaftliche Initiativen durch die Kommune. ➤ Ggf. flexible Auslegung von Richtlinien, um bürokratische Hürden zu überwinden. ➤ Personen, die zu Bürgerschaftlichem Engagement ermuntern, motivieren und unterstützen. Diese Schlüsselpersonen sollten größere Anerkennung bekommen. ➤ Einbezug von Bürgern in Ausschüsse, Beiräte und Foren. ➤ Beteiligungsfreundliche Politik teilweise abhängig vom Politikfeld (z. B. Jugendpolitik eher geeignet für Bürgerbeteiligung). ➤ Verwaltung als steuerndes Element einbeziehen, mehr als die Politik. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Zurückgehende finanzielle Zuschüsse und fehlende Förderrichtlinien (für unkonventionellere Aktivitäten). ➤ Nicht eindeutige bzw. nicht vorhandene (Ressort-)Zuständigkeiten. ➤ Wahrnehmung der Verwaltung als nicht bürgerfreundlich. ➤ Nur formale Beteiligung von Bürgern an Entscheidungsprozessen.
Wirtschaft	
<i>Erfolgsfaktoren</i>	<i>Hemmfaktoren</i>
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Anerkennung bereits vorhandener Aktivitäten unternehmerischen 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Fehlende Kommunikation sowie Plattformen für Begegnung und

<p>Engagements.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Nicht primär über Geld reden, sondern über Probleme und gemeinsame Lösungsansätze nachdenken. ➤ Transparenz, Öffentlichkeitsarbeit, Beispiele und Vorbilder, starke und glaubhafte Partner. ➤ Vergabekriterien für (öffentliche) Aufträge am gesellschaftlichen Engagement orientieren. ➤ Wirtschaftsförderung als Plattform. ➤ Vorteile des unternehmerischen Engagements herausstellen: Genauer Kenntnis über Kundenzielgruppenbedürfnisse, Kreativität wird gefördert etc. 	<p>Austausch.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Unwissenheit über mögliche Tätigkeiten, keine Erfahrungen. ➤ Keine klaren Angebote bzw. genau beschriebene Aktivitäten. ➤ Knappe Zeit. ➤ Fehlende Kooperationspartner bzw. fehlende Vermittler/Ansprechpartner.
Dritter Sektor/Bürgerengagement	
Erfolgsfaktoren	Hemmfaktoren
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Vorteile von Engagement für den Einzelnen betonen: Für Bürgerengagement sind auch nicht altruistische Motive noch stärker zu legitimieren. ➤ Zielgruppenspezifische Angebote (für Jugendliche, Senioren, Arbeitslose etc.) entwickeln und anbieten. Themen finden, die diese interessieren. ➤ Klare und übersichtliche Strukturen und Positionen in einem gemeinnützigen Projekt schaffen. ➤ Vertreter der Wirtschaft für Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen/Vereinen ansprechen. ➤ Kontinuität von Bürgerschaftlichem Engagement durch Anerkennung fördern (z. B. Ausweise, Vergünstigungen, Wettbewerbe). ➤ Mund-zu-Mund-Propaganda in der Startphase, Internetseiten erst später einrichten. ➤ Ggf. flexible Auslegung von Richtlinien, um bürokratische Hürden zu überwinden. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Wahrnehmung als Lückenbüßer. ➤ Rechtliche Hindernisse (z. B. Gemeinnützigkeitsrecht, Versicherungsschutz). ➤ Fehlende Erstattung von Unkosten.

Tab. 5.1: Ergebnisse des Expertenworkshops

5.2 Auftaktveranstaltung

In den ausgewählten Modellkommunen wurden im März bzw. April die ersten Gespräche vor Ort mit den jeweiligen Bürgermeistern und weiteren Vertreter/innen der Stadtverwaltung geführt.

Am 26. April 2007 fand mit einer gemeinsamen Veranstaltung in Berlin der Auftakt der Kooperation mit den beiden Modellkommunen statt: Die Bürgermeister aus Sondershausen und Strausberg sowie weitere Repräsentanten aus der Verwaltung aber auch aus den Bereichen Wirtschaft und engagierte Bürger/innen haben sich mit Vertreter/innen des Projekts und des Auftraggebers getroffen.

Im Mittelpunkt des Auftakttreffens standen die Modellkommunen mit ihren reichen Erfahrungen mit bürgerschaftlichen und vernetzenden Aktivitäten. Aus Perspektive und Interessen der Akteure aus den drei Sektoren wurden die aus dem bisherigen Projektverlauf abgeleiteten Thesen und Handlungsansätze diskutiert. Ein weiterer Bestandteil des Auftakttreffens war die Vorstellung eines Leitbildes sowie die Sammlung von Ideen für trisektorale Projekte in der eigenen Stadt.

Diskussionsergebnisse

Die zusammengefassten Ergebnisse der Literatur- und Materialrecherche sowie die in der Präsentation vorgestellten ausgewählten Handlungsansätze, die auf Basis der Literatur- und Materialstudie abgeleitet werden konnten, wurden von den Repräsentanten der Modellkommunen insgesamt recht kontrovers und aus den unterschiedlichen Perspektiven diskutiert. Folgende Kernaussagen wurden getroffen:

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements:

- Durch Infrastrukturen: Während Vermittlungsagenturen für bürgerschaftliches Engagement allgemein als sehr sinnvoll angesprochen wurden, wurde auch die Meinung geäußert, dass derartige Einrichtungen zu bürokratisch seien (lieber Geld in konkrete Projekte stecken, als in Verwaltung).
- Durch Bürgerstiftungen: Es gab unterschiedliche Meinungen dazu, ob in kleinen Kommunen Bürgerstiftungen gegründet werden können. In Strausberg gibt es derzeit konkrete Planungen, eine Bürgerstiftung zu gründen.
- Zielgruppe Jugendliche: Ein Schwerpunkt sollte auf die Förderung des Engagements von Jugendlichen gesetzt werden, da diese oft unterrepräsentiert sind und besondere Anstöße brauchen, um sich einzubringen.
- Recht: Die Beantragung von Fördergeldern sollte entbürokratisiert werden. In Förderrichtlinien sollten die Begriffe vereinfacht werden. Das Gemeinnützigkeitsrecht bedarf weiterer Reformen.

- Weiterbildungen sowohl für die Engagierten als auch die Mitarbeiter/innen der Verwaltung bezüglich Themen des bürgerschaftlichen Engagements werden als sinnvoll erachtet. Es stellt sich aber die Frage, wer diese finanziert.
- Finanzielle Unterstützungen des bürgerschaftlichen Engagements durch den Bund und die Länder werden gewünscht.
- Man könne über die Einrichtung von Arbeitsgruppen zum Thema bürgerschaftliches Engagement nachdenken, sollte für bürgerschaftliches Engagement aber kein „Querschnittsamt“ einrichten.

Vernetzung und Kooperationen:

- Kommunen-Land-Bund: Die Kooperation zwischen den Bürger/innen, den Unternehmen und der Stadt läuft innerhalb den Kommunen oft schon sehr gut. Es gibt durchaus gemeinsame Interessen und Ziele. Schwieriger sei die Kommunikation mit der Landes- und Bundesebene.
- Kommunikation: Ein kritischer Punkt sei die Kommunikation, eine gute Öffentlichkeitsarbeit ist gefragt. Dazu gehört auch der Ausbau von Informationen, die über das Internet angeboten werden. Allerdings müsse dann auch von den jeweiligen Vereinen und Engagierten ihr Angebot in bereits verfügbare Vereinsdatenbanken etc. selbst eingestellt werden.
- Bestehende Netzwerke könnten noch besser miteinander vernetzt werden.
- Es ist manchmal nicht leicht, geeignete Partner für trisektorale Projekte zu finden, bzw. Partner die bereit sind, sich einzubringen. Unterstützung wird gewünscht, wenn es darum geht, wie man mehr Bürger/innen in die Prozesse der Stadtentwicklung einbinden könne, auch wenn das beinhaltet, dass die Stadt mehr Verantwortung und Kompetenz an die Bürger/innen abgeben müsse. Probleme bei der Realisierung können hier allerdings durch Kompetenzkonflikte zwischen gewählten Vertreter/innen (Stadtrat) und Bürgermeister bezüglich Zuständigkeiten bzw. Ansprüche darauf entstehen.
- Infrastruktur: Eine Förderung der Koordination von Freiwilligenarbeit würde insgesamt begrüßt werden. ABM-Stellen würden für Vernetzungsaufgaben aufgrund ihrer zeitlichen Befristung nicht ausreichen.
- Die Schaffung alternativer Mobilitätsangebote wurde als ein Bereich genannt, bei dem trisektorale Vernetzung und bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Rolle spielen könne.
- Lokale-Agenda-Prozesse haben bereits gute trisektorale Kooperationen angestoßen.
- Ein Problem sind manchmal zu hohe Erwartungen, die Bürger/innen an die Stadtverwaltung richten („Nun macht mal“).

- Politische Beteiligung, z. B. von Bürgerinitiativen, könnte von Seiten der Politik und Verwaltung noch stärker aufgegriffen werden.

Engagement von Unternehmen:

- Das oft schon sehr ausgeprägte Engagement von Unternehmen sollte gewürdigt und nicht als zu selbstverständlich betrachtet werden.
- In den Modellkommunen sind die lokalen Unternehmen sehr engagiert und in verschiedenen Kooperationsnetzen aktiv.
- Bürgerschaftliches Engagement stellt einen wichtigen weichen Standortfaktor dar.

5.3 Die Städtebesuche

Die Idee, dass die Städte Sondershausen und Strausberg durch gegenseitige Besuche die jeweils andere Stadt kennen lernen sollten, um dabei Erfahrungen auszutauschen, entstand auf dem Auftakttreffen, wurde durch kommunale Vertreter artikuliert und durch die Bürgermeister beider Kommunen nachdrücklich unterstützt.

Der Besuch einer Strausberger Delegation in Sondershausen fand Mitte Oktober 2007 statt, der Gegenbesuch Ende November 2007 – jeweils begleitet durch Vertreterinnen des nexus Instituts.

Im Sondershausen konnten die Expertinnen und Experten aus Strausberg in einen Erfahrungsaustausch mit Vertreterinnen und Vertretern von Sondershäuser Vereinen, Unternehmen und der Stadt treten. Themen wie: Leitlinien der Entwicklung der Kultur und der Kinder- und Jugendarbeit, zu Projekten im sozialen Bereich, zur Gewinnung und Einbeziehung junger Leute und Eltern in städtische Vorhaben und ehrenamtliche Arbeit standen im Mittelpunkt. Auch Fragen zur Zusammenarbeit zwischen mittelständischen Unternehmen und Verwaltung und Vereinen und zu engagementfreundlichen Rahmenbedingungen und Beteiligungschancen bei der Gestaltung des Gemeinwesens wurden diskutiert.

Das Projekt „Cruciskirche“, welches ein Musterbeispiel für Zusammenwirken von Verwaltung, Unternehmen und bürgerschaftlichen Engagement ist, wurde besichtigt und durch den Fördervereinsvorsitzenden, Wolfgang Wytrieckus, lebendig vorgestellt. Das Mehrgenerationenhaus des Vereins „Düne“ e. V. wurde besucht und über dessen bisherige und geplante Projekte gesprochen. Dies war für einige Besucher besonders interessant, da auch Strausberg seit April über ein Mehrgenerationenhaus verfügt.

Die Strausberger haben auch die touristischen Highlights Erlebnisbergwerk, Residenzschloss und Possen kennen lernen - wenn auch nur im Schnelldurchlauf.

Beim Gegenbesuch in Strausberg begrüßte Bürgermeister Hans Peter Thierfeld die Sondershäuser gemeinsam mit Christa Wunderlich und Stadtplaner Thomas Elsner im Heimatmuseum. Von dort führte Dr. Rolf Apel durch die Altstadt und Pfarrer Kirchner begrüßte die Gäste in der St. Marienkirche mit Besteigung des Kirchturms. Am Abend trafen sich die Gäste aus Sondershausen mit Vertretern von Vereinen und Verbänden im neuen Gasthof Strausberg Nord. Am folgenden Tag wurde der Sport- und Erholungsparks in Strausberg Vorstadt sowie der Kinderbauernhof in Strausberg Nord zum Thema "Mehrgenerationenhaus Strausberg" bescht.

Die Städtebesuche haben die inter- und intrakommunale Vernetzung intensiv und konstruktiv gefördert und zu weiteren Aktivitäten und Kooperation angeregt. Eine Schlussfolgerung aus dieser Erfahrung ist, dass derartige Reisen künftig schon am Beginn eines Projektes angestrebt werden sollten.

6 Schlussfolgerungen

Dieses Kapitel fasst zentrale Ergebnisse der empirischen Untersuchungen zusammen, formuliert weiteren Forschungsbedarf und Handlungsempfehlungen (siehe hier zu auch Leitfaden Zivilgesellschaftliche Infrastruktur in (Ost-)Deutschland). Damit soll eine Annäherung erfolgen an Antworten auf die Fragen, wer aktuell in Ostdeutschland auf welche Weise bereits Zugang zur Zivilgesellschaft besitzt und wie bürgerschaftliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern durch verbesserte Rahmenbedingungen unterstützt werden kann.

Auch wenn die zivilgesellschaftlichen Strukturen in Ost- und Westdeutschland weitgehend ähnlich sind, allein durch den überwiegend einheitlichen Institutionen- und Organisationenrahmen begründet, so gibt es doch einige markante Unterschiede. So wirkt sich die hohe Arbeitslosenquote in Ostdeutschland als besonderer Hemmfaktor für bürgerschaftliches Engagement aus.

Die empirische Untersuchung hat die These bestätigt, dass trisektorale Kooperationen bislang noch wenig vorhanden sind. Bisektorale Kooperationen sind allerdings selbstverständlich. Vielen befragten Engagierten ist wichtig, dass sie etwas für ihre Stadt tun und ihre Aktivitäten nützlich sind: Sie zeichnen sich durch eine hohe Sach- und Zweckorientierung aus, wollen dabei aber auch Spaß und Freude haben. Einen persönlichen Nutzen sehen die Engagierten darin, dass sie Kontakte gewinnen. Insbesondere Unternehmern aber auch Privatpersonen, die beruflich wieder Fuß fassen wollen, sehen ihr Engagement auch als Bestandteil ihrer wirtschaftlichen Strategie. Die befragten Engagierten sind überwiegend schon lange aktiv. Aktive Menschen im Bekannten- oder Familienkreis wirken als Vorbilder. Außerdem sind viele Engagierte mehrfach engagiert, wobei dies als Defizit in Bezug auf die Gewinnung weiterer Engagierter wahrgenommen wird.

Eine große Gruppe der befragten Engagierten ist mittleren Alters (45 – 60), wenige jünger als 35.

Die wachsende Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements angesichts des demografischen Wandels wird von vielen wahrgenommen. Dabei ist durchaus die Bereitschaft vorhanden, sich einzubringen, aber nicht alle Leistungen können durch freiwilliges Engagement erbracht werden: Die Unterstützung vom Staat bzw. von der Kommune wird weiterhin als notwendig betrachtet. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Bereitstellung von Infrastruktur. Die Interviewauswertung deutet darauf hin, dass der Wunsch nach einem „starken Staat“ tatsächlich noch recht ausgeprägt ist, zumindest bei noch in der DDR sozialisierten Personen. Allgemeines Verständnis herrscht demgegenüber dafür, dass Unternehmen als primäres Ziel die Gewinnmaximierung und das Schaffen von Arbeitsplätzen haben.

Im Rückblick auf die Situation bürgerschaftlichen Engagements zu DDR-Zeiten gibt es sowohl die Einschätzung, dass früher festere Strukturen für Bürgerengagement bestanden haben und dieses im Gesellschaftssystem deutlich integrierter und besser verankert war als heute, als auch die Wahrnehmung von Vorteilen in heutiger Zeit bzw. im Gesellschaftssystem der BRD. Die Wahrnehmung, dass Strukturen, die mit der Wiedervereinigung zum großen Teil ersatzlos gestrichen wurden, jetzt ansatzweise wieder aufgebaut werden, löst eine Mischung von Unverständnis, Ärger und Schadenfreude gegenüber den westlichen „Eroberern“ hervor, wenn konstatiert wird, dass all diese Strukturen nun mühsam wieder aufgebaut werden müssen, obwohl sie doch bereits da waren. Viele Vereine haben sich in den Nachwendejahren gegründet: zum einen um Ersatz zu schaffen für Strukturen, die weggebrochen sind, zum anderen aber auch aus der Situation der politischen Bewegtheit heraus (vgl. auch Kap. 3.3.7). Der Kontakt von engagierten Bürger/innen zur Verwaltung bzw. zum Bürgermeister ist überwiegend sehr direkt und schnell (Griff zum Telefonhörer) und Probleme können so schnell angesprochen und oft direkt gelöst werden.

Hemmfaktoren für trisektorale Kooperationsnetzwerke sind:

- unterschiedliche Denk- und Handlungs„mechanismen“
- unterschiedliche Arbeitszeiten/Ablaufstrukturen
- fehlende Partner
- keine Kenntnis voneinander
- finanziell prekäre Situation von Projekten/Einrichtungen
- Rolle/Verantwortung der Medien: Sie sind Informations- und Kommunikationsinstrumente zwischen den Akteuren und können Vernetzung, Einstellungen und das Verhalten mit- und zueinander sowohl positiv als auch negativ beeinflussen
- Der Eindruck, dass zu viele Arbeitstreffen ohne Ergebnisse/Folgeaktivitäten stattfinden
- Unterschiede in der Selbst- und Fremdwahrnehmung der Aufgaben bzw. Rollen der einzelnen Sektoren
- Bestehende Kooperationsstrukturen können in Konkurrenz mit neuen Strukturen treten bzw. als solche empfunden werden.

Folgende Elemente werden als förderlich für bürgerschaftliches Engagement eingeschätzt:

- Etablierung eines kommunalen Netzwerk von Engagierten

- Die Verankerung von bürgerschaftlichem Engagement als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung
- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowohl für öffentlich Bedienstete als auch für Bürger und Unternehmen. Die Weiterbildung für die Verwaltung ist wichtig, um eine engagementfreundliche Verwaltung weiterzuentwickeln. Die Verwaltungsstrukturen und Menschen darin sind überwiegend maximal 17 Jahre jung und bisher sind andere Themen im Vordergrund.
- Vernetzung über Internet, Homepages, Datenbanken etc
- Wichtige Kommunikationsformen in der Zusammenarbeit sind Arbeitsgruppensitzungen und Projekttreffen. Persönliche Treffen sind vor der Kommunikation per Telefon mit Abstand die wichtigste Kommunikationsform.

Langfristige Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Drittem Sektor sind von beiden Seiten erwünscht, aber werden noch kaum umgesetzt.

Die Projektaktivitäten haben bereits einige Vorstöße in den Modellkommunen angeregt. So hat sich in Sondershausen eine Projektgruppe gebildet, die sich im vergangenen Jahr mehrfach getroffen hat, um trisektorale Projektideen zu besprechen. In der Verwaltung ist das Interesse an der Durchführung der „Marktplatz-Methode“ geweckt worden. Der Sondershäuser Gewerbeverein plant, sich stärker mit den Vereinen zu befassen, die Mitglied sind, um hier nicht genutzte Vernetzungspotenziale auszuschöpfen. Sondershausen ist interessiert an einer Vernetzungsstelle für bürgerschaftliches Engagement. Hier müsste allerdings eine Förderung, evtl. durch das Land Thüringen geprüft werden. Eine Idee für künftige intersektorale Projekte ist die Einrichtung eines Bürgerbus-Systems. Sondershausen wird als Gemeinde des Kyffhäuser-Kreises seit Sommer 2007 im Rahmen der Demografie-Modellprojekte durch das BMVBS gefördert und hat so die Möglichkeit, in diesem Rahmen die Themen weiter im Blick zu behalten.

Auch Strausberg plant die Durchführung eines Marktplatzes und zwar schon konkret in 2008. Strausberg ist daran interessiert, eine Bürgerstiftung einzurichten und prüft, ob die Methode für eine Gemeinde dieser Größenordnung überhaupt geeignet ist, das heißt ob das Stiftungskapital ausreicht. Es haben verschiedene intersektorale Gesprächsrunden stattgefunden, die u. a. durch die Städtebesuche angeregt worden sind. Die Städtebesuche (vgl. Kapitel 5.3) haben sich als sehr geeignetes und inspirierendes Instrument erwiesen, die Diskussion über intersektorale Kooperation auch innerhalb der Kommunen anzuregen und sie haben somit die inter- und intrakommunale Vernetzung entschieden gefördert. Für künftige Forschungsprojekte

folgt hieraus die Anregung, derartige Reisen schon am Beginn eines Projektes anzustreben.

Bei einem Blick in die Zukunft der ostdeutschen Zivilgesellschaft stimmt optimistisch, dass in Ostdeutschland gerade die bisher kaum von der gesellschaftlichen Transformation Profitierenden einen erheblichen zivilgesellschaftlichen Beitrag leisten. Im Vergleich mit Westdeutschland ist es die „neue ökonomische Elite“, die sich in unterdurchschnittlichem Maße freiwillig engagiert. Dieses Potenzial gilt es künftig auszuschöpfen (vgl. Gensicke u. a. o. J.). Ob dies gelingt und die ostdeutsche Zivilgesellschaft insgesamt gestärkt werden kann, wird in hohem Maße von der Förderung durch wichtige gesellschaftliche Akteure sowie Organisationen und Institutionen abhängen, aber auch davon, wie sich die freie Wirtschaft einbringt und welche politische Entscheidungen getroffen werden sowie welche Maßnahmen Staat und Behörden umsetzen. Einige zentrale Handlungsempfehlungen werden nachfolgend präsentiert.

Handlungsempfehlungen

Die Handlungsempfehlungen sind nachfolgend programmatisch in zehn Punkten zusammenfassend dargestellt.

1. Flexible Verwaltung

Der Abwanderung gerade auch junger Menschen und den daraus resultierenden Folgen muss von Seiten einer modernen Verwaltung begegnet werden. Hier sind identitätsbildende Maßnahmen erforderlich, die es den abgewanderten Menschen ermöglichen, in Kontakt zu ihrer Heimat zu bleiben. „Heimat-Netzwerke“ oder innovative Raumpartnerschaften in Stadt-Land-Verbänden sind Möglichkeiten, derer sich moderne Verwaltungen bedienen können.

2. Zivilgesellschaftliche Infrastruktur

Für Ostdeutschland ist der Ausbau einer professionellen und dauerhaften Infrastruktur der Engagementförderung, die vorhandene bürgerschaftliche Ansätze unterstützt und neues Engagement anregt, wünschenswert. Eine geeignete Infrastruktur ist zentral wichtig für das bürgerschaftliche Engagement. Dazu zählen nicht nur Engagementstrukturen wie Vereine, Organisationen, Initiativen und Projekte, sondern auch so genannte Freiwilligenagenturen oder auch Nachbarschaftszentren u. ä. Der Aufbau dieser Infrastruktur ist zwar inzwischen auch in Ostdeutschland vorangeschritten, aber die Einrichtungen müssen sich nach wie vor unter im Vergleich

zu Westdeutschland prekären finanziellen Rahmenbedingungen behaupten (vgl. Gensicke u. a. o. J.).

Der Aufbau einer zivilgesellschaftlichen Infrastruktur ist ganz besonders in ländlichen Räumen notwendig. Dort besteht ein großes Potenzial, neue Engagementwillige zu motivieren, ist aber die Engagementbeteiligung im Vergleich zu Westdeutschland – speziell in den Dörfern und kleinen Siedlungen – bislang am weitesten zurück geblieben. In ländlichen, insbesondere in strukturschwachen Regionen ist sowohl die öffentliche als auch die kommerzielle Infrastruktur nur gering ausgebaut bzw. sie wird sogar weiter und zunehmend ausgedünnt. Ein Mindestmaß an öffentlicher Infrastruktur ist allerdings unverzichtbar und Politik und Staat bleiben in der Verantwortung in Zusammenarbeit, dieses Minimum an öffentlicher Infrastruktur zu sichern – mit Unterstützung der Wirtschaft und der Bürger/innen dort, wo es sinnvoll ist. Bürgerschaftliches Engagement eröffnet den Bürger/innen und Unternehmen die Möglichkeit, die Qualität politischer Entscheidungen zu verbessern, indem sie einerseits ihren spezifischen Sachverstand einbringen und andererseits dafür sorgen, dass politische Entscheidungen möglichst nah an ihren Interessen gefällt werden (vgl. auch Beetz 2006, Jakob 2005, Lübking 2003).

Die Funktionen, die bürgerschaftliches Engagement erfüllen kann, werden allerdings durchaus kontrovers diskutiert:

Auf der einen Seite besteht die Ansicht, dass ehrenamtlich engagierte Bürger/innen nicht zum Ersatzdienstleister für Aufgaben werden dürfen, die der Staat nicht mehr ausüben kann oder will. Auch wenn es Aufgaben gebe, die Bürger/innen in Vereinen und Selbsthilfeinitiativen besser erfüllen als staatliche Akteure, dürfe es nicht dazu kommen, dass die Bevölkerung angesichts der Finanzkrise der Kommunen quasi zum Ausfallbürgen des Staates wird. *„Bürgerengagement ist keine abrufbare Ressource und Bürger/innen sind keine ‚Lückenbüßer‘ für einen Staat, der sich zurückzieht“* (Sozialministerium Baden-Württemberg 2004, vgl. auch Klein 2004 und Hamm-Brücher 2003). Dieser Grundsatz beginnt jedoch vor dem Hintergrund knapper Kassen und mangelnder personeller Ressourcen auf kommunaler Ebene zu wanken.

Auf der anderen Seite können schon jetzt können viele Dienste – z. B. in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales – nicht mehr ohne den freiwilligen Beitrag von Bürger/innen geleistet werden. Bürgerengagement könnte noch eine größere Bedeutung z. B. bei der Betreuung Älterer oder Jugendlicher gewinnen oder bei der Integration von Ausländer/innen sowie im Bereich der Stadt- und Gemeinwesenentwicklung – und zwar nicht nur im Rahmen von „zusätzlichen“, sondern auch von „notwendigen“ Aufgaben.

Hierzu ein aussagekräftiges Zitat aus den qualitativen Befragungen: „Ich will mal sagen, wenn die Stadt oder Kommune keine Möglichkeit sieht, seine Bibliothek aufrecht zu erhalten, weil kein Geld da ist, um die Bibliothekare zu bezahlen, dann kann man das auch über bürgerschaftliches Engagement auf gemeinnütziger Ebene machen. Und dann sind wir aber bei einem Schwachpunkt bei uns, was auch immer wieder angemahnt wird: Der Bundespräsident und alle reden darüber und keiner macht es so richtig. Die Würdigung von gesellschaftlichem Engagement, die muss einen ganz anderen Stellenwert kriegen. Die muss nicht nur einen anderen Stellenwert kriegen von der immateriellen Seite, sie muss auch einen anderen Stellenwert kriegen z. B. im Hinblick auf die Fragestellung, wie Aufwendungen der Bürger und der Schutz der Bürger bei dieser Tätigkeit, also Versicherungsfragen, Unfallversicherung und ähnliches, ob Aufwendungen steuerlich absetzbar sind usw. Wenn sich dort der Staat ein bisschen ändern würde, weil der muss sich gewaltig ändern. Und dann gibt es auch noch eine weitere Sache, die ist aber arbeitsmarktpolitisch zu machen, da rennen ja alle Politiker auf Bundesebene mit einem Brett vor dem Kopf herum, die bessere Verteilung der Arbeit auf die Erwerbstätigkeit und die Gemeinnützigkeit. Die muss ganz anderes geregelt werden.“ (P 39: 207).

3. Engagement und Erwerbsarbeit

Ausschließlich zivilgesellschaftliche Strukturen zu berücksichtigen, würde das Problem der hohen Arbeitslosigkeit in ostdeutschen Ländern sowie die ostdeutsche Realität eines sehr präsenten öffentlichen Sektors, der sich in absehbarer Zeit auch nicht zurückziehen kann und wird, verkennen. Daher soll auch die Einbindung der Wirtschaft in die Steuerungs- und Entwicklungsaktivitäten des öffentlichen Sektors gefördert werden. Hierzu müssen Staat und Verwaltung Rahmenbedingungen schaffen, mit deren Hilfe es den Bürgern überhaupt ermöglicht wird, sich aktiv und dauerhaft in die Gesellschaft einzubringen. Denn wie die Praxis zeigt, erfordern gerade Schrumpfungsprozesse flexible Lösungen unter Nutzung aller vorhandenen Ressourcen vor Ort. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören auch Aufwandsentschädigungen für freiwilliges Engagement oder sogar kleine Anerkennungsprämien, die der finanziell angespannten Lage vieler Bürger/innen Rechnung tragen.

Im Bereich der Wirtschaft kann eine stärkere Anerkennung des freiwilligen Engagements sowohl durch Unterstützung z. B. in Form von Freistellungen durch den Arbeitgeber erfolgen als auch durch Berücksichtigung der Bildungseffekte von Engagement (Erwerb bzw. Erhalt von Kompetenzen), die auch im Arbeitskontext relevant sind. Purwin (2001) beispielsweise misst freiwilligem Engagement als Baustein selbstbestimmter Lernarrangements eine gleichwertige Bedeutung wie dem Lernen in

Bildungsinstitutionen zu. Er empfiehlt, zukünftig freiwilliges Engagement als eigeninitiierte und eigenverantwortliche Qualifizierung in der Beschäftigungspolitik zu berücksichtigen und als gleichberechtigte Möglichkeit zu Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen der Arbeitsförderung einzustufen.

Unternehmerisches Engagement in Ostdeutschland sollte primär in solchen Handlungsfeldern angesetzt, welche zur Attraktivität des Standortes sowie des Betriebes beitragen. Dadurch könnten potenzielle Arbeitnehmer in der Region gehalten sowie Zu- und Rückwanderung insbesondere von Fachkräften und Unternehmensgründungsaktiven gefördert werden. Primäre Zielgruppen bzw. Handlungsfelder für bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen sind vor diesem Hintergrund Jugend, Familie und möglicherweise „ältere“ Arbeitnehmer mit Berufserfahrung. Diesbezügliche Aktivitäten richten sich auf die Förderung von berufsrelevanten Kompetenzen und Qualifikationen sowie auf die Verbesserung der Familienfreundlichkeit sowohl des lokalen Umfeldes als auch im Unternehmen. Hierfür sind Partnerschaften mit entsprechenden Einrichtungen (z. B. Schulen, Fachhochschulen, pädagogische Einrichtungen) denkbar. Die intersektorale Einbindung könnte ebenfalls in Stadtmarketing- und Stadtentwicklungsprozessen sowie Kooperationsprojekten wie z. B. lokalen Bündnissen für Familie realisiert werden.

4. Finanzielle Rahmenbedingungen

Dieser Punkt schließt an den vorherigen an: Es sollte durch geeignete Programme sichergestellt werden, dass mögliche Unkosten aus dem Engagement kompensiert werden. Steuerrechtliche Vorteile beim Einkommen bringen Beziehern von Arbeitslosengeld und Renten nicht allzu viel. Die Notwendigkeit zur Stabilisierung der oft sehr prekären ökonomischen Basis ist bereits benannt worden. Grundsätzlich gilt es auch bürokratische Hürden abzubauen.

5. Aktivierung des Engagementpotenzials durch persönliche Ansprache

Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Aktivierung des Engagementpotenzials in den neuen Bundesländern besteht in einer aktiven und niedrighschwelligen Ansprache unterschiedlicher Gruppen engagementbereiter Bürgerinnen und Bürger. Potenziell engagementbereite Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland finden nicht so sehr aufgrund ihrer Einbindung in soziale Milieus oder durch Ansprache durch entsprechende Organisationen zu ihrem Engagement, sondern die Zugangswege hängen sehr stark von persönlichen Entscheidungen und Eigenaktivitäten potenziell Engagementbereiter ab (vgl. Gensicke u. a. o. J.). Um die Zugangswege zum Engagement zu erleichtern, bieten sich also Formen der niedrighschwelligen und persönlichen Ansprache – z. B. über Schlüsselpersonen des lokalen Umfeldes – für

unterschiedliche Engagementbereiche an. So könnten Schlüsselpersonen in kleineren Gemeinden, wie z. B. der/die Bürgermeister/in oder Vereinsvorsitzende, auf Bürgerinnen und Bürger aktiv zuzugehen, um sie für bestimmte Tätigkeiten zu motivieren. Diese Personen, die als Meinungsträger in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, haben Vorbildcharakter und können beispielsweise auch dazu beitragen, Sponsoren, zu gewinnen. In diesen Bereich gehört auch die gezielte Ansprache von Rück- und Zuwanderern. Menschen, die von ihrem Heimatort weggezogen sind und nach einiger Zeit zurückkommen, sind möglicherweise besonders daran interessiert, soziale Kontakte in ihrem ursprünglichen Heimatort zu knüpfen und sich in das Leben der örtlichen Gemeinschaft einzubringen. Dies gilt auch für Zuwanderer aus dem In- und Ausland. Freiwilliges Engagement ist ein sehr geeignetes Instrument, um sich in einer neuen Umgebung zu vernetzen und heimisch zu werden. Dies setzt aber eine Offenheit der Initiativen, Vereine und Verbände für Neuankömmlinge voraus.

6. Engagementzugänge im Bildungssystem

In der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts sind Bildung und gleiche Bildungschancen wieder zu einer der wichtigsten politischen Aufgaben geworden. (vgl. www.jena.de/fm/41/bildungslandschaften.pdf). Eine Reihe internationaler Bildungsstudien (PISA, IGLU, TIMMS) hat in den letzten Jahren gezeigt, dass die Bildung als wichtigste Zukunftsressource in Deutschland nach wie vor nicht optimal angeboten, vermittelt und nachgefragt wird. Viele Initiativen von den Bemühungen um die Steigerung der Quote der Hochschulabsolventen, um die europäische Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die Exzellenzinitiative bis hin zum Paradigmenwechsel von der Betreuung zur Bildung in Kindertageseinrichtungen haben auf diese Hinweise reagiert. Trotz der zentralen Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft ist der Bildungsbereich in den Neuen Ländern, in dem in besonderem Maße der Geburtenrückgang und die Folgen der Abwanderung spürbar sind, von Kürzungen und damit auch von qualitativen Einbußen betroffen. Kooperationen zwischen Staat, Wirtschaft und Drittem Sektor in der kommunalen Bildungslandschaft haben das Potenzial, Bildungsangebote und -strukturen qualitativ und quantitativ zu verbessern. Ein erweiterter Bildungsbegriff umfasst auch die Jugendhilfe, die Familie als zentralen Lernort und den Elementarbereich als Bildungsort.

Ziel sollte die Schaffung eines tragenden kommunalen Bildungsnetzwerks sein, das die Abstimmung der kommunalen Prozesse der Bildung, Erziehung und Betreuung ermöglicht und die Qualität der kommunalen Bildungslandschaften evaluierend begleitet. Für die Nutzbarmachung der Bildungsressourcen bedarf es einer Verbesserung der Zusammenarbeit von allen für Bildung relevanten kommunalen

Akteuren und Institutionen und die Öffnung für bürgerschaftliches Engagement (z. B. von Schulen, Jugendgruppen, Unternehmen, Eltern, Kultureinrichtungen).

7. Leitbild Bürgerengagement

Sowohl die Auswertung des Freiwilligensurveys als auch die empirisch gewonnenen Ergebnisse (vgl. Kap. 3) sowie die Auswertung qualitativer Studien zu Bürgerengagement in Ostdeutschland (vgl. auch Gensicke u. a. o. J.) haben gezeigt, dass das gesellschaftspolitische Leitbild der Bürgergesellschaft und das Image des freiwilligen bzw. bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland weder kulturell tief verankert noch klar profiliert sind. So ist etwa deutlich geworden, dass die Bürger in den neuen Bundesländern freiwilliges Engagement eher mit einer selbstverständlichen Praxis des Helfens im Alltag und mit Verpflichtung assoziieren als dass sie sich als aktives Mitglied eines politischen Gemeinwesens verstehen. Insofern wird von politischen Entscheidungsträgern, insbesondere auf der lokalen und regionalen Ebene, die Bedeutung einer Anerkennungskultur und einer professionellen Infrastruktur zur Förderung und Unterstützung des Engagements oft ebenso unterschätzt wie die produktive Rolle dieses Engagements für die Weiterentwicklung des Gemeinwesens. Es ist daher gerade hier besonders wichtig, durch Angebote der Information und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch geeignete Formen der Qualifizierung das Leitbild „Bürgergesellschaft“ stärker in der Alltagskultur Ostdeutschlands zu verankern.

Ein Baustein sollte das Angebot von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an öffentlich Bedienstete in den kommunalen Verwaltungen und Ministerien der Länder sein, die die Praxis lokaler Bürgergesellschaft und die Integration von Bürgerbeteiligung in die Verwaltungsabläufe zum Thema haben. Dieses Thema könnte auch in bestehende Fortbildungsangebote integriert werden. Gleichfalls sind Bildungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte sinnvoll.

Darüber hinaus wäre durch geeignete Formen der Organisationsberatung und -entwicklung darauf hinzuwirken, dass Leitbild- und Organisationsentwicklungsprozesse sowohl im öffentlichen als auch im freigemeinnützigen Bereich unter Einbezug der zivilgesellschaftlichen Perspektive erfolgen, um eine Öffnung von Einrichtungen, Diensten und Organisationen gegenüber der Zivilgesellschaft zu einer normalen und alltäglichen Handlungsorientierung dieser Organisationen zu machen (vgl. Enquete-Kommission 2002). Ohne eine Öffnung von Schulen, Krankenhäusern, Einrichtungen der Jugendhilfe und Altenarbeit für zivilgesellschaftliche Akteure und Handlungsressourcen bleiben Maßnahmen der Förderung und Unterstützung freiwilligen Engagements

schmückendes Beiwerk für ansonsten engagementfremde Strukturen und dieses Engagement bleibt auf die Lücken und Nischen eines ansonsten durch Markt und Staat geprägten Institutionensystems beschränkt.

Das Leitbild Bürgerengagement sollte einhergehen mit einem Bewusstsein für die Bedeutung von intersektoraler Zusammenarbeit. Die Erfahrungen des Projekts Partizipative Kommune haben gezeigt, dass es relativ schnell gelingen kann, auf kommunaler Ebene eine Aufmerksamkeit für bi- und trisektorale Zusammenarbeit zu schaffen.

8. Anerkennung

Die Anerkennung und Wertschätzung von bürgerschaftlichem Engagement unterstützt die Entstehung sozialer Identität. Spätestens seit dem Bericht der Enquête-Kommission (vgl. Enquête-Kommission 2002) ist bekannt, welche Bedeutung die Entwicklung einer Anerkennungskultur für die Würdigung und Wertschätzung des Engagements haben kann. Hierzu gehören sowohl traditionelle Formen der Ehrung und Würdigung in Form von Auszeichnungen, Feiern, Geschenken etc. als auch neue Formen, die den freiwillig Engagierten handfeste Vorteile z. B. bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gewähren können. Wie die bisherige Forschung zeigen konnte, sind die einzelnen Elemente der Anerkennungskultur nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleich attraktiv. Während ältere Menschen durchaus Jubiläumsfeiern, Auszeichnungen und Ehrungen wertschätzen, sind jüngere Leute eher an einer Form der Anerkennung interessiert, die an ihren lebensphasenspezifischen Bedürfnissen und Interessen, z. B. im Hinblick auf Lern- und Bildungsprozesse, die Einfädelung in den Arbeitsmarkt etc. anknüpfen. Es wird daher auf lokaler bzw. regionaler Ebene darauf ankommen, den richtigen Mix an Formen der Anerkennung im Hinblick auf die jeweilige Bevölkerungsstruktur und die gegebenen Bedürfnis- und Interessenlagen zu entwickeln. Formen der finanziellen Anerkennung sind dabei besonders heikel und daher sensibel auszugestalten (vgl. Punkt 3 und 4). Um das Kriterium der Unentgeltlichkeit des freiwilligen Engagements nicht zu verletzen, sollte sorgfältig darauf geachtet werden, dass finanzielle Entschädigungen sich auf tatsächliche Unkosten bzw. Auslagen beziehen. Diese Unkostenerstattung ist gerade in Ostdeutschland besonders wichtig, da hier die Einkommen geringer ausfallen.

9. Beteiligung und Mitbestimmung von Engagierten

In dem Maße, wie Bürgerinnen und Bürger durch ihr freiwilliges Engagement kommunale Aufgaben der Daseinsvorsorge mit übernehmen, werden sie auch daran interessiert sein, ihre Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten zu erweitern. Dieser Zusammenhang ist bei der Entwicklung lokaler bzw. regionaler Projekte wie

Bürgerbäder, freiwillig geführte Bibliotheken, Bürgerbusse etc. von hoher Bedeutung. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich in solchen Projekten engagieren, wollen von öffentlichen Institutionen und Vertretern der Wirtschaft als ebenbürtige Partner akzeptiert und in sie betreffende Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dies erfordert die Entwicklung neuer Entscheidungsverfahren, Trägerstrukturen und rechtlicher Organisationsformen, in denen die Verantwortlichkeiten und Leistungsbeiträge sowohl der Bürgerinnen und Bürger, der örtlichen Politik und Verwaltung als auch der Wirtschaft miteinander kombiniert werden können (z. B. in Form von Bürgerstiftungen, gemeinnützigen GmbHs etc.) . Soweit hierfür eine Weiterentwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen erforderlich ist, sollten diese Bedarfe identifiziert und gegenüber dem Gesetzgeber artikuliert werden (vgl. Gensicke u. a. o. J.).

10. Integrative (politische) Konzepte

Gute wirtschaftliche Bedingungen und das Vorhandensein von Arbeitsplätzen bzw. Unternehmen, ein guter Bildungsstand und ein bürgerschaftlich aktives Umfeld wirken sich förderlich auf das freiwillige Engagement aus. Damit wird deutlich, dass eine zivilgesellschaftliche Weiterentwicklung eines lokalen Gemeinwesens eine enge Verknüpfung von Engagement-, Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik erfordert. Eine erfolgreiche Regionalentwicklung hängt von einer guten Vernetzung zwischen örtlicher Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ab. Eine integrierte Strategie regionaler bzw. lokaler Wirtschaftsförderung, Bildungs-, Sozial- und Engagementpolitik könnte also dazu beitragen, die Voraussetzungen für zivilgesellschaftliche Organisationsformen und die Motivation für freiwilliges Engagement zu stärken und zu stabilisieren.

Es braucht dabei ein Bewusstsein und eine Akzeptanz dafür, dass es auch um die Übergabe von Teilen der Macht und Kompetenzen auf Bürger/innen, die sich engagieren geht, wenn relevante gesellschaftliche Institutionen und Organisationen in den Bereichen Politik, Verwaltung, Bildung, Kultur und Soziales sich für Initiativen engagierter Bürger/innen öffnen.

Offene Forschungsfragen:

Folgende Fragestellungen und Forschungsaspekte verdienen es, in künftigen Studien Aufmerksamkeit zu finden (vgl. auch Gensicke u. a. o. J.):

- Es gilt die gewonnenen Erkenntnisse über Erfolgsfaktoren der Kommunalvernetzung auf verschiedenen Ebenen zu verbreiten, in laufende Diskussionsprozesse einzubringen und neue Diskussionsprozesse in Gang zu setzen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage einer Übertragbarkeit der Ergebnisse nicht nur

auf andere ostdeutschen Kommunen, sondern auch auf westdeutsche (Ruhrgebiet und Saarland sind z. B. vom Bevölkerungsrückgang bedroht). Europäische Vergleiche mit erfolgreichen partizipativen Kommunen bieten sich darüber hinaus an.

- Keiner der drei betrachteten Sektoren ist in sich homogen: Es gibt sowohl innerhalb der Verwaltung, in einem Unternehmen als auch im Dritten Sektor (Vereine, Verbände, engagierte Bürger/innen...) Akteure mit teilweise unterschiedlichen Interessen und unterschiedlich ausgeprägten Vernetzungen. Hier können nur tiefgreifende Fallstudien differenzierte Strukturen aufzeigen.
- Moderne Formen von bürgerschaftlichem Engagement treten in Deutschland neben und teilweise an die Stelle von klassischem Ehrenamt und zwar in einem Prozess der Pluralisierung, der zumindest noch nicht zu einem klaren Modell bürgerschaftlichen Engagements geführt hat, sondern zu einem „Nebeneinander von ‚neuem‘ und ‚altem Ehrenamt‘, zivilgesellschaftlicher Aktivität und bürgerschaftlichem Bestreben“ (Zimmermann 2007). Dieser Befund gilt für Ostdeutschland in spezieller Weise, da hier die Ausgangssituation eine andere war als in Westdeutschland. Das heißt, dass hier die neuen Engagementformen andere alte Strukturen überlagern und von diesen „traditionellen“ Formen auch etwas anders geprägt werden. Diese Entwicklung sollte weiter aufmerksam verfolgt werden.
- Weitere Studien sollten die Wirkungen von bürgerschaftlichem Engagement auf die regionale Identität der engagierten Bürger/innen untersuchen und erforschen, ob es zu einem größeren Bleibe- bzw. Rückkehrwunsch beiträgt.
- Um das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen in geeigneter Weise zu fördern, bedarf es noch genauerer Kenntnisse über die Situation ostdeutscher Unternehmen, ihrer Bedarfe und Interessen zur Mitwirkung vor Ort.
- Der Befund, dass bürgerschaftliches Engagement insbesondere bei Jugendlichen und Arbeitslosen in Ostdeutschland stärker arbeitsmarktbezogen motiviert ist, gibt Unternehmen eine potenziell stärkere Rolle bei Ansätzen und Maßnahmen zur Ausschöpfung des Engagementpotenzials. Entsprechende Maßnahmen, bei denen der Erwerb von Qualifikationen und eine Berufsorientierung möglich sind, sollten gemeinsam mit Unternehmen entwickelt, angeboten und kommuniziert werden.
- Hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen konnte festgestellt werden, dass keine repräsentativen Studien verfügbar sind, die den Kenntnisstand, Aktivitäten, Motive und Nutzen des unternehmerischen Engagements differenziert nach Ost und West untersuchen. Um das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen allerdings in geeigneter Weise zu fördern, bedarf es genauerer Kenntnisse über die Situation ostdeutscher Unternehmen, ihrer Bedarfe und Interessen zur Mitwirkung vor Ort.

- Es hat sich ganz allgemein gezeigt, dass es nur sehr wenige Studien zu bürgerschaftlichem Engagement gibt, die sich mit der speziellen Situation in Ostdeutschland beschäftigen. Ein Forschungsdefizit existiert damit hinsichtlich spezifisch ostdeutscher Engagementbiografien und Verlaufsformen des Engagements sowie hinsichtlich der konkreten Interaktionsprozesse zwischen unterschiedlichen Akteuren in Initiativen, Projekten, Vereinigungen und weiteren Organisationsformen des Engagements. Genauso gibt es nur sehr wenige Ost-West-vergleichende Studien.
- Da es auch bislang praktisch keine qualitativen Längsschnittstudien zum freiwilligen Engagement in Ostdeutschland gibt, lassen sich keine empirisch abgesicherten Aussagen zum Wandel von Motiven und Formen des Engagements im Verlaufe der Biografie sowie über den Wandel von subjektiven Orientierungen und Ausdruckformen des Engagements über längere Zeiträume hinweg treffen. Mit Hilfe von Wiederholungsbefragungen könnte überprüft werden, inwieweit die Beendigung bzw. die Aufnahme von Engagements in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen mit biografischen Konstellationen, Problemlagen und Erfahrungen zusammenhängen bzw. in welchem Ausmaß die Weiterführung, Beendigung oder Neuaufnahme von Engagements primär mit äußeren Gelegenheitsstrukturen oder mit biografisch-lebensgeschichtlichen Ereignisabläufen zusammenhängen.
- Forschungsbedarf gibt es weiterhin hinsichtlich der Frage, auf welche Weise ostdeutsche Akteure mit veränderten Anforderungslagen und neuen biografischen Konstellationen bzw. biografischen Brüchen umgehen: Entwickeln sie neue, subjektiv sinnhafte und befriedigende Beteiligungsformen an Erwerbsarbeit, Familienarbeit und freiwilligem Engagement? Hier ist insbesondere der Blick auf Brüche und Übergänge zwischen freiwilligem Engagement und Erwerbsarbeit interessant. Die möglichen Übergänge und Interdependenzen zwischen dem System der Erwerbsarbeit und dem freiwilligen Engagement sind sowohl für junge Menschen in der Übergangsphase zum Beschäftigungssystem als auch für Erwerbslose, langzeitarbeitslose ältere Menschen sowie Vorruhestandler relevant.
- Weiterhin gibt es bislang kaum Studien über die organisationale Einbettung des Engagements in Vereine, Initiativen und Verbände in Ostdeutschland. Wie gehen ostdeutsche Vereinigungen und Organisationen mit (potenziell) freiwillig Engagierten um, wie gestalten sie die Eintrittswege in die Organisation, die Phase der Einarbeitung bzw. des Eingewöhnens, welche Formen der Arbeitsteilung zwischen freiwillig Engagierten und Hauptamtlichen haben sich herausgebildet und welche Formen der Anerkennung sind entwickelt worden?
- Abschließend ist festzustellen, dass sich die meisten bisherigen Untersuchungen mit den Engagierten beschäftigen und Untersuchungen über engagementferne Bürger fehlen.

Literaturverzeichnis

- Backhaus-Maul, H./Elbert, O./Jakob, G./Olk, T. (Hrsg.) (2003): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven, Leske + Budrich, Opladen
- Beetz, Stephan (2006): Ländliche Politik im demographischen Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Frankfurt am Main, 21 – 22/2006: Kommunen im Wandel. Frankfurt am Main, S. 25 – 31.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2004): 2. Freiwilligensurvey 2004 – Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Bürgerschaftliches Engagement
- Bohnsack, R. (1999): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. 3. Auflage. Opladen
- Diekmann, Andreas (2003): Empirische Sozialforschung : Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 10. Aufl. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“/Deutscher Bundestag (2002): Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen
- Flick, U./von Kardorff, E./Keupp, H./von Rosenstiel, L./Wolff, Stephan (Hrsg.) (1991). Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: PVU.
- Flick, U. (1995). Qualitative Forschung – Theorien, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Reinbek: Rowohlt.
- Flick, U. (1996): Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. 2. Auflage. Hamburg
- Förster, P. (2002): Junge Ostdeutsche im Jahr 12 nach der Vereinigung: Die Generation der zweifach Enttäuschten. URL: http://www.bundesstiftung-rosaluxemburg.de/Einzel/foerster/doc/foerster_studie.pdf
- Gensicke, T. (2002): Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Bundesländern. Ergebnisse des Freiwilligensurveys 1999. URL: http://www.das-parlament.de/2001/25_26/Beilage/005p.pdf
- Gensicke, T./Olk, T./Reim, D./Schmithals, J.: „Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde“ (bislang unveröffentlicht)
- Friedrichs, J. (1990): Methoden empirischer Sozialforschung. 14. Auflage. Opladen

- Gillwald, K. (1997): Ein Fall von Car Sharing: Umweltentlastung durch soziale Innovation. Berlin
- Götz, K. u. a. (1998): Mobilitätsstile – ein sozial-ökologischer Untersuchungsansatz. Forschungsbericht Stadtverträgliche Mobilität. Band 7. 2. überarb. Auflage. Frankfurt am Main
- Hamm-Brücher, Hildegard (2003): Reformstau in Sachen Demokratie: Bürgerengagement tut Not. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 5 – 10.
- Hopf, C./Weingarten, E. (Hrsg.) (1993): Qualitative Sozialforschung. 3. Auflage. Stuttgart
- Iser, W. (1993). Prospecting: from reader response to literary anthropology. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press.
- Jakob, Gisela (2005): Infrastruktureinrichtungen zur lokalen Engagementförderung. Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit: Bürgerschaftliches Engagement, Unbegrenzte Möglichkeiten?, Deutscher Verein. Berlin, 36. Jahrgang, 4/2005, S. 76 – 85.
- Klein, Ansgar (2004): Engagementpolitik und Engagementförderung in Deutschland. In: Rosenzweig, Beate, und Ulrich Eith (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach am Taunus, S. 31 – 45.
- Kocks, M. (2003): Der demographische Wandel in Deutschland und Europa. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum – von europäischen Erfahrungen lernen? Informationen zur Raumentwicklung 12/2003. Bonn. S. I – V
- Kröhnert, S./Medicus, F./Klingholz, R. (2006): Die demografische Lage der Nation, dtv, München
- Kromrey; H. (2002): Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Auswertung. 10. vollständig überarb. Aufl. Opladen, Leske + Budrich
- Legewie, H. (2001). Gemeindepsychologische Stadtteilforschung im historischen Zentrum von Florenz – Ein Erfahrungsbericht. Rundbrief Gemeindepsychologie, Bd. 7(2), 24-34.
- Leitfaden Zivilgesellschaftliche Infrastruktur in (Ost-)Deutschland (o. J.): Ergebnis des Projekts Partizipative Kommune (siehe www.nexus-berlin.com). Noch unveröffentlicht

- Lübking, Uwe (2003): Bürgerschaftliches Engagement – für Kommunen unverzichtbar. In: Thomas Olk (Hrsg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 108 – 114.
- Mayring, P. (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. Forum Qualitative Sozialforschung, Volume 1, No. 2, URL: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-00/2-00mayring-d.htm>. Stand:Februar 2006
- Mayring, P. (1993): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlage und Techniken. 4. erweiterte Auflage. Weinheim
- Meister, H.-P. (2003): Regionale Netzwerke zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung – Erfahrungen der Initiative für Beschäftigung! In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen. Opladen, S. 249 – 262
- Priller, E./Winkler, G. (2002): Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland, in: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Partizipation und Engagement in Ostdeutschland. Opladen
- Rappaport, J. (1995). Empowerment meets narrative: Listening to stories and creating settings. *American Journal of Community Psychology*, 23, 795–805.
- Reißig, R. (2002): Ostdeutsche Transformation und Integration neu denken und gestalten. URL: http://www.biss-online.de/index_html.htm
- Reusswig, F. (2001). Aus dem Auge aus dem Sinn? Probleme sinnlicher Kontrollierbarkeit globaler Umweltveränderungen. *Politische Ökologie*, 69, S. 14-18.
- Schnell, R. u. a. (2005): Methoden empirischer Sozialforschung. 7., völlig überarb. u. erw. Aufl. München, Oldenbourg
- Schnell, R./Hill, P. B./Esser, E. (1999): Methoden der empirischen Sozialforschung. 6. Auflage. München/Wien
- Schophaus, M. (2001). Bürgerbeteiligung in der Lokalen Agenda 21 in Berlin. Discussion Paper: FS II 01 - 306. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Schophaus, M./Dienel, H.-L. (2003): Die Bürgerausstellung. In: Astrid Ley/Ludwig Weitz (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, S. 83-90.
- Sozialministerium Baden-Württemberg – Stabstelle Bürgerengagement (Hrsg.) (2004): Wege in der Bürgergesellschaft. Ein Leitfaden für die Praxis. Stuttgart.

Witzel, A. (2000). Das problemzentrierte Interview. Forum Qualitative Sozialforschung, Volume 1, No. 1, URL: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-00/1-00witzel-d.htm>. Stand: Februar 2006

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildungen

Abbildung 1.1: Projektdesign

Abbildung 3.1: Das Alter der Befragten

Abbildung 3.2: Die Dauer des bürgerschaftlichen Engagements

Abbildung 3.3: Zeitpunkt des Zuzugs an den jetzigen Wohnort

Tabellen

Tabelle 3.1: Verteilung der Befragten auf Kommunen und Sektor

Tabelle 3.2: Das Alter der Befragten

Tabelle 5.1: Ergebnisse des Expertenworkshops

Anhang

Übersicht

Anhang 1: Leitfaden der qualitativen Befragung

Anhang 2: Zusatzfragebogen

Anhang 3: Überblick über Vorträge und Publikationen

Anhang 4: Kommunenportraits

Anhang 5: Übersicht über Experten-Workshop und Auftaktveranstaltung

Anhang 1: Leitfaden der qualitativen Befragung

Beispielfrageleitfaden für den Sektor Bürger/innen (die Frageleitfäden für die Befragung von Vertreter/innen der Sektoren Verwaltung und Wirtschaft unterscheiden sich nur punktuell).

Frageleitfaden Experteninterviews Partizipative Kommune

B

Vorab Einleitungssätze:

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für ein Gespräch mit uns genommen haben.

In unserem Projekt befassen wir uns mit den Themen:

- Bürgerschaftliches Engagement und
- Kooperationen zwischen engagierten Bürger/innen bzw. Vereinen o. ä., Unternehmen und Politik/Verwaltung.

→ Es geht um die zukunftsorientierte Entwicklung ostdeutscher Kommunen.

In unserem Interview soll es um diese eben genannten Themen gehen.

Ich möchte Sie dabei in Ihrer Rolle als... befragen. Dabei sind Ihre persönlichen Erfahrungen, Gedanken, Meinungen und Einstellungen für uns wichtig. Deshalb bitte ich Sie, einfach zu erzählen, was Ihnen einfällt. Wenn ich etwas nicht verstanden habe oder noch genauer wissen möchte, werde ich nachfragen.

Hinweis auf Anonymisierung und Interviewaufzeichnung

Angebot eines Interviewvertrags

1) Erfahrungen mit bürgerschaftlichem Engagement

1a) In welcher Weise haben oder hatten Sie mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun?

Nachfragen:

- In welchen Bereichen/Tätigkeitsfeldern/Aufgaben
- Mit welchem Umfang/Zeitaufwand waren/sind die Aufgaben verbunden (gewesen)?
- Was hat (jeweils) den Anstoß gegeben, dass Sie sich in dem Projekt/den Projekten engagiert haben?
- Was motiviert Sie heute, sich bürgerschaftlich zu engagieren?

1b) Seit wann engagieren Sie sich?

1c) Erzählen Sie doch mal, welche Erfahrungen Sie mit den Projekten, in denen sie sich engagiert haben gemacht haben?

Nachfragen:

(wenn mehrere Projekte genannt werden, jeweils für die einzelnen Projekte nachfragen)

- Welche positiven / negativen Erfahrungen haben Sie in den Projekten gemacht?
- *(Bei Engagement bereits zu DDR-Zeiten:)* Wie ging es nach der Wiedervereinigung damit weiter?
- Welche Veränderungen haben Sie bei Formen und Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement im Zuge der Wiedervereinigung wahrgenommen?
- Gab/Gibt es ausreichend Engagierte? Wie werden diese gewonnen?

1d) Wenn Sie jetzt mal Bilanz ziehen: Was hat Ihnen in Ihrem Bürgerschaftlichen Engagement besonders geholfen? Was erleben Sie als besonders schwierig, hemmend?

Nachfragen:

- Welche Erfolgs- bzw. Hemmfaktoren spielen auf diesen Ebenen besonders eine Rolle: Organisation/Verein/Initiative/Gruppe, Stadt, Land, Arbeitgeber?
- Welche Bedeutung haben Infrastrukturen, z. B. Vermittlungsagenturen, Vereine/Organisationen, Bürgerstiftungen (finanzielle Ressourcen)
(Kenntnis und Nutzung der Ehrenamtsagentur Sondershausen?)
- Werden Förderprogramme in Anspruch genommen? Welche? Welche Schwierigkeiten bestehen hier eventuell?
- Inwieweit tragen Fort- und Weiterbildungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bei?
- Welche Schlüsselpersonen sind wichtig? Und wie werden diese gewonnen?
- Welche Bedeutung haben Formen der Anerkennung (z. B. Urkunden, Dankeschön-Feste)
- Welche Rolle spielen neben Mitwirkungsmöglichkeiten auch Entscheidungsspielräume (z. B. über den Einsatz finanzieller Ressourcen, die Durchführung bestimmter Projekte)?

1e) Wie schätzen sie die aktuelle Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements für Ihre Stadt ein?

Nachfragen:

- Hat sich die Bedeutung in den letzten fünf bis zehn Jahren verändert? Wenn ja, in welcher Weise?
- Wie schätzen Sie die zukünftige Bedeutung ein?
- Viele sagen, dass man ohne bürgerschaftliches Engagement bestimmte Angebote in einer Stadt gar nicht mehr aufrechterhalten kann, wie z. B. öffentliche Schwimmbäder oder Kulturangebote. Wie sehen Sie das denn?
- In welchen Bereichen, können Sie sich vorstellen, dass BE zur Entwicklung ihrer Stadt beiträgt?

1f) Welche Wünsche haben Sie an eine Veränderung der Rahmenbedingungen Ihrer Tätigkeiten / Ihres Engagements?

Nachfragen:

- Welche Wünsche haben Sie an eine Weiterentwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements?
- Gibt es Infrastrukturen, die fehlen oder nicht genügend vorhanden sind (Vermittlungsagenturen, Verbandsstrukturen, Vereine...)?
- Welche Vorschläge haben Sie selbst dazu?
→ Überleitung zu 2)

2) Intersektorale Vernetzung

2a) Wenn ich Ihnen die drei Sektoren noch einmal vor Augen führe, also erstens engagierte Bürger/innen bzw. Vereine, Verbände u. ä. Strukturen, zweitens Unternehmen, drittens Politik und Verwaltung: Haben Sie Erfahrung mit der Zusammenarbeit mit Akteuren aus anderen Sektoren? *(bei mehreren Projekten nacheinander erfragen)*

2b) Bitte beschreiben Sie, auf welche Weise diese Kooperationen stattfinden?

Nachfragen:

- Beschreiben Sie bitte die Ziele der Zusammenarbeit.
- Werden Zwischenziele vereinbart?
- Wird das Erreichen dieser Ziele überprüft?
- Werden klare Zeitpläne aufgestellt?
- Gibt es spezielle Personen, die in diesen Kooperationen wichtig sind?

- Gibt es einen ausreichenden Anteil hoch motivierter Teilnehmer? (d. h. nicht nur Leute, die von anderen beauftragt wurden)

2c) Wie zufrieden sind sie mit der Zusammenarbeit?

(ggf. für jeweils die beiden anderen Sektoren einzeln nachfragen)

Nachfragen:

- Was trägt ihrer Einschätzung nach entscheidend zum Erfolg der Kooperationen bei?
- Was sind Schwierigkeiten, die auftauchen?
- Wie werden die Schwierigkeiten gelöst (erfolgreich/weniger erfolgreich, warum?)
- Sind Sie selbst auch in den anderen Sektoren vertreten?

2d) Haben Sie Wünsche an eine Verbesserung der Zusammenarbeit?

- Wünsche an eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit?
- Haben Sie konkrete Wünsche an die Unternehmen?
- Haben Sie konkrete Wünsche an die Verwaltung?
- Welche bürgerschaftlichen Projekte, bei denen alle drei Sektoren zusammenarbeiten, können Sie sich zukünftig vorstellen? Welche Bedeutung hat eine Vernetzung der Sektoren für diese Projekte?
 - ➔ Angebot, einen Wunsch auf einer Karteikarte zu formulieren und in unsere „Ideenschachtel“ zu werfen

Einen ganz herzlichen Dank für das Interview. Möchten Sie gerne noch etwas ergänzen, dass bislang noch nicht angesprochen ist?

- Zusatzfragebogen austeilen.
- Anfrage nach Beteiligung an einer Bürgerausstellung
- Kennen Sie Personen, die an unserem Projekt interessiert sein könnten und die wir in unsere Kontaktliste aufnehmen sollten?
- Weitere Informationen?

Anhang 2: Zusatzfragebogen

Partizipative Kommune

Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen

**Fragebogen**

1. Wann etwa haben sie begonnen sich zu engagieren? _____

2. Wenn Sie mit Vertretern aus den Sektoren zusammenarbeiten, in welcher Form findet die Zusammenarbeit statt?

- Projekttreffen
- Arbeitsgruppen
- Ausschüsse
- Bündnisse
- Sonstiges: _____

3.1.1) Welche Bedeutung haben folgende Kommunikationsformen für die Zusammenarbeit

mit der Stadtverwaltung ?

Persönliche Treffen

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Telefonate

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Email / Internet

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Briefverkehr / Rundschreiben

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Sonstige: _____

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

3.1.2) Wie häufig sind die Kontakte?

mehrmals wöchentlich etwa 1 Mal pro Woche etwa 1 Mal pro Monat etwa halbjährlich etwa 1 Mal pro Jahr

unregelmäßig anderer Turnus _____

3.2.1) Welche Bedeutung haben folgende Kommunikationsformen für die Zusammenarbeit

mit Bürgern & Vereinen?

Persönliche Treffen

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Telefonate

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Email / Internet

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Briefverkehr / Rundschreiben

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Sonstige: _____

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

3.2.2) Wie häufig sind die Kontakte?

mehrmals wöchentlich etwa 1 Mal pro Woche etwa 1 Mal pro Monat etwa halbjährlich etwa 1 Mal pro Jahr

unregelmäßig anderer Turnus _____

3.3.1) Welche Bedeutung haben folgende Kommunikationsformen für die Zusammenarbeit

mit Unternehmen?

Persönliche Treffen

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Telefonate

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Email / Internet

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Briefverkehr / Rundschreiben

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

Sonstige: _____

sehr hoch hoch eher hoch eher gering gering sehr gering

3.3.2) Wie häufig sind die Kontakte?

mehrmals wöchentlich etwa 1 Mal pro Woche etwa 1 Mal pro Monat etwa halbjährlich etwa 1 Mal pro Jahr

unregelmäßig anderer Turnus _____

4.1) Durch wen werden Sie wie, bzw. in welcher Form unterstützt? (Bitte in den Feldern ankreuzen)

	Finanzielle Unterstützung	Sachmittel	Räume zur Verfügung	Mitarbeit
Unternehmen				
Stadtverwaltung				
Stiftungen				
Privatpersonen				
Andere? _____				

Oder: trifft nicht zu (Sie erhalten keine Unterstützung)

4.2) Wenn Sie zurückblicken auf den *Beginn ihres Engagements*, wie hat sich die Zahl der Kontakte heute im Vergleich zu damals entwickelt?

zu Unternehmen:

gesunken eher gesunken gleich geblieben etwas gestiegen gestiegen

zu Bürgern & Vereinen:

gesunken eher gesunken gleich geblieben etwas gestiegen gestiegen

und zur Verwaltung:

gesunken eher gesunken gleich geblieben etwas gestiegen gestiegen

5.) Welche Strategien zur (Weiter)Entwicklung einer vernetzten und miteinander kooperierenden Kommune/Akteuren schätzen sie für sinnvoll und wichtig ein bzw. welche weniger?

a) Einrichtung eines kommunalen Netzwerkes von Engagierten:

sehr wichtig wichtig eher unwichtig unwichtig weiß nicht

b) Verankerung von bürgerschaftlichem Engagement als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung:

sehr wichtig wichtig eher unwichtig unwichtig weiß nicht



c) Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für öffentliche Bedienstete

sehr wichtig wichtig eher unwichtig unwichtig weiß nicht

- d) Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für engagierte Bürger
 sehr wichtig wichtig eher unwichtig unwichtig weiß nicht
- e) Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für engagierte Unternehmer
 sehr wichtig wichtig eher unwichtig unwichtig weiß nicht
- f) Verfahren direkter politischer Beteiligung (Bürgerhaushalt, Direktwahl Bürgermeister, etc.)
 sehr wichtig wichtig eher unwichtig unwichtig weiß nicht
- g) Schaffung von Fördervereinen/Bürgerstiftungen für Bürgerschaftliches Engagement
 sehr wichtig wichtig eher unwichtig unwichtig weiß nicht
- h) Vernetzung über Internet, Homepages, Datenbanken, etc.
 sehr wichtig wichtig eher unwichtig unwichtig weiß nicht
- i) Andere? _____

6. Allgemein

Wie empfinden Sie die allgemeine Stimmung in ihrer Kommune?

- ausgezeichnet gut mäßig weniger gut schlecht
-  

7. Soziodemografische Angaben

Wann sind sie geboren?

Seit wann, bzw. wie lange leben Sie in Sondershausen?

(Bitte geben sie bei wechselnden Wohnorten, die entsprechenden Zeiträume an:)

Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt?

Leben Kinder in Ihrem Haushalt?

- Ja Nein

Wenn ja, wie viele?

Wie viele Generationen insgesamt?

- Erwerbs- bzw. Ausbildungsstatus

Höchster

Bildungsabschluss: Hauptschule Realschule Gymnasium/ EOS

Hochschulstudium Berufsausbildung

- Berufstätigkeit: _____ Arbeitssuchend

Vollzeit Teilz./unregelmäßig

Hausfrau/-mann: Ja Nein

Beurlaubt, etc.: Beurlaubt Mutterschutz Elternzeit weder noch

Studium: Ja Nein

Armee/ Zivildienst: Wehrdienst oder Zivildienst weder noch

- Religionszugehörigkeit

Welcher Religion sind sie zugehörig?

evangelisch/protestantisch römisch-katholisch Andere:

konfessionslos

~ Vielen Dank für Ihre Zeit und Geduld! ~

Anhang 3: Überblick über Vorträge und Publikationen

Vorträge

- Reim, D. / Schmithals, J.: Kooperationsnetze und Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgskriterien für ostdeutsche Kommunen. Vortrag auf der Tagung der Sektion „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 22./23. Juni 2007, Universität Rostock Institut für Soziologie und Demographie.
- Dienel, H.-L.: Erfolgreiche partizipative Kommunen im ländlichen Raum. Vortrag auf der Tagung „Zivilgesellschaftliche Infrastruktur in Ostdeutschland“ am 25. Juni 2007 in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Potsdam.
- Dienel, H.-L.: Engagementförderung im ländlichen Raum. Vortrag auf der Tagung „IM Osten was Neues?“ Fachtag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen am 23. November 2007 in Magdeburg.

geplant

- Reim, D.: Die partizipative Bürgerkommune. Workshop im Rahmen der Tagung "Grundlagen der Zivilgesellschaft" der Stiftung der Deutschen Wirtschaft vom 13.-16.12. in Schmitten im Taunus.
- Dienel, H.-L.: Bürgerkommune im Osten. Vortrag auf der Tagung "Mitmachen - Mitgestalten - Mitentscheiden. Strategien für eine lebendige Bürgerkommune" am 18./19. Januar in Hannover Strategien für eine lebendige Bürgerkommune
- Dienel, H.-L.: Die partizipative Kommune. Vortrag auf der Tagung "Woran hängt's? Durchbruch von kooperativen Verfahren in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft." Reflexions- und Strategietagung in der evangelischen Akademie Loccum vom 6.-8. Februar 2008.

Publikationen

- Reim, D. / Schmithals, J. : Kooperationsnetzwerke und Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen. Beitrag in Materialreihe der Berlin- Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft (BBAW). Erscheint demnächst.
- Dienel, H.-L. / Reim, D. / Schmithals, J.: Erfolgreiche partizipative Kommunen im ländlichen Raum. Dokumentation der Tagung Zivilgesellschaftliche Infrastruktur in Ostdeutschland. Erscheint demnächst.

- Dienel, H.-L. / Olk, T. / Reim, D. / Schmithals, J.: Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Qualitative Studien. Erscheint demnächst.
- Dienel, Hans-Liudger / Olk, Thomas / Reim, Daphne / Schmithals, Jenny / Walk, Heike (2007): Partizipative Kommune. Abschlussbericht zum Projekt Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen. Erscheint demnächst. Download unter: www.partizipative-kommune.de.
- Dienel, Hans-Liudger / Reim, Daphne / Schmithals, Jenny / Walk, Heike (2006): Partizipative Kommune. Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen: Analytischer Literaturbericht. URL: http://www.partizipative-kommune.de/pdf/Literaturstudie_Partizipative+Kommune_2007.pdf
- Dienel, Hans-Liudger / Olk, Thomas / Reim, Daphne / Schmithals, Jenny / Walk, Heike (2007): Gestaltung von Kooperationsbeziehungen zwischen Verwaltung, Politik, Unternehmen, Drittem Sektor und engagierten Bürgern. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt Partizipative Kommune – Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen. Erscheint demnächst.

Projekthomepage: www.partizipative-kommune.de

Anhang 5: Übersicht über Experten-Workshop und Auftaktveranstaltung

Anhang 5.1: Programm des Expertenworkshops am 19.12.2006

Programm

- 11:00** ■ **Begrüßung/Eröffnung**
Wolfgang Helmstädter (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung)
Dr. Hans-Liudger Dienel (nexus Institut, TU Berlin)
Dr. Ansgar Klein (BBE)
- 11:20** ■ **Grußwort**
Prof. Dr. Johann Koeppel (Vizepräsident für Forschung TU Berlin)
- 11:30** ■ **1. Impulsreferat aus der Wissenschaft**
Überblick und Stand der Forschung zum Thema Kooperation/ Vernetzung und bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland
Prof. Dr. Thomas Olk (Akademie für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.)
- 11:45** ■ **2. Impulsreferat: Das Forschungsprojekt: Anliegen und Design**
Jenny Schmithals, Daphne Reim (nexus Institut)
- 12:00** ■ **Diskussionsrunde**
- 12:45** ■ **Mittagspause**
- 13:15** ■ **Drei parallele Arbeitsgruppen**
- AG 1: Formen des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland**
- Welche Spezifika des bürgerschaftlichen Engagements sind in Ostdeutschland zu berücksichtigen?
 - In welchen Bereichen findet aktive Mitgestaltung statt? Welche Personengruppen sind besonders stark vertreten, welche weniger?
Moderation: Dr. Ansgar Klein, BBE
Input: Olaf Ebert, Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis e.V.
- AG 2: Partizipation und Ansätze für politische Mitbestimmung**
- Welche Praxisbeispiele und –erfahrungen gibt es?
 - Welche Rolle kommt jeweils der Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu und welche Akteure sind zentral?
 - Welche Erfolgs- und Hemmfaktoren können identifiziert werden?
Moderation: Erhard O. Müller, Netzwerk Zukunft und Sprecher der BBE-Arbeitsgruppe „Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft
Input: Karin Gruhlke, Netzwerk freiwilliges Engagement Mecklen-burg-Vorpommern e.V. / Bürgerkomitee Südstadt e.V. Parchim
- AG 3: Engagement der Wirtschaft**
- Wie engagieren sich Unternehmen in Ostdeutschland in ihrer Region?
 - Was fördert und was hemmt ihr Engagement in der Kommune?
Moderation: Dr. Hans-Liudger Dienel (nexus Institut)
Input: Reinhard Lang, UPJ / Runder Tisch Jugend und Wirtschaft in Brandenburg
- 14:45** ■ **Kaffeepause**
- 15:00** ■ **Abschlussdiskussion und Fazit**
- 16:00** ■ **Ende des Workshops**

Anhang 5.2: Programm des Auftakttreffens mit den Modellkommunen am 26.4.2007

Zeit: 12.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Teilnehmer/innen: Vertreter/innen aus den Modellkommunen, Projektpartner, BMVBS, Gäste

Ablauf

Zeitplan	Aktion	Wer?
12-12.45	Ankunft und Empfang der Teilnehmer/innen mit Getränken und Mittagsimbiss	
12.45-13:15	Begrüßungsworte durch BBE (A. Klein), BMVBS (W. Helmstädter) und nexus (H.-L. Dienel) Übergabe der Ideenschachtel „Partizipative Kommune“ an die Modellkommunen und Entgegennahme der Busfahrt-Puzzles	BBE, BMVBS, nexus H.-L. Dienel Moderation: H.-L. Dienel
13.15-14.00	Vorstellung der Modellkommunen (je 15/max. 20 Minuten)	BM Herr Kreyer (Sondershausen), BM Herr Thierfeld (Strausberg) Moderation: H.-L. Dienel
14-15.30	Diskussion der Projektthesen - Projektinput aus Basis des Diskussionspapiers: Thesen, Handlungsansätze, Fragen (10 Min.) - 6 kurze Statements zum Diskussionspapier/Input (je ca. 3 Min.) - Diskussion → Erfahrungen in Modellkommunen	Moderation: H. Walk D. Reim, J. Schmithals Je ein Vertreter der drei Sektoren aus den beiden Modellkommunen
15.30-16.00	Kaffeepause	
16-17 Uhr	Vorstellung: Elemente eines Leitbildes „Partizipative Kommune“ Diskussion Schritte und Verfahren zur Realisierung des Leitbildes	T. Olk